



**Vereinte Nationen**

# **Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen**

**Generalversammlung**

**Offizielles Protokoll**

**Achtundfünfzigste Tagung**

**Beilage 1 (A/58/1)**

**Generalversammlung**  
Offizielles Protokoll  
Achtundfünfzigste Tagung  
Beilage 1 (A/58/1)

# **Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen**



Vereinte Nationen • New York 2003

*Anmerkung*

Die Dokumentennummern (symbols) der Dokumente der Vereinten Nationen bestehen aus Großbuchstaben und Zahlen. Wo im Text eine derartige Kurzbezeichnung verwendet wird, handelt es sich um eine Bezugnahme auf ein Dokument der Vereinten Nationen.

# Inhalt

<i>Kapitel</i>	<i>Ziffer</i>	<i>Seite</i>
<b>Einleitung</b> .....	1-10	1
<b>I. Herbeiführung von Frieden und Sicherheit</b> .....	11-13	3
Irak .....	14-18	3
Konfliktverhütung und Friedensschaffung .....	19-38	4
Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung .....	39-53	8
Die Vereinten Nationen und die Regionalorganisationen .....	54-57	11
Wahlhilfe .....	58-60	12
Terrorismus .....	61-63	13
Abrüstung .....	64-67	13
Sanktionen .....	68-69	14
<b>II. Erfüllung der humanitären Verpflichtungen</b> .....	70-71	15
Herausforderungen auf dem Gebiet des Schutzes und der Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene .....	72-78	15
Bereitstellung von humanitärer Hilfe und das Problem unzureichender Finanzmittel für bestimmte Notsituationen.....	79-96	17
Naturkatastrophen-Management: Antwortmaßnahmen auf Notfälle und Kapazitätsaufbau .....	97-98	20
Koordination der Hilfe und Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten .....	99-104	21
<b>III. Entwicklungszusammenarbeit</b> .....	105-166	23
Bekämpfung der extremen Armut .....	107-132	23
Nachhaltige Entwicklung .....	133-137	28
Afrika .....	138-144	29
Deckung der Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnenentwicklungsländer und der kleinen Inselentwicklungsländer .....	145-148	30
Bekämpfung von HIV/Aids.....	149-157	30
Soziale Entwicklung.....	158-166	32
<b>IV. Internationale Rechtsordnung und Menschenrechte</b> .....	167-199	34
Entwicklungen auf dem Gebiet der Menschenrechte .....	167-177	34
Der Internationale Strafgerichtshof .....	178-180	36
Internationale Gerichte .....	181-190	36
Stärkung der Herrschaft des Rechts.....	191-194	38
Rechtsangelegenheiten .....	195-199	39
<b>V. Stärkung des Managements</b> .....	200-218	41
Verwaltung und Management.....	200-206	41
Rechenschaftspflicht und Aufsicht .....	207-213	42
Stärkung der Vereinten Nationen .....	214-218	43
<b>VI. Partnerschaften</b> .....	219-248	45
Kommunikation .....	219-230	45
Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften .....	231-234	46
Projektdienste .....	235-239	47
Zivilgesellschaft und Unternehmenspartnerschaften .....	240-245	48
<b>Schlussbetrachtung</b> .....	246-248	50

---

## Einleitung

1. Dies ist mein siebenter Jahresbericht über die Tätigkeit der Vereinten Nationen, in dem ich wieder über die Leistungen der Organisation im vergangenen Jahr Bilanz ziehe und einen Überblick darüber gebe, wie sie den hohen Anforderungen, die an sie gestellt wurden, entsprochen hat. Die einzelnen Kapitel dieses Berichts sind ein Zeugnis für die immer zahlreicheren und umfangreicheren Aufgaben, welche die Organisation auf verschiedenen Gebieten wahrnimmt – Frieden und Sicherheit, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, humanitäre Hilfe, Völkerrecht, Menschenrechte und Umwelt. Auf vielen dieser Gebiete haben die Vereinten Nationen gute Fortschritte erzielt, in anderen wichtigen Bereichen wird es jedoch noch mehr Zeit brauchen, um ihre Ziele zu erreichen.

2. Auf dem Gebiet des Friedens und der Sicherheit war es zweifellos ein schweres Jahr für die Vereinten Nationen. Der Krieg in Irak hat das Prinzip der kollektiven Sicherheit und die Widerstandskraft der Organisation auf eine schwere Probe gestellt. Selten zuvor in der achtundfünfzigjährigen Geschichte der Vereinten Nationen wurden so pessimistische Prognosen über ihre Zukunft gestellt. Die Vereinten Nationen werden daraus gestärkt hervorgehen, wenn wir nüchtern analysieren, was geschehen ist, danach überlegen, welche Art von Organisation wir in Zukunft haben wollen, und schließlich darangehen, die notwendigen Veränderungen vorzunehmen.

3. Am 19. August 2003 wurde das Hauptquartier der Vereinten Nationen in Irak zum Ziel eines kaltblütigen und grausamen Anschlags, des gezieltesten und heimtückischsten Angriffs auf die Vereinten Nationen seit ihrem Bestehen. Mein Sonderbeauftragter Sergio Vieira de Mello und andere treue VN-Mitarbeiter wurden brutal ermordet, viele andere wurden verletzt. Ich möchte sie alle für ihren Mut und ihren Einsatz für die Ideale der Vereinten Nationen würdigen. Ihren Angehörigen spreche ich mein tief empfundenes Mitgefühl aus. Die Extremisten, die unsere Kollegen töteten, haben nicht nur ein Verbrechen gegen die Vereinten Nationen, sondern auch gegen Irak selbst begangen.

4. Im vergangenen Jahr waren die Vereinten Nationen Friedenseinsätzen in vielen Teilen der Welt beteiligt, darunter in Afghanistan, Côte d'Ivoire, der Demokratischen Republik Kongo, dem Kosovo, Sierra Leone und Timor-Leste. In Liberia hilft die vom Sicherheitsrat autorisierte multinationale Truppe mit, Sicherheit und Stabilität wiederherzustellen; sie wird zur gegebenen Zeit von einer VN-Friedenssicherungstruppe ersetzt werden. Friedensabkommen allein stellen jedoch nur den ersten Schritt dar, wenn es darum geht, vom Krieg zerrütteten Gesellschaften dauerhaften Frieden und Wohlstand zu bringen. In solchen Gesellschaften hat ein traumatischer Riss in den wirtschaftlichen, politischen und

sozialen Beziehungen zwischen Gruppen und Einzelpersonen stattgefunden. Der Aufbau beziehungsweise Wiederaufbau der Zivilgesellschaft stellt ein entscheidend wichtiges, langfristiges Engagement dar und ist für die Etablierung und Festigung der Demokratie unerlässlich. Demokratische Institutionen und Prinzipien sollten in einer selbst tragfähigen Zivilgesellschaft verankert sein. Länder, die bürgerkriegsähnliche Konflikte überstanden haben, müssen ihren eigenen Weg zu einer humanen Staatsführung und zur nationalen Aussöhnung finden, eine internationale Unterstützung wird aber oft notwendig sein.

5. Die internationale Gemeinschaft wird weiter zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus aktiv, insbesondere angesichts neuer Anschläge in Indonesien, Marokko, der Russischen Föderation, Saudi-Arabien und anderswo. Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus dürfen jedoch nicht die Menschenrechte auf der Strecke bleiben. Darüber hinaus gilt es, auch wenn Armut und Klagen über Ungerechtigkeiten nur indirekt mit dem Terrorismus verbunden sind und diesen nicht entschuldigen können, diese indirekten Verbindungen im Rahmen der Strategien zur Verringerung von Terrorakten nichtsdestoweniger zu berücksichtigen. Die Förderung von Maßnahmen zum Abbau der Armut, zur Beseitigung von Ungerechtigkeiten, zur Stärkung der guten Staatsführung und zur Herbeiführung von Toleranz sind unerlässlich für diesen Zweck wie auch um ihrer selbst willen. Wenn man eine wahrhaft globale Koalition gegen den Terrorismus zusammenhalten will, wird die Welt Fortschritte an anderen Fronten des Kampfes für eine menschliche und gerechte Weltordnung sehen müssen.

6. Die Abrüstung, namentlich die Beseitigung von Massenvernichtungswaffen, ist nach wie vor eine der größten Prioritäten der internationalen Gemeinschaft. Die jüngsten Entwicklungen haben die potenzielle Gefahr unterstrichen, dass Massenvernichtungswaffen Terroristen in die Hände fallen. Die bestehenden weltweiten Abrüstungsnormen, die sich auf Massenvernichtungswaffen beziehen, müssen gestärkt und vor einer Aushöhlung geschützt werden. Abrüstung erfordert eine multilaterale Zusammenarbeit und kann nur in einer Atmosphäre des Vertrauens erreicht werden.

7. Während die unmittelbaren und dringenden Herausforderungen auf dem Gebiet des Friedens und der Sicherheit unser ständiges Augenmerk benötigen, dürfen sie unsere Aufmerksamkeit nicht von der Arbeit für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ablenken. Gegenwärtig besteht eine tiefe Kluft zwischen dem rhetorischen Bekenntnis zur Inklusion und der Realität der Exklusion. Unsere Anstrengungen für den Frieden werden vergeblich sein, wenn wir nicht beginnen können, diese Kluft zu überwinden, indem wir echte Fortschritte zu Gunsten der ärmsten Länder der Welt erzie-

len. Darüber hinaus sollten wegen unserer Bemühungen zur Eindämmung und Beilegung von Konflikten keine Ressourcen von anderen Fronten auf der ganzen Welt abgezogen werden, an denen wir Flüchtlinge und Vertriebene schützen, HIV/Aids und andere Krankheiten bekämpfen und die nachhaltige Entwicklung fördern.

8. Der Ausbruch des Schweren Akuten Atemwegssyndroms (SARS) war eine ernüchternde Mahnung, die uns die Anfälligkeit der Welt gegenüber Krankheiten und die Gefahren ihrer raschen Verbreitung über die Staatsgrenzen hinweg vor Augen führte. Gleichzeitig waren die wirksamen und koordinierten Gegenmaßnahmen ein Beweis für den Wert der internationalen Zusammenarbeit, in diesem Fall durch das rasche und professionelle Eingreifen der Weltgesundheitsorganisation.

9. Wenn man das breite Spektrum der internationalen Probleme unserer Zeit angehen will, ist es wichtig, Partnerschaften und Allianzen zu bilden. Die Regierungen verfügen auf sich allein gestellt nicht über die Fähigkeit, Lösungen für

diese Probleme zu finden. Wir müssen auch künftig umfassendere Möglichkeiten finden, um den Privatsektor, die nichtstaatlichen Organisationen und die Zivilgesellschaft im Allgemeinen einzubinden, damit sie zur Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen beitragen können.

10. Die Vereinten Nationen sind kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Ihre Stärke und ihre Wirksamkeit hängen von der aktiven Unterstützung ihrer Mitgliedstaaten und deren Politiken ab. Darüber hinaus erfordert die Erreichung der Ziele der Organisation einen gemeinsamen Konsens darüber, welches ihre grundlegenden Ziele darstellen. Das heißt nicht, dass die Mitgliedstaaten in allen Fragen übereinstimmen müssen, sondern vielmehr, dass sie bereit sein sollten, sich der Vereinten Nationen zu bedienen, um gemeinsame Ziele zu erreichen und unterschiedliche nationale Interessen zu berücksichtigen. Bei der Bestimmung dieser nationalen Interessen sollten sie dem Wert und der Bedeutung einer gerechten und stabilen Weltordnung das gebührende Gewicht geben.

## Kapitel I

### Herbeiführung von Frieden und Sicherheit

11. Im vergangenen Jahr konzentrierten sich die Tätigkeiten der Vereinten Nationen auf dem Gebiet des Friedens und der Sicherheit weiterhin auf die Verhütung und Beilegung von Konflikten und auf die Unterstützung von Gesellschaften, die Konflikte überstanden haben. Obschon die Vereinten Nationen versuchten, eine Vielfalt neuer Herausforderungen auf diesem Gebiet anzupacken, waren Fragen wie der Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen nach wie vor Anlass zu großer Besorgnis. Durch den Krieg in Irak wurde schlaglichtartig erhellt, wie rasch sich das Sicherheitsumfeld, in dem wir leben, verändern kann und welche unterschiedlichen Auffassungen darüber bestehen, wie der weltweite Frieden und die internationale Sicherheit erhalten werden sollen.

12. In zunehmendem Maße stellen zivile Konflikte eine ernste Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dar. Sie führen zu Situationen, in denen Gewalttäter ungestraft handeln können. In diesen Zonen der Straflosigkeit gedeihen die Geißeln unserer Zeit – Drogenhandel, Waffenhandel, Menschenhandel, die Ausbildung von Terroristen. Diese Zonen werden durch grenzüberschreitende illegale Finanz- und Handelsnetzwerke verbunden, die eine Instabilität fördern, die ganze Regionen oder sogar das internationale System selbst bedroht. Auf diese Weise können innerhalb kurzer Zeit jahrzehntelange Entwicklungsbemühungen zunichte gemacht und jahrhundertalter sozialer Zusammenhalt zerstört werden. Die Auswirkungen auf Frauen und Mädchen sind dabei besonders schwerwiegend, wie in meinem Bericht über Frauen und Frieden und Sicherheit, den ich im Oktober 2002 dem Sicherheitsrat vorlegte, klargemacht wird. Die komplexe Natur der gegenwärtigen Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit hat das System der Vereinten Nationen dazu veranlasst, sich in zunehmendem Maße thematischen Fragen zu widmen. Ein Beispiel dafür ist die fortgesetzte Praxis des Sicherheitsrats, öffentliche Sitzungen zu Fragen wie Kinder und bewaffnete Konflikte, Frauen und Frieden und Sicherheit, Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten sowie Kleinwaffen einzuberufen. Diese Praxis wurde inzwischen auf thematische Fragen in einem regionalen Kontext ausgeweitet, wie etwa Kleinwaffen und Söldneraktivitäten als Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit in Westafrika (18. März 2003) und die Nahrungsmittelkrise Afrikas als Bedrohung des Friedens und der Sicherheit (7. April 2003).

13. Die Mittel, die den Vereinten Nationen zur Wahrnehmung ihrer Verantwortlichkeiten auf dem Gebiet des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zur Verfügung stehen, variieren von der vorbeugenden Diplomatie über die Friedensschaffung, Friedenssicherung und Friedenskonsoli-

dierung. In der Praxis sind die Fragen, die zu diesen vier Handlungsbereichen gehören, eng miteinander verknüpft. In Zypern und in der Westsahara zum Beispiel finden Friedensschaffung und Friedenssicherung seit Jahren nebeneinander statt. Jedes Vorhaben zur Friedenskonsolidierung – Afghanistan ist ein gutes Beispiel dafür – ist mit einem starken Element vorbeugender Diplomatie verbunden, die im Rahmen einer Postkonfliktsituation angewendet wird. Der diesjährige Bericht enthält einen speziellen Abschnitt über Irak, um dem zentralen Stellenwert Rechnung zu tragen, den diese Frage auf der Tagesordnung der Vereinten Nationen und in der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit während des Berichtszeitraums eingenommen hat.

### Irak

14. Am 16. September 2002 unterrichtete mich der Außenminister Iraks davon, dass seine Regierung beschlossen habe, die Rückkehr der VN-Waffeninspektoren ohne Vorbedingungen zu akzeptieren. Dies geschah im Anschluss an eine Reihe von Gesprächen, die ich mit der irakischen Seite im März, Mai und Juli 2002 geführt hatte, sowie meinen Appell vor der Generalversammlung im September 2002, in dem ich Irak eindringlich aufforderte, seinen Verpflichtungen nach den Resolutionen des Sicherheitsrats nachzukommen. Ich begrüßte die Wiederaufnahme der Inspektionen durch die Überwachungs-, Verifikations- und Inspektionskommission der Vereinten Nationen (UNMOVIC) in Irak im November 2002 im Anschluss an die einstimmige Annahme der Resolution 1441 (2002) des Sicherheitsrats. Mit Bedauern stellte ich in dem Bericht des Exekutivvorsitzenden der UNMOVIC vom 27. Januar 2003 fest, dass Irak zwar kooperierte, was den Prozess betraf, aber offenbar noch nicht so weit gekommen war, seine Verpflichtungen wirklich zu akzeptieren.

15. Anfang März 2003 gab es Spaltungen im Sicherheitsrat hinsichtlich der Frage des weiteren Vorgehens. In einem täglichen Meinungsaustausch mit den Ratsmitgliedern, der Liga der arabischen Staaten, der UNMOVIC und anderen Stellen, sowohl in New York als auch in den Regierungssitzen, drängte ich weiterhin auf ein vereintes internationales Handeln und die Ausübung ständigen und beharrlichen Drucks auf die Führung Iraks. Mitte März war jedoch klar, dass einige Mitgliedsstaaten die Position eingenommen hatten, eine Lösung der Krise sei ohne Anwendung von Gewalt nicht möglich. Am 17. März unterrichtete ich den Sicherheitsrat, dass ich die Aktivitäten der Vereinten Nationen in Irak suspendieren und das gesamte noch verbleibende VN-Personal am folgenden Tag abziehen würde.

16. Nach dem Ende der Hauptkampfhandlungen, die zur Besetzung Iraks durch eine Koalition unter der Führung der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland führten, verabschiedete der Sicherheitsrat am 22. Mai 2003 nach langwierigen Beratungen die Resolution 1483 (2003). In Ziffer 8 der Ratsresolution wurde ich aufgefordert, einen Sonderbeauftragten zu ernennen, der unter anderem die Aufgabe haben sollte, die Tätigkeiten der Vereinten Nationen in Irak zu koordinieren und in Abstimmung mit der Provisorischen Behörde der Koalition dem Volk Iraks in Bereichen wie der humanitären Hilfe, dem Wiederaufbau und der Entwicklung, den Menschenrechten, der Rechts- und Justizreform und der Wiederherstellung einer international anerkannten und repräsentativen Regierung Iraks behilflich zu sein. In der Folge ernannte ich einen Sonderbeauftragten für einen ersten Zeitraum von vier Monaten.

17. Mein Sonderbeauftragter unternahm ausführliche Reisen im gesamten Irak und traf mit einem breiten und vielfältigen Spektrum von Vertretern der irakischen Gesellschaft zusammen. Mit seinem Team stellte er auch regelmäßige Kontakte mit dem Administrator und anderen Mitarbeitern der Provisorischen Behörde der Koalition her. Ich selbst leitete mit meinem Sonderbeauftragten einen Dialog mit Staatsführern der Nachbarländer Iraks und der internationalen Gemeinschaft im Allgemeinen ein. In meinem ersten Bericht an den Sicherheitsrat (S/2003/715) unterstrich ich die wesentlichen Prinzipien, die den Tätigkeiten der Vereinten Nationen nach Resolution 1483 (2003) zugrunde lagen – darunter die Notwendigkeit, die Souveränität des Volkes Iraks so bald wie möglich wiederherzustellen und das Recht des irakischen Volkes, seine politische Zukunft zu bestimmen, zu achten –, sowie unseren Wunsch, bei unseren Hilfsaktivitäten zuallererst an die Interessen des irakischen Volkes zu denken. Der Bericht enthielt eine erste Einschätzung des Umfangs der Herausforderungen, die mit der Umsetzung des in Resolution 1483 (2003) erteilten Mandats verbunden waren, und eine Darstellung der Bereiche, in denen die Vereinten Nationen nach meiner Auffassung auf Grund ihres Sachverständnisses und ihres komparativen Vorteils eine nützliche Rolle spielen können. Zu diesem Zweck schlug ich die Schaffung einer Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak (UNAMI) vor. Am 14. August beschloss der Sicherheitsrat mit Resolution 1500 (2003), die UNAMI für einen ersten Zeitraum von 12 Monaten einzurichten. Der Rat begrüßte außerdem die am 13. Juli 2003 erfolgte Einrichtung des weitgehend repräsentativen Regierungsrats Iraks als wichtigen Schritt auf dem Weg zur Bildung einer international anerkannten, repräsentativen und souveränen Regierung Iraks.

18. Der mutwillige Anschlag auf das Hauptquartier der Vereinten Nationen in Bagdad am 19. August 2003 versetzte den Bemühungen der Organisation, bei der Wiederherstellung der Normalität in Irak behilflich zu sein, einen schwe-

ren Schlag. Mein Sonderbeauftragter, Sergio Vieira de Mello, sowie mehrere internationale und lokale Mitarbeiter verloren bei diesem feigen Akt ihr Leben, und zahlreiche weitere Menschen wurden verletzt. Ihr Opfer wird nicht vergeblich sein. Die Vereinten Nationen werden dem irakischen Volk weiter dabei behilflich sein, sein Land wieder aufzubauen und seine Souveränität unter von ihm selbst gewählten Führern wiederzuerlangen. Bis dahin werde ich auch weiterhin betonen, dass es unerlässlich ist, dass dem Volk Iraks ein klarer Zeitplan mit einer konkreten Abfolge von Ereignissen gegeben wird, die zur möglichst baldigen vollen Wiederherstellung seiner Souveränität führen. Das bedeutet, dass auf die Einrichtung des Regierungsrats ein konstitutioneller Prozess folgen muss, der von Irakern für Iraker geleitet wird. Zu diesem Zweck werden die Vereinten Nationen auch künftig eine aktive Rolle dabei spielen, den politischen Prozess zu erleichtern und zu unterstützen. Mein neuer Sonderbeauftragter wird die Zusammenarbeit mit dem Regierungsrat und der Provisorischen Behörde der Koalition fortsetzen und den Dialog mit Staatsführern der Länder der Region und darüber hinaus weiter verfolgen.

### **Konfliktverhütung und Friedensschaffung**

19. Derzeit finden umfassende Bemühungen zur Umsetzung meines Berichts von 2001 über die Verhütung bewaffneter Konflikte statt. Eine wesentliche Aufgabe dabei ist die Förderung des Aufbaus von Konfliktverhütungsfähigkeiten auf lokaler und nationaler Ebene und die Ausarbeitung regionaler Präventionsstrategien, die politische und entwicklungsbezogene Elemente in sich vereinen. Der Koordinierungsrat der Leiter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen wählte die Verhütung bewaffneter Konflikte zum Hauptthema seiner zweiten ordentlichen Tagung 2002, wodurch sich eine Gelegenheit ergab, eine größere Kohärenz und bessere Abstimmung der systemweiten Bemühungen auf dem Gebiet der strukturellen Konfliktverhütung auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu fördern. Die jüngst von der Generalversammlung verabschiedete Resolution über die Verhütung bewaffneter Konflikte gibt den Vereinten Nationen ein starkes Mandat, ihre Tätigkeiten zur Konfliktverhütung nicht nur fortzusetzen, sondern sie auszuweiten und zu verstärken.

20. Nach nahezu drei Jahren der Gewalttätigkeit und der Konfrontation zeichnet sich endlich eine neue Hoffnung auf die Wiederaufnahme des festgefahrenen Nahostfriedensprozesses ab. Nach der Ernennung eines neuen Ministerpräsidenten der Palästinensischen Behörde wurde den Parteien am 30. April 2003 offiziell ein "Fahrplan" für eine dauerhafte Zwei-Staaten-Lösung zur Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts vorgelegt. Dieser vom Quartett (den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten von Amerika) in einer Reihe von Sitzungen ausgearbeitete ergebnis-



orientierte Plan enthält klare Phasen, eine Ablaufplanung und Fortschrittskriterien. Er hat zum Ziel, durch parallele und reziproke Schritte beider Parteien in den Bereichen Politik, Sicherheit, Wirtschaft, humanitäre Lage und Aufbau von Institutionen unter einem wirksamen internationalen Überwachungsmechanismus Fortschritte zu erreichen. Dieser Prozess soll zur Schaffung eines unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staates führen, der mit Israel und seinen anderen Nachbarn Seite an Seite in Frieden und Sicherheit zusammenlebt, wie in Resolution 1397 (2002) des Sicherheitsrats erklärt wurde. Eine besondere Ermutigung für mich war das Ergebnis des Gipfeltreffens zwischen den Parteien und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika am 4. Juni 2003 in Akaba (Jordanien), bei dem beide Seiten die feste Zusage abgaben, den "Fahrplan" umzusetzen.

21. Trotz der jüngsten Anzeichen von Fortschritten setzte sich der Teufelskreis aus Gewalt, Vergeltung und Rache nahezu während des gesamten Berichtszeitraums fort und führte zu weiteren zahlreichen Verlusten an Menschenleben und erheblichen Zerstörungen. Der völlige Zusammenbruch der palästinensischen Wirtschaft konnte nur durch die Zufuhr umfangreicher ausländischer Hilfe verhindert werden, namentlich durch das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten und andere Einrichtungen und Programme der Vereinten Nationen. Das sich verschlechternde Umfeld im Sicherheitsbereich und Probleme beim Zugang behinderten die Anstrengungen der Vereinten Nationen und anderer, die wachsende humanitäre Krise in dem besetzten palästinensischen Gebiet zu bewältigen, wie im nachstehenden Kapitel näher ausgeführt wird.

22. Durch meine direkten Kontakte und über den Mechanismus des Quartetts, zuletzt bei dem Treffen des Quartetts am 22. Juni 2003 am Toten Meer in Jordanien, blieb ich bei den Anstrengungen zur Herbeiführung des Friedens im Nahen Osten weiter persönlich engagiert. Der Sicherheitsrat wurde über diese Bemühungen und die einschlägigen Entwicklungen durch monatliche Unterrichtungen des Sekretariats auf dem Laufenden gehalten. Das Endziel des "Fahrplans", und des gesamten Friedensprozesses, bleibt eine umfassende Regelung des Nahostkonflikts, einschließlich der syrisch-israelischen und der libanesisch-israelischen Verhandlungsschiene, auf der Grundlage der Resolutionen des Sicherheitsrats 242 (1967), 338 (1973) und 1397 (2002), der Madrider Friedenskonferenz von 1991 und des Grundsatzes "Land gegen Frieden", der von den Parteien bereits erzielten Vereinbarungen und der vom Beirut-Gipfel der Liga der arabischen Staaten im März 2002 gebilligten Friedensinitiative.

23. Ich muss mit Bedauern berichten, dass das Zypern-Problem trotz der intensiven Entfaltung meiner Guten Dienste nach wie vor nicht gelöst ist. Die Aufhebung der Reise-

beschränkungen zwischen dem Nord- und Südteil der Insel in den letzten Monaten ist zwar begrüßenswert, stellt aber keinen Ersatz für eine umfassende Regelung der Kernfragen dar. Eine einmalige Gelegenheit zur Herbeiführung einer solchen Regelung, die es einem wiedervereinigten Zypern erlaubt hätte, am 16. April 2003 den Beitrittsvertrag zur Europäischen Union zu unterzeichnen, wurde vergeudet. Als die Zeit vor der Vertragsunterzeichnung immer knapper wurde und im November 2002 mit der Wahl einer türkischen Regierung, die wirklich bereit schien, die Frage beizulegen, neue Hoffnung aufkam, legte ich im November 2002 beiden zyprischen Führern den Entwurf einer umfassenden Regelung vor. Obwohl sie zustimmten, auf der Grundlage dieses Plans Verhandlungen zu führen, blieb eine Einigung aus, woraufhin ich im April 2003 das Büro meines Sonderberaters schloss. Das Zustandekommen einer Regelung vor dem Inkrafttreten des Vertrags über den Beitritt zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 würde es noch zulassen, dass ein wiedervereinigtes Zypern der Europäischen Union beitrifft. Ich glaube jedoch nicht, dass eine neue Initiative meinerseits sinnvoll wäre, solange die Parteien nicht zeigen, dass sie entschlossen sind, eine Regelung auf der Grundlage des Plans zu erreichen. Sollten sie dies tun, werde ich wieder aktive Bemühungen zur Lösung dieser alten Streitigkeit aufnehmen. In der Zwischenzeit überwacht die Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern weiterhin die Pufferzone quer über die Insel.

24. Die Regierung Angolas und die União Nacional para a Independência Total de Angola (UNITA) schlossen Anfang 2003 die Umsetzung der politischen Aspekte des Protokolls von Lusaka von 1994 ab. Die Mission der Vereinten Nationen in Angola wurde daraufhin aufgelöst. Im Dezember 2002 hob der Sicherheitsrat die Sanktionen gegen die UNITA auf. Die Verantwortlichkeit für die noch verbleibenden Tätigkeiten, die vom Sicherheitsrat vorgesehen worden waren, wurde einem gestärkten Büro des Residierenden Koordinators der Vereinten Nationen übertragen, über das das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und andere VN-Einrichtungen die Gemeinschaften dabei unterstützen, die ehemaligen Kombattanten und die Binnenvertriebenen auf nachhaltige Weise wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Darüber hinaus arbeiten sie daran, die nationalen Fähigkeiten zur Durchführung von Antiminprogrammen und von Minenräummaßnahmen zu stärken, durch eine dem Büro des Residierenden Koordinators angeschlossene Sondereinheit die Achtung der Menschenrechte zu überwachen und die internationale Koordinierung zu stärken, um der Regierung bei der Veranstaltung einer Geberkonferenz behilflich zu sein.

25. In Burundi setzte im Mai 2003 mit der Vereidigung des neuen Präsidenten und Vizepräsidenten die zweite Phase des Übergangs ein. Moderationsbemühungen, an denen die Vereinten Nationen beteiligt waren, führten zur Unterzeichnung

einer Waffenruhevereinbarung zwischen der Übergangsregierung und drei der vier bewaffneten Gruppen und zur Einrichtung einer Gemeinsamen Waffenruhekommission. Im April 2003 genehmigte die Afrikanische Union die Dislozierung der Afrikanischen Mission in Burundi, die bei der Umsetzung der Waffenruhe behilflich sein sollte. Einrichtungen der Vereinten Nationen sind auch weiterhin dabei, der Afrikanischen Union bei der Demobilisierung und Wiedereingliederung der Kombattanten im Hinblick auf die volle Durchführung des Abkommens von Arusha behilflich zu sein. Nichtsdestoweniger deutet die Fortsetzung der Kampfhandlungen, zuletzt im Juli 2003, auf die dringende Notwendigkeit hin, alle noch offenen Fragen im Friedensprozess zu regeln. Ich begrüße die regionalen Initiativen zur Inkraftsetzung einer Waffenruhe.

26. Mein Beauftragter für Somalia hat weiter auf die Parteien eingewirkt, bei der im Oktober 2002 in Kenia unter der Schirmherrschaft der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung (IGAD) eröffneten Nationalen Aussöhnungskonferenz für Somalia eine alle Seiten einschließende und glaubhafte Vereinbarung zu erzielen. Mitte 2003 hatten die somalischen Delegierten die Berichte von fünf der sechs Aussöhnungsausschüsse gebilligt, die wichtige Fragen der Friedenskonsolidierung in Somalia betrafen. Ein Bericht über die Frage einer vorläufigen Charta für eine künftige Übergangsregierung wurde noch diskutiert, bevor zur Frage der Machtaufteilung übergegangen werden kann. Ich hoffe, dass die somalischen Führer auf der Erklärung von Eldoret vom 27. Oktober 2002 aufbauen werden und eine endgültige und alle Seiten einschließende Vereinbarung erzielen werden, die sich auf ein ernsthaftes Bekenntnis zu ihrer Durchführung stützen kann.

27. Die Fortschritte bei den Friedensgesprächen über Sudan unter der Führung der IGAD haben die Aussichten auf einen dauerhaften Frieden in dem Land verbessert. Die durch die Unterzeichnung des Protokolls von Machakos im Juli 2002 geschaffene Dynamik kann, wenn sie aufrechterhalten wird, schon bald zu einer umfassenden Vereinbarung führen. Mein Sonderberater und Mitarbeiter des Sekretariats werden die Vermittlungsbemühungen auch weiterhin unterstützen. Darüber hinaus hat der Residierende Koordinator der Vereinten Nationen in Sudan ein umfassendes Programm zur Förderung der wirtschaftlichen Gesundung ausgearbeitet, wodurch die Friedensgespräche unterstützt werden.

28. Angesichts der weiter festgefahrenen Lage in der Westsahara ersuchte der Sicherheitsrat meinen Persönlichen Abgesandten, eine politische Lösung vorzulegen, die die Selbstbestimmung des Volkes von Westsahara vorsieht, unter Berücksichtigung der von den Parteien zum Ausdruck gebrachten Anliegen und gegebenenfalls nach Konsultation anderer Stellen mit einschlägigen Erfahrungen. Dementsprechend wurde Marokko, der Polisario-Front, Algerien und

Mauretanien im Januar 2003 ein Plan vorgelegt. Im März meldeten Marokko und die Polisario-Front ihre Vorbehalte zu dem Plan an. Anfang Juli setzte die Polisario-Front jedoch meinen Persönlichen Abgesandten davon in Kenntnis, dass sie den Friedensplan akzeptiere. Am 9. Juli wurde den Parteien ein weiterer Text des Friedensplans übermittelt, der eine Änderung enthielt, die eine dritte Wahlmöglichkeit für das geplante Referendum vorsah, nämlich die Selbstregierung oder Autonomie. Am 31. Juli verabschiedete der Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 1495 (2003), mit der er seine Unterstützung des Friedensplans für die Selbstbestimmung des Volkes von Westsahara bekundete und die Parteien aufforderte, mit den Vereinten Nationen und miteinander auf die Annahme und Durchführung des Plans hinzuwirken. Währenddessen setzte die Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara die Überwachung der seit September 1991 in Kraft befindlichen Waffenruhe zwischen den Parteien fort.

29. Seit meinem ersten Zusammentreffen mit dem Präsidenten Kameruns und dem Präsidenten Nigerias im September 2002 in Paris stellte ich den beiden Ländern meine Guten Dienste bei den Verhandlungen zur Lösung ihrer Grenzstreitigkeit zur Verfügung. Auf Ersuchen der beiden Staatsoberhäupter richtete ich im Anschluss an unser zweites Zusammentreffen im November 2002 in Genf die Gemischte Kommission Kamerun-Nigeria unter dem Vorsitz meines Sonderbeauftragten für Westafrika ein, um eine friedliche Umsetzung der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs vom Oktober 2002 über die Land- und Seegrenze zwischen Kamerun und Nigeria zu erleichtern und zur Vertrauensbildung zwischen den beiden Ländern beizutragen. Die Gemischte Kommission hält regelmäßige Sitzungen ab, die abwechselnd in Jaunde und Abuja stattfinden. Mit der Schaffung zweier Unterkommissionen, einer über die Markierung der Landgrenze und einer weiteren über die betroffene Bevölkerung, wurden Fortschritte erzielt. Diese zweite Unterkommission wird die Lage der von der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs betroffenen Bevölkerungsgruppen beurteilen und Modalitäten zum Schutz ihrer Rechte prüfen.

30. In Lateinamerika setzte die Verifikationsmission der Vereinten Nationen in Guatemala die Überwachung der Umsetzung der Friedensabkommen von 1996 fort, die bis 2004 dauern wird. Obwohl die Regierung nach einer Sitzung der Beratungsgruppe für Guatemala im Februar 2002 zugesagt hatte, die Umsetzung zu beschleunigen, kam die Gruppe bei ihrer anschließenden Sitzung im Mai 2003 zu dem Schluss, dass unzureichende Fortschritte erzielt worden waren. Besonderen Anlass zur Sorge gaben die zunehmenden Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger und Richter sowie die andauernden sozialen Unruhen. Andererseits gab das Wiederaufleben des Aktivismus der Zivilgesellschaft zur Unterstützung der Friedensabkommen einen gewissen Anlass für Optimismus.

31. In Kolumbien stellte ich weiter meine Guten Dienste bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des nahezu 40-jährigen Konflikts in dem Land zur Verfügung. Trotz des Abbruchs der Gespräche zwischen der Regierung Kolumbiens und den beiden größten Guerillagruppen – den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC) und der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) – war mein Sonderberater für Kolumbien durch regelmäßige Kontakte mit der Regierung, Guerillagruppen, der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft weiter bei den Friedensbemühungen behilflich. Darüber hinaus hat das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) mit dem VN-Landesteam und meinem Sonderberater gemeinsam daran gearbeitet, das wachsende Problem der im Lande vertriebenen Personen anzugehen. Dieser sich ausweitende Konflikt, der durch Gelder aus dem illegalen Drogenhandel angeheizt wird, stellt eine erhebliche Herausforderung für die Organisationen der Vereinten Nationen dar, die damit beschäftigt sind, seine nachteiligen humanitären Auswirkungen zu lindern und seine tieferen Ursachen anzupacken.

32. Die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan verbesserten sich, und im Mai 2003 wurde angekündigt, dass die beiden Länder Hochkommissare austauschen, die Bahn-, Straßen- und Luftverkehrsverbindungen wiederherstellen und weitere vertrauensbildende Maßnahmen ergreifen würden. Ich hoffe, dass diese Maßnahmen zur Wiederaufnahme eines nachhaltigen Dialogs und zu echten Fortschritten in Richtung auf eine friedliche Regelung der offenen Probleme zwischen den beiden Nachbarn führen werden, einschließlich in Bezug auf Jammu und Kaschmir.

33. Trotz einer Waffenruhevereinbarung und mehrerer Gesprächsrunden zwischen der Regierung Nepals und der Kommunistischen Partei Nepals (Maoistisch) ist der sich abzeichnende Friedensprozess noch fragil. Die Vereinten Nationen sind nach wie vor bereit, zur Stärkung dieses Prozesses Hilfe zu gewähren, namentlich auch auf dem Gebiet der Menschenrechte. Das System der Vereinten Nationen hat durch den Residierenden Koordinator sowie Programme wie das UNDP und das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) seine humanitäre, Wiederaufbau- und Entwicklungshilfe umorientiert, um den Friedensprozess besser zu unterstützen.

34. Der Friedensprozess in Sri Lanka, der nach der Waffenruhe vom Februar 2002 begonnen hatte, ermutigende Fortschritte zu machen, erlitt im April 2003 einen Rückschlag, als die Befreiungstiger von Tamil Eelam ihre Teilnahme an den Verhandlungen mit der Regierung Sri Lankas suspendierten. Ich unterstütze rückhaltlos die laufenden Bemühungen der Regierungen Norwegens und Japans, den Friedensprozess voranzubringen, und hoffe, dass die Gespräche so bald wie möglich wieder aufgenommen werden. Das System der Vereinten Nationen wird den Prozess über

den Residierenden Koordinator und in Zusammenarbeit mit der Weltbank durch Wiederaufbau- und Entwicklungsaktivitäten weiter unterstützen.

35. Bei der Durchführung des Friedensabkommens für Bougainville vom August 2001 zwischen den Parteien von Bougainville und der Regierung Papua-Neuguineas sind bedeutende Fortschritte erzielt worden. Nach der vom Politischen Büro der Vereinten Nationen in Bougainville (UNPOB) Ende Juli 2003 vorgenommenen Verifikation und Notifizierung des Abschlusses von Phase II des Waffenbeseitigungsplans sind die Verfassungsänderungen, die die Einrichtung einer autonomen Regierung Bougainvilles und ein Referendum über den künftigen politischen Status Bougainvilles vorsehen, in Kraft getreten. Während das Büro in Bougainville sein Mandat voraussichtlich bis Ende 2003 erfolgreich abschließen wird, werden das System der Vereinten Nationen und die Gebergemeinschaft den Parteien auch weiterhin Hilfe bei der Durchführung des Abkommens gewähren müssen.

36. Ich vermerke mit Genugtuung die fortgesetzte Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Regierung Indonesiens zur Unterstützung der von ihr verfolgten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass die nationale Einheit und territoriale Unversehrtheit Indonesiens am besten durch die Achtung demokratischer Normen und die Förderung der Menschenrechte gesichert werden kann. Daher habe ich alle Parteien des Konflikts in Aceh aufgefordert, ihre Verpflichtung zum Schutz der Zivilpersonen im bewaffneten Konflikt zu achten und den Dialog wieder aufzunehmen. Ich habe außerdem das indonesische Ad-hoc-Menschenrechtstribunal für die in Osttimor begangenen Verbrechen genau verfolgt; ich bin der festen Auffassung, dass diejenigen, die 1999 in Timor-Leste (damals Osttimor) schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben, vor Gericht gestellt werden müssen.

37. Ich habe der Krise auf der koreanischen Halbinsel, die durch das angebliche Eingeständnis der Demokratischen Volksrepublik Korea im Oktober 2002, ein Uran-Anreicherungsprogramm durchzuführen, ausgelöst wurde, besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Demokratische Volksrepublik Korea trat anschließend von dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zurück und behauptete, im Besitz von Kernwaffen zu sein. Ein Vermächtnis tiefen gegenseitigen Misstrauens und der Feindschaft zwischen der Demokratischen Volksrepublik Korea und anderen Staaten, insbesondere den Vereinigten Staaten von Amerika, hat zu den anhaltenden Spannungen in der Region beigetragen. Im Januar 2003 begann ich zu befürchten, dass die humanitären Versorgungswege zur Demokratischen Volksrepublik Korea blockiert werden könnten. Im Januar und März 2003 entsandte ich meinen Persönlichen Abgesandten in das Land,

um zur Verhütung einer humanitären Katastrophe beizutragen und den Boden für eine Verhandlungslösung zu bereiten. Mein Abgesandter führte ausführliche und nützliche Gespräche mit hochrangigen Regierungsvertretern in Pjöngjang sowie in anderen Hauptstädten, in denen Besorgnis über die Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel herrschte. Die der koreanischen Situation innewohnenden Gefahren werfen einen dunklen Schatten auf die Sicherheit und Stabilität der Region. Der internationale Konsens darüber, dass die koreanische Halbinsel frei von Kernwaffen sein sollte, und die Entschlossenheit aller wichtigen Akteure, eine friedliche Lösung für die Krise zu finden, erlauben den vorsichtigen Optimismus, dass eine umfassende Regelung erreicht werden kann. Ich werde den im April 2003 in Beijing eingeleiteten und später ausgeweiteten multilateralen diplomatischen Prozess auch weiterhin voll unterstützen.

38. Mein Sonderbotschafter für Myanmar unternahm im November 2002 und Juni 2003 seine neunte beziehungsweise zehnte Mission nach Yangon, um zu versuchen, einen Beitrag zur Erleichterung der nationalen Aussöhnung und der Demokratisierung zu leisten. Er traf mit den maßgeblichen politischen Akteuren zusammen – den Führern des Staatsrats für Frieden und Entwicklung, Vertretern der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) und politischen Parteien der ethnischen Minderheiten. Der Zwischenfall vom 30. Mai 2003, der die Festnahme zahlreicher Vertreter der NLD, einschließlich Daw Aung San Suu Kyis, zur Folge hatte, führte zu neuer Besorgnis über mangelnde Fortschritte bei der nationalen Aussöhnung und dem schließlichen Übergang zur Demokratie. Ich habe die Regierung Myanmars nachdrücklich aufgefordert, und werde dies auch weiter tun, den Appellen der internationalen Gemeinschaft, namentlich der Länder der Region, Folge zu leisten und Daw Aung San Suu Kyi und andere Führer der NLD ohne weiteren Verzug freizulassen.

### **Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung**

39. Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung sind zwei Seiten einer Medaille; in beiden Fällen wird Gesellschaften, die einen Konflikt überstanden haben, dabei helfen, einen fragilen Frieden zu festigen. Ob durch die Entsendung von Blauhelmen oder die Genehmigung der Dislozierung einer multinationalen Truppe, die Vereinten Nationen haben den Übergang vom Krieg zum Frieden in vielen Teilen der Welt aktiv unterstützt. Darüber hinaus haben die Organisation und das System der Vereinten Nationen im Allgemeinen durch ihre Friedenskonsolidierungsmaßnahmen politische, humanitäre und Entwicklungshilfe geleistet, um einen unmittelbaren Nothilfe- und Wiederaufbaubedarf zu decken und lebensfähige Institutionen aufzubauen. Ich stelle mit Freude fest, dass die Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina und die Beobachtermission der

Vereinten Nationen in Prevlaka erfolgreich abgeschlossen wurden und so bewiesen haben, dass die Vereinten Nationen komplexe Mandate innerhalb einer realistischen Frist zum Abschluss bringen können.

40. Am 4. Dezember 2002 genehmigte der Sicherheitsrat eine schrittweise Erhöhung der Truppenstärke der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) auf 8.700 Soldaten mit dem Ziel, zur Entwaffnung, Demobilisierung und Repatriierung ausländischer bewaffneter Gruppen beizutragen. Am 17. Dezember unterzeichneten die Teilnehmer am interkongolesischen Dialog ein Globales und alle Seiten einschließendes Übereinkommen und am 2. April 2003 die Schlussakte, in der das Übereinkommen förmlich gebilligt wurde, die Übergangsverfassung sowie 36 Resolutionen, die von einer früheren Tagung des interkongolesischen Dialogs im April 2002 angenommen worden waren, wodurch der Weg für die Bildung einer Übergangsregierung geebnet wurde. Im Mai 2003 legte ich dem Sicherheitsrat in Anbetracht der auf nationaler Ebene erzielten Fortschritte eine umfassende Strategie für die Rolle der MONUC bei der Unterstützung des Übergangs vor. Trotz der politischen Fortschritte hielten die Kampfhandlungen in den östlichen Regionen des Landes jedoch an; besonders schwere Kämpfe fanden in Ituri und in den Kivus statt, wo Massaker und umfangreiche Menschenrechtsverletzungen begangen wurden. Auf Grund der rapiden Verschlechterung der Sicherheit in Ituri und in Erkenntnis der Bedrohung, die dies für den Friedensprozess bedeutete, autorisierte der Sicherheitsrat am 30. Mai die Dislozierung einer interimistischen multinationalen Noteinsatztruppe in Bunia, in der Ituri-Region. Die Truppe wurde von der Europäischen Union entsandt und stand unter der Führung Frankreichs. Die Dislozierung dieser Truppe bis zum 1. September 2003 gab den Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft die Gelegenheit, in der Zwischenzeit an der Stärkung der örtlichen politischen Institutionen zu arbeiten und eine weitere Verschlimmerung der humanitären Krise zu verhindern. Die Übergangsregierung wurde im Juli 2003 mit der Vereidigung der vier neuen Vizepräsidenten, der Minister und Stellvertretenden Minister offiziell eingesetzt. Mit Resolution 1493 (2003) vom 28. Juli genehmigte der Sicherheitsrat, tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen, eine Erhöhung der Personalstärke der Mission auf 10.800.

41. Im September 2002 wurde Côte d'Ivoire in einen Bürgerkrieg gestürzt, als eine Gruppe von Soldaten in einem Putschversuch gleichzeitig militärische Einrichtungen in Abidjan, Bouaké und Korhogo angriffen. Während regierungstreue Sicherheitskräfte rasch wieder die Kontrolle über Abidjan errangen, behielten die Rebellen in der nördlichen Landeshälfte die Oberhand. Vermittlungsbemühungen der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) führten im Oktober 2002 zu einer Waffenruhe-

vereinbarung, die von französischen und ECOWAS-Truppen überwacht wurde. Im Januar 2003 unterzeichneten die ivorischen Parteien das Abkommen von Linas-Marcoussis, das die Schaffung einer Regierung der nationalen Aussöhnung vorsah, deren Hauptaufgaben darin bestehen würden, einen Zeitplan für glaubhafte und transparente landesweite Wahlen auszuarbeiten, die Verteidigungs- und Sicherheitskräfte umzustrukturieren und alle bewaffneten Gruppen zu entwaffnen. Im Mai 2003 genehmigte der Sicherheitsrat die Schaffung der Mission der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (MINUCI) mit dem Mandat, die Umsetzung des Abkommens von Linas-Marcoussis zu erleichtern und die Tätigkeit der französischen und ECOWAS-Truppen zu ergänzen. Die Dislozierung der Mission verlief erfolgreich, und die ersten 26 Verbindungsoffiziere trafen am 23. Juni 2003 in Abidjan ein. Während des gesamten Friedensschaffungsprozesses spielte mein Sonderbeauftragter für Westafrika eine maßgebliche unterstützende Rolle bei den internationalen Bemühungen, die zum Abkommen von Linas-Marcoussis führten.

42. Die Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone (UNAMSIL) begann mit der Durchführung des Plans zur Verringerung der Personalstärke, der den vollständigen Abzug der Mission bis Ende 2004 vorsieht, und war der Regierung Sierra Leones weiterhin bei der Konsolidierung des Friedens behilflich. Das Tempo der Personalverringerung hängt von der Fähigkeit der Sicherheitskräfte Sierra Leones ab, die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Obwohl die Regierung lobenswerte Schritte zur Festigung ihrer Autorität unternahm, war ihre Fähigkeit, die Bevölkerung in den Provinzen mit grundlegenden Diensten zu versorgen, begrenzt. Die Regierung hat Maßnahmen ergriffen, um ihre Kontrolle über den Diamantenabbau wiederherzustellen, doch finden nach wie vor erhebliche illegale Abbautätigkeiten statt. Die Wiederansiedlung der Binnenvertriebenen wurde im Dezember 2002 abgeschlossen, während die Rückführung sierraleonischer Flüchtlinge aus den Nachbarländern weitergeht. Das UNHCR, das UNDP und die Weltbank haben daran gearbeitet, eine Erholung auf lokaler Ebene sicherzustellen, die Fähigkeit der Regierung, Dienste zu erbringen, zu stärken und ehemaligen Kombattanten und Flüchtlingen wirtschaftliche Alternativen zu bieten. Die Kommission für Wahrheit und Aussöhnung und der Sondergerichtshof für Sierra Leone haben ihre Arbeit aufgenommen, und der Sicherheitsrat hat die Dislozierung von 170 Zivilpolizisten zur UNAMSIL genehmigt, die bei der Schulung der örtlichen Polizeikräfte behilflich sein sollen.

43. Während des Berichtszeitraums verstärkten die Büros der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik, Guinea-Bissau und Liberia ihre Bemühungen, die Förderung einer guten Staatsführung und der nationalen Aussöhnung, die Konsolidierung der demokratischen Prozesse und die Mobilisierung internationaler Unterstützung für die Erarbeitung

und Umsetzung von Wiederaufbau- und Entwicklungsprogrammen zu erleichtern. Die jeweiligen VN-Landesteams haben bei diesen Vorhaben eng mitgewirkt. Der Mangel an Zusammenarbeit seitens der Regierungsparteien und das Versäumnis der Beteiligten in den jeweiligen Ländern, ihre wesentlichen Meinungsverschiedenheiten über Fragen der Staatsführung beizulegen, haben die Friedenskonsolidierungsbemühungen der Vereinten Nationen insbesondere in der Zentralafrikanischen Republik und in Liberia jedoch behindert.

44. Bedauerlicherweise nahm die Situation in Liberia eine gefährliche Wendung, als in Monrovia unter flagrantem Verstoß gegen eine Waffenruhevereinbarung, die die kriegführenden Parteien am 17. Juni 2003 in Accra unterzeichnet hatten, erneute Kampfhandlungen ausbrachen. Die Feindseligkeiten versetzten nicht nur den vielversprechenden Ausichten auf die Wiederherstellung des Friedens in dem Land einen schweren Schlag, sie führten auch zu einer humanitären Katastrophe und bedrohten die Stabilität der gesamten westafrikanischen Subregion. Gemeinsam mit anderen wichtigen Akteuren der internationalen Gemeinschaft haben die Vereinten Nationen die nachhaltigen Friedensschaffungs Bemühungen der Führer der ECOWAS aktiv unterstützt. Am 28. Juni 2003 sandte ich ein Schreiben an den Präsidenten des Sicherheitsrats mit dem Ersuchen, der Rat solle umgehend nach Kapitel VII der Charta tätig werden und die Dislozierung einer gut ausgebildeten und ausgerüsteten multinationalen Truppe unter der Führung eines Mitgliedstaats nach Liberia genehmigen, um eine große humanitäre Tragödie zu verhüten und die Lage in dem Land zu stabilisieren. In Erwartung einer größeren Beteiligung der Vereinten Nationen im Rahmen dieser Bemühungen ernannte ich einen Sonderbeauftragten für Liberia, dessen Aufgaben im Wesentlichen darin bestehen sollten, die Tätigkeiten der Vereinten Nationen zu koordinieren, die sich herausbildenden Übergangsregelungen zu unterstützen und die Führung eines möglichen Friedenssicherungseinsatzes der Vereinten Nationen in dem Land zu übernehmen. Am 1. August ermächtigte der Sicherheitsrat mit Resolution 1497 (2003) die Mitgliedstaaten, eine Multinationale Truppe in Liberia einzurichten, und erklärte seine Bereitschaft, im Anschluss daran eine längerfristige Stabilisierungstruppe der Vereinten Nationen einzurichten, die die Multinationale Truppe ablösen sollte. Am 4. August begann die Dislozierung der ECOWAS-Anteile der Multinationalen Truppe mit Unterstützung der Vereinten Nationen. Um die Einstellung der Feindseligkeiten und den Abschluss eines umfassenden Friedensabkommens zu erleichtern, gab Präsident Charles Taylor gemäß der bei der Eröffnung der Friedensgespräche am 4. Juni in Accra von ihm gemachten Zusage die Macht ab und verließ am 11. August Liberia. Ich begrüßte die anschließende Unterzeichnung eines umfassenden Friedensabkommens durch die liberianischen Parteien am 18. August, ebenfalls in Accra, und rief alle Beteiligten auf, die Gelegenheit zu ergreifen, um gemeinsam an der

Wiederherstellung des Friedens und der Stabilität in dem Land zu arbeiten.

45. Die Mission der Vereinten Nationen in Äthiopien und Eritrea setzte ihre Unterstützung des Friedensprozesses fort, indem sie die vorübergehende Sicherheitszone überwachte, der Grenzkommission für Eritrea und Äthiopien logistische Unterstützung gewährte, rasch wirkende Projekte durchführte und die humanitäre Hilfe in der Zone und den angrenzenden Gebieten koordinierte. Das Koordinierungszentrum für Antiminenprogramme hat auch weiterhin alle minenbezogenen Tätigkeiten in der vorübergehenden Sicherheitszone koordiniert und die Zufahrtswege zu den Standorten der Grenzpfiler freigelegt. Es ist wichtig, dass beide Parteien mit der Grenzkommission uneingeschränkt zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die Markierung der Grenze ohne ungebührliche Verzögerung vonstatten gehen kann. Ebenso wichtig ist es, dass die Parteien einen politischen Dialog einleiten, insbesondere um Mechanismen zur friedlichen Beilegung noch bestehender oder künftiger Streitigkeiten zu entwickeln.

46. Im März 2003, unmittelbar vor der Invasion Iraks von Kuwait aus unter der Führung der Vereinigten Staaten von Amerika, wurde das Mandat der Beobachtermission der Vereinten Nationen für Irak und Kuwait (UNIKOM) suspendiert, und die meisten der Mitarbeiter wurden evakuiert. Die UNIKOM behielt eine kleine Zentrale in Kuwait-Stadt, die eine Friedenssicherungspräsenz wahren, politische und militärische Verbindungsaufgaben wahrnehmen und die VN-Programme für humanitäre Hilfe an Irak unterstützen sollte. Obwohl der Großteil der UNIKOM-Zentrale in Umm Qasr sowie andere Infrastrukturen in dem Konflikt zerstört wurden, konnte Camp Khor an der kuwaitischen Seite der Grenze im Mai wieder zur Unterstützung der humanitären Maßnahmen geöffnet werden. Am 3. Juli stellte der Sicherheitsrat in Resolution 1490 (2003) fest, dass die UNIKOM ihr Mandat von 1991 bis 2003 erfolgreich erfüllt hatte, und verlängerte es um einen letzten Zeitraum von drei Monaten. Die verbleibenden Mitarbeiter der Mission bereiten jetzt die Liquidation der UNIKOM vor und senden viele ihrer beweglichen Vermögensgegenstände zu anderen Missionen.

47. Die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon überwachte weiterhin die Blaue Linie zwischen Israel und Libanon und wahrte Verbindung zwischen den Parteien, um Spannungen abzuwenden oder zu begrenzen. Es gab nur wenige gewalttätige Zwischenfälle und nur geringfügige Verletzungen der Blauen Linie am Boden. Häufige Verletzungen des libanesischen Luftraums durch Israel wurden jedoch von der Hisbollah mit Flugabwehrfeuer erwidert. Ich habe die Parteien auch weiterhin daran erinnert, dass die Blaue Linie uneingeschränkt zu respektieren ist. Die libanesischen Streitkräfte haben ihre Aktivität im Süden erhöht, die Regierung Libanons hat jedoch noch nicht alle notwendigen Schritte unternommen, um ihre uneingeschränkte Autorität

in dem Gebiet wiederherzustellen. Das Koordinierungszentrum für Antiminenprogramme koordinierte die Räumung von mehr als 4 Millionen Quadratmetern verminierter Gebiete in Südlibanon.

48. Die Regierung der Demokratischen Republik Timor-Leste unternahm unter Inanspruchnahme der von der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Osttimor (UNMISET) und den Organisationen der Vereinten Nationen gewährten Hilfe Anstrengungen zur Stärkung ihrer Institutionen und zur Erhöhung der Sicherheit. Die Zivilverwaltung der Regierung und die Polizei unternahmen zunehmend größere Verantwortung für die Wahrnehmung der täglichen Geschäfte in ihren jeweiligen Tätigkeitsbereichen. Als ein wichtiges Zeichen seines Bekenntnisses zu den Menschenrechtsprinzipien ratifizierte das Parlament Timor-Lestes im Dezember 2002 sechs wichtige Menschenrechtsverträge und vier Fakultativprotokolle. Auf Grund der Unruhen in Dili im Dezember 2002 und der gewalttätigen Angriffe bewaffneter Elemente im Januar und Februar 2003 beschloss der Sicherheitsrat jedoch, den Zeitplan zur Reduzierung der Militär- und Polizeianteile der Mission zu verlangsamen.

49. In Afghanistan erschwerte die Sicherheitslage weiterhin die Durchführung des Übereinkommens von Bonn vom Dezember 2001. Dennoch wurden Fortschritte erzielt. Alle in dem Übereinkommen vorgesehenen Kommissionen wurden eingerichtet und haben die Arbeit in ihren jeweiligen Bereichen der Menschenrechte, der Verfassungs- und Justizreform und der Umgestaltung des öffentlichen Dienstes aufgenommen. Die Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan und andere Einrichtungen der Vereinten Nationen haben diesen Kommissionen entscheidende Unterstützung gewährt. Die Übergangsregierung ergriff konkrete Maßnahmen, um ihre Kontrolle über das Land auszuweiten. Dazu gehörten die Einführung einer neuen Währung und die Erstellung eines Haushaltsplans für die nationale Entwicklung. Im Mai 2003 erzielte die Regierung eine Übereinkunft mit maßgeblichen Provinzgouverneuren und Kommandeuren, die die Zentralisierung der Zolleinkünfte vorsieht und Provinzfürhern verbietet, gleichzeitig zivile und militärische Positionen zu bekleiden; diese Verpflichtungen wurden jedoch nur zum Teil erfüllt. Die Übergangsregierung hat die Reform des Sicherheitssektors in den Mittelpunkt ihrer Anstrengungen gestellt. Dazu gehört die Reformierung des Verteidigungsministeriums zu einer die gesamte Nation repräsentierenden Einrichtung als Vorbedingung für die Umsetzung des Plans zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung. Die Unterzeichnung einer Erklärung über gutnachbarliche Beziehungen zwischen Afghanistan und seinen Nachbarstaaten am 22. Dezember 2002 war ein weiterer Schritt zur Verwirklichung des Ziels, die Stabilität und Sicherheit in der Region zu festigen.

50. Die Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien (UNOMIG) überwachte weiterhin die Einhaltung der

Waffenruhevereinbarung von 1994. Die Gruppe der Freunde trat im Februar und Juli 2003 unter dem Vorsitz der Vereinten Nationen in Genf zusammen, um die bei der Herbeiführung einer umfassenden Regelung erzielten Fortschritte zu überprüfen und Optionen zu erwägen, die geeignet sind, den Friedensprozess voranzubringen. Die georgische und die abchasische Seite nahmen an der zweiten Tagung teil. Mein Sonderbeauftragter wahrte mit Unterstützung der Gruppe der Freunde engen Kontakt zu den Parteien, um an die von diesen beiden Tagungen sowie dem im März 2003 abgehaltenen Treffen zwischen Präsident Putin und Präsident Schevardnadse ausgehenden Impulse anzuknüpfen, insbesondere auf den Gebieten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen. Mein Sonderbeauftragter unterstützte außerdem die Bemühungen um die Vertrauensbildung und Fortschritte bei einer umfassenden Regelung des Konflikts auf der Grundlage des Dokuments "Grundprinzipien für die Kompetenzaufteilung zwischen Tiflis und Suchumi" und des dazugehörigen Übermittlungsschreibens. Ich bin nach wie vor über die Sicherheit im Kodori-Tal besorgt, wo vier UNOMIG-Mitarbeiter im Juni 2003 sechs Tage lang als Geiseln gehalten wurden – der sechste derartige Vorfall seit der Einrichtung der Mission im Jahr 1993. Keiner der für diese Handlungen oder den Hubschrauberabschuss im Jahr 2001 verantwortlichen Täter ist je ausfindig gemacht oder vor Gericht gestellt worden.

51. Die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) unterstützte weiterhin die Einrichtung der vorläufigen demokratischen Selbstverwaltungsinstitutionen, die in dem Verfassungsrahmen für eine vorläufige Selbstverwaltung im Kosovo vorgesehen sind. Die schrittweise Übertragung der in Kapitel 5 des Verfassungsrahmens vorgesehenen übertragbaren Aufgaben an die vorläufigen Institutionen wurde fortgesetzt, wobei bei der Wahl des Zeitpunkts für die Übertragung die Fähigkeit dieser Institutionen zur Übernahme der entsprechenden Verantwortlichkeiten berücksichtigt wurde. Die allgemeine Autorität der UNMIK sowie die in Kapitel 8 des Verfassungsrahmens aufgeführten vorbehaltenen Aufgaben werden nicht übertragen. Unterstützt vom UNDP setzte die Mission ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und zur Schaffung der Grundlagen für eine lebensfähige Marktwirtschaft fort. Sie verstärkte außerdem ihre Anstrengungen zur Förderung günstiger Bedingungen für die Rückkehr von Minderheiten sowie zur Regelung von Eigentumsansprüchen Vertriebener. Die Mission bemühte sich weiter um die Lösung von Fragen, die mit den Behörden in Belgrad erörtert werden müssen, und regte den direkten Dialog über praktische Angelegenheiten zwischen Belgrad und Pristina an.

52. Die Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina schloss ihre Arbeit im Dezember 2002 erfolg-

reich ab, nachdem sie gesamtstaatliche Strafverfolgungsinstitutionen eingerichtet und eine 40.000 Mann starke Miliz aus der Kriegszeit in eine professionelle Polizei mit einer Personalstärke von 16.000 Mann umgeformt hatte. Noch verbleibende Aufgaben im Zusammenhang mit der Polizeireform wurden der Polizeimission der Europäischen Union übertragen. Die Beobachtermission der Vereinten Nationen in Prevlaka schloss ihre Aufgaben ebenfalls im Dezember 2002 ab, indem sie half, dieses strategisch wichtige Gebiet von den Kämpfen in der Region abzuschirmen und Raum für eine politische Lösung des Streits zu schaffen.

53. Anknüpfend an die Anstrengungen, die im letzten Jahr zur Aufstockung der strategischen Materialreserve in Brindisi unternommen wurden, konnte das Sekretariat in diesem Jahr mit der Erstellung einer Liste rasch verlegbaren Zivilpersonals seine Kapazität zur Dislozierung von Personal verbessern. Die Abteilung Zivilpolizei der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze erstellte außerdem eine 100 Personen umfassende Liste von professionellen Beamten, die kurzfristig einsatzbereit sind. Ich bin den Mitgliedstaaten in dieser Hinsicht äußerst dankbar für ihre Kooperation. Darüber hinaus verbesserte die Hauptabteilung in Zusammenarbeit mit anderen Stellen der Vereinten Nationen ihre Kapazität zur Befassung mit Angelegenheiten der Polizei, der Justiz und des Strafvollzugs durch die Anfang 2003 erfolgte Einrichtung einer Beratungsgruppe für Strafrecht und Justiz.

### **Die Vereinten Nationen und die Regionalorganisationen**

54. Die Vereinten Nationen arbeiten bei der Förderung gemeinsamer Ziele wie des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, der Entwicklung und der Achtung der Menschenrechte auch weiterhin mit Regionalorganisationen zusammen und stützen sich auf sie. Die zweijährlichen Tagungen auf hoher Ebene zwischen den Vereinten Nationen und den Regionalorganisationen, ein 1994 eingerichtetes Forum, sind für die Stärkung der Zusammenarbeit insbesondere auf den Gebieten der Konfliktverhütung und der Friedenskonsolidierung von entscheidender Bedeutung. Im Lichte der zunehmenden Notwendigkeit, den Herausforderungen für den Frieden und die Sicherheit in der ganzen Welt gemeinsam zu begegnen, berief ich im Juli 2003 die fünfte Tagung auf hoher Ebene mit dem Thema "Neue Herausforderungen für den Frieden und die Sicherheit, namentlich durch den internationalen Terrorismus" ein. Die Schlussfolgerungen der Tagung, die ich zur weiten Verbreitung zur Verfügung zu stellen beabsichtige, haben bestätigt, dass die Teilnehmer ein starkes Interesse daran haben, den neuen Herausforderungen gemeinsam zu begegnen und häufiger zusammenzutreffen, um gemeinsame Strategien und Politiken auszuarbeiten.

55. Während des Berichtszeitraums bildeten die Vereinten Nationen eine Reihe innovativer Partnerschaften mit Regionalorganisationen. Wie bereits erwähnt, haben beispielsweise die Europäische Union und die Vereinten Nationen unlängst gemeinsame Anstrengungen in der Demokratischen Republik Kongo unternommen, wo im Juni 2003 unter der Aufsicht des Sicherheitsrats eine Truppe der Europäischen Union disloziert wurde, um den Frieden in der Ituri-Region zu erhalten. In ähnlicher Weise erklärte sich die Nordatlantikvertrags-Organisation im August 2003 bereit, die Führung der im Rahmen eines Mandats des Sicherheitsrats operierenden Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe in Afghanistan zu übernehmen. Auf dem Gebiet der Entwicklung erleichtert die im April 2003 erfolgte Unterzeichnung eines Rahmenabkommens mit der Europäischen Kommission den Vereinten Nationen den Zugang zu den Finanzmitteln der Kommission bei den gemeinsamen Bemühungen um die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele.

56. Die Vereinten Nationen arbeiteten außerdem weiter eng mit der Afrikanischen Union und den subregionalen Organisationen in Afrika zusammen, um bei der Bewältigung und Beilegung von Konflikten behilflich zu sein. Die afrikanischen Generalstabschefs und der Exekutivrat der Union verabschiedeten unterstützt von den Vereinten Nationen eine Reihe von Vorschlägen zur Stärkung der afrikanischen Friedenssicherungskapazitäten. Mein Sonderbeauftragter für Westafrika arbeitete darüber hinaus mit Unterstützung der Organisationen und des Sekretariats der Vereinten Nationen eng mit der ECOWAS zusammen, um ein integriertes subregionales Konzept für die Herausforderungen auszuarbeiten, denen sich die westafrikanischen Staaten gegenübersehen. Auf Ersuchen des Sicherheitsrats entsandte ich im Juni 2003 eine multidisziplinäre Bewertungsmmission nach Zentralafrika, um zu erkunden, wie die Vereinten Nationen ihre Zusammenarbeit mit subregionalen Einrichtungen zur Herbeiführung eines dauerhaften Friedens verstärken können. Ein Vertreter der ECOWAS schloss sich der Mission an. Das UNDP hat ein umfassendes Programm zur Unterstützung der Afrikanischen Union beim Aufbau ihrer Kapazitäten zur Konfliktbewältigung ausgearbeitet.

57. Was Asien betrifft, so begrüße ich die zunehmenden Kontakte und die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Sekretariaten der Vereinten Nationen und des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) bei Angelegenheiten, die den Frieden und die Sicherheit in der Region betreffen. Im Februar 2003 wurde in Singapur die dritte regionale Arbeitstagung über die Verhütung und Lösung von Konflikten und die Friedenskonsolidierung in Südostasien abgehalten, die sich schwerpunktmäßig mit den Erfahrungen der ASEAN und der Vereinten Nationen bei der Vorauserkennung von Konflikten und der Konfliktvermittlung befasste. In Lateinamerika habe ich die vom Generalsekretär der Organisation der amerikanischen Staaten eingeleiteten uner-

müdlischen Vermittlungsbemühungen in Bezug auf die Situationen in Venezuela und in Haiti von Anbeginn begrüßt und unterstützt. Mit Blick auf die pazifische Region bin ich erfreut über die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Pazifikinsel-Forum.

## **Wahlhilfe**

58. Die Wahlhilfe wird von den Vereinten Nationen als Mittel zur Konfliktverhütung betrachtet. Ein zur rechten Zeit und auf die richtige Weise durchgeführter transparenter Wahlprozess, der alle Seiten einschließt, kann eine Zunahme von Spannungen und Gewalt, die sich anderenfalls aus der Unzufriedenheit mit tatsächlichen oder vermuteten Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen ergeben könnte, verhindern. So wurden von den Vereinten Nationen beispielsweise auf Ersuchen der Palästinensischen Behörde zwei Gruppen von Wahlhelfern disloziert, um bei der Einrichtung der Palästinensischen zentralen Wahlkommission behilflich zu sein und die Eintragung in die Wählerverzeichnisse vorzubereiten. Dadurch soll die Kommission in die Lage versetzt werden, zu dem im "Fahrplan" vorgesehenen Zeitpunkt in geeigneter Weise transparente und effiziente Wahlen abzuhalten beziehungsweise ein Referendum durchzuführen. Damit soll sichergestellt werden, dass der Friedensprozess nicht wegen des Fehlens eines glaubhaften Wählerverzeichnisses oder einer unzureichend vorbereiteten Wahlkommission an Dynamik verliert. Darüber hinaus wurde ein hochrangiger Wahlberater eingesetzt, der den Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Nahostfriedensprozess zu den Auswirkungen des Wahlprozesses auf die Umsetzung des "Fahrplans" beraten soll.

59. In Jamaika hatte die begrenzte Fähigkeit der jamaikanischen Behörden, in geeigneter Weise auf Beschwerden im Zusammenhang mit Wahlen zu reagieren, bei früheren Wahlen zu Gewalttätigkeiten geführt. Auf Grund eines Ersuchens der Regierung, bei der Verhütung erneuter Gewalttätigkeiten während der neuen Wahlperiode behilflich zu sein, konzentrierten sich die Vereinten Nationen auf die Verbesserung der juristischen Fähigkeiten und der Untersuchungskapazitäten der Wahlbehörden und der Politischen Ombudsperson in Jamaika, um sie in die Lage zu versetzen, sich mit Einsprüchen und Beschwerden im Zusammenhang mit den Wahlen zu befassen. Wenngleich es schwierig ist, die Wirkung der von den Vereinten Nationen geleisteten Hilfe zu quantifizieren, ist zu bemerken, dass auf die Ende 2002 abgehaltenen Parlamentswahlen keine Todesfälle zurückzuführen waren.

60. Zwischen September 2002 und Juli 2003 gingen bei den Vereinten Nationen 32 offizielle Ersuchen um Wahlhilfe ein. Auf 20 dieser Ersuchen wurde eine positive Antwort erteilt, neun Ersuchen werden noch geprüft und drei Ersuchen konnte nicht entsprochen werden.



## Terrorismus

61. Der Terrorismus stellt nach wie vor eine große Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dar. Der nach Resolution 1373 (2001) des Sicherheitsrats eingerichtete Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus setzte die Prüfung der Berichte von Mitgliedstaaten über die Umsetzung einhelligiger Maßnahmen zur Unterdrückung und Verhütung des Terrorismus fort. Er hat außerdem weiterhin die Gewährung von Unterstützung an Staaten erleichtert, die eine solche benötigen, um ihren Verpflichtungen nach Resolution 1373 (2001) nachkommen zu können. Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung rief im Oktober 2002 als Rahmen für seine operative Tätigkeit auf diesem Gebiet das Globale Programm gegen den Terrorismus ins Leben und erhielt die Zustimmung der Generalversammlung zur Stärkung der Unterabteilung Terrorismusverhütung des Zentrums für internationale Verbrechenverhütung. Die Hauptabteilung Presse und Information wird sicherstellen, dass über die Grundsatzpositionen und Tätigkeiten der Vereinten Nationen in Bezug auf den Terrorismus ausführlich berichtet wird.

62. Die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung ist zu einem Schwerpunkt der Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft geworden. Durch die Unterstützung der Regierungen bei der Ermittlung und Beschlagnahme von unerlaubten Vermögensgegenständen wird die Fähigkeit der Staaten verbessert, sowohl die konventionelle Kriminalität als auch den Terrorismus zu bekämpfen. Die auf diesem Gebiet vom Büro für Drogen- und Verbrechenbekämpfung gewährte Unterstützung erstreckt sich auf die Ausarbeitung von Rechtsvorschriften, den Kapazitätsaufbau für Ermittler, Staatsanwälte und den Finanzsektor sowie die Einrichtung und Stärkung finanzieller Nachrichtendienste, die zusammen die Grundlage für die Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung bilden.

63. Während wir den Terrorismus energisch bekämpfen, müssen wir gleichzeitig sicherstellen, dass die Würde und die Grundfreiheiten des Einzelnen sowie demokratische Praktiken und ordnungsgemäße rechtliche Verfahren dabei nicht mit Füßen getreten werden. Das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte betont in dieser Hinsicht weiterhin, wie wichtig es ist, bei der Terrorismusbekämpfung die Menschenrechte zu achten, und hat die Kontakte zwischen den Menschenrechtsorganen der Vereinten Nationen und dem Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus gestärkt. In meinen öffentlichen Äußerungen habe ich stets betont, dass Sicherheit nicht gegen die Menschenrechte aufgewogen werden kann: die Achtung der Menschenrechte ist ein grundlegender Bestandteil der Bekämpfung des Terrorismus. Darüber hinaus ist auch die Förderung von Werten der Toleranz und des Dialogs zwischen den Kulturen von überragender Bedeutung.

## Abrüstung

64. Im Jahr 2003 jährt sich die Abhaltung der ersten der Abrüstung gewidmeten Sondertagung der Generalversammlung zum fünfundzwanzigsten Mal. Indessen ist der Korpus der multilateralen Abrüstungsnormen auf Grund des geschwächten internationalen Engagements langsam ausgehöhlt worden, während bei den Strukturen für die Beratungen und Verhandlungen über weitere Maßnahmen weiterhin Stillstand herrscht. Ich bin insbesondere besorgt über die lange anhaltende Pattsituation in der Abrüstungskonferenz. Auf Grund der fehlenden Übereinstimmung über ihr Arbeitsprogramm ist die fachliche Arbeit erneut blockiert worden, selbst in Bezug auf diejenigen Fragen, in denen ein Konsens über die Aufnahme von Verhandlungen herrscht. Der Konferenz muss erlaubt werden, ihre mandatsgemäße Funktion als das einzige multilaterale Forum für Abrüstungsverhandlungen wahrzunehmen.

65. Die Entwicklungen im Jahr 2003 gaben der Weltgemeinschaft verstärkt Anlass zur Sorge über den möglichen Einsatz nuklearer, biologischer oder chemischer Waffen durch Staaten oder nichtstaatliche Akteure. Der weltweite Beitritt zu den multilateral ausgehandelten Übereinkünften sowie ihre vollinhaltliche und tatsächliche Einhaltung sind wirkungsvolle Instrumente im Kampf gegen den Einsatz und die Verbreitung solcher Waffen. Die Gefahr, dass Massenvernichtungswaffen in die Hände von Terroristen fallen könnten, gibt weltweit Anlass zur Besorgnis. Konzertierte Anstrengungen zur Förderung der Abrüstung, der Nichtverbreitung und der Sicherheit von waffenfähigem Material sind von entscheidender Bedeutung dafür, dass Terroristen am Erwerb dieser Waffen gehindert werden.

66. Ich war erfreut darüber, dass der Moskauer Vertrag zwischen der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Reduzierung der strategischen Offensivwaffen im Juni 2003 in Kraft trat. Weitere Maßnahmen mit dem Ziel, die Reduzierung der strategischen Kernwaffen irreversibel, transparent und verifizierbar zu machen, würden den Weltfrieden und die internationale Sicherheit erheblich stärken. Auf der zweiten Tagung des Vorbereitungsausschusses für die Konferenz der Vertragsparteien im Jahr 2005 zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen bekräftigten die Vertragsstaaten, dass der Vertrag weiterhin der Eckpfeiler des weltweiten Nichtverbreitungsregimes und die Hauptgrundlage für die nukleare Abrüstung ist. Allerdings wurde das Vertrauen in seine tatsächliche Durchführung insbesondere durch den Beschluss der Demokratischen Volksrepublik Korea, von dem Vertrag zurückzutreten, den ersten derartigen Beschluss seit dem Inkrafttreten des Vertrags vor 33 Jahren, untergraben. Wenngleich die Zahl der Staaten, die dem Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen beigetreten sind, erheblich zugenommen hat, sind weitere Anstrengungen erforderlich, um sicherzustellen, dass der Vertrag in Kraft tritt.

67. Im Juli 2003 wurde in New York die erste Zweijährliche Tagung der Staaten zur Prüfung der Durchführung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten abgehalten. Nach nur zwei Jahren der Tätigkeit konnten 99 Staaten nationale Sachstandsberichte vorlegen. Ich bin von den vielen Initiativen ermutigt, die auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene ergriffen werden, um den unerlaubten Handel mit diesen Waffen zu unterbinden. Auf der Tagung wurde bekräftigt, dass Partnerschaften auf allen diesen Ebenen, namentlich mit der Zivilgesellschaft, notwendig sind, um den Staaten bei der Durchführung des 2001 verabschiedeten Aktionsprogramms behilflich zu sein. Die Vereinten Nationen werden die Staaten bei ihren Anstrengungen zur Milderung der Auswirkungen des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen auf die Sicherheit, die Entwicklung und die Menschenrechte weiter ermutigen und unterstützen.

### **Sanktionen**

68. Sanktionen bleiben ein wichtiges Instrument zur Förderung und Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Ihre häufige Anwendung Ende der 1990er Jahre gab jedoch Anlass zur Sorge über ihre Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung und die humanitäre Lage in den betroffenen Ländern oder Regionen. Ich bin durch die während des Berichtszeitraums erzielten Fortschritte bei der Verfeinerung internationaler Sanktionen ermutigt, durch die erreicht werden soll, dass der größtmögliche Druck auf das beabsichtigte Ziel der Sanktionen ausgeübt wird, während die nachteiligen Auswirkungen auf die Bevölkerung im All-

gemeinen und auf Drittstaaten auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Der Sicherheitsrat ersucht nun häufig um Bewertungsberichte über die humanitären Folgen gegenwärtiger und möglicher künftiger Sanktionsregimes. Dem Sekretariats-Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten wurde ein Mandat zur Durchführung solcher Bewertungen erteilt. Zusätzlich zur Einrichtung von Sachverständigengruppen und Überwachungsmechanismen erfordert die verbesserte Umsetzung zielgerichteter Sanktionen auch eine regelmäßige, genaue und transparente Berichterstattung seitens der Staaten. Diese Berichterstattung hilft den Sanktionsausschüssen, den Umfang der Befolgung abzuschätzen, und ist bei der Ermittlung des Bedarfs der Staaten an technischer Hilfe zur Verbesserung der Umsetzung von Nutzen. Ich war erfreut festzustellen, dass einige Ergebnisse des Stockholm-Prozesses über die Durchführung von zielgerichteten Sanktionen ihren Niederschlag in den erweiterten Berichtspflichten nach der Resolution 1455 (2003) des Sicherheitsrats fanden. Ich möchte hier weitere Expertendiskussionen über die mögliche Anwendung gezielter Maßnahmen zur Verhinderung oder Eingrenzung von Konflikten anregen.

69. Die Sanktionen gegen Somalia und Liberia sowie die Mitglieder der Taliban und Al-Qaida wurden verschärft beziehungsweise ausgeweitet. Angesichts der Beendigung des Krieges in Angola und der Umwandlung der UNITA in eine politische Partei hob der Sicherheitsrat die Sanktionen gegen die UNITA auf; er beschloss außerdem, das Verbot der Einfuhr von Rohdiamanten aus Sierra Leone nicht zu verlängern, da sich die Regierung voll am Kimberley-Prozess beteiligte. Der Rat hob außerdem alle Verbote in Bezug auf den Handel mit Irak auf, mit Ausnahme der Verbote in Bezug auf die Lieferung von Waffen.

## Kapitel II

### Erfüllung der humanitären Verpflichtungen

70. Im humanitären Bereich gab es im Laufe des vergangenen Jahres erhebliche Verbesserungen und beunruhigende Rückschläge. Während die lang anhaltenden Konflikte in Angola, Sierra Leone und Sudan einer Lösung zuzustreben scheinen, wodurch sich die humanitäre Lage in diesen Ländern entspannt, hat der Ausbruch von Kämpfen in Côte d'Ivoire, im Osten der Demokratischen Republik Kongo und in Liberia das schreckliche menschliche Leid in diesen Gebieten noch vergrößert. Hartnäckige Konflikte in Kolumbien und dem besetzten palästinensischen Gebiet geben weiterhin Anlass zu ernsthafter Besorgnis. Zahlreiche Naturkatastrophen haben zu viel Leid und einer großen Zahl von Todesfällen geführt und hatten an einigen Orten verheerende Auswirkungen auf Bevölkerungen, die bereits von Kriegen oder ansteckenden Krankheiten wie Malaria, Tuberkulose und insbesondere HIV/Aids heimgesucht worden waren.

71. Das System der Vereinten Nationen ist bestrebt gewesen, auf die zahlreichen humanitären Krisen sowohl in ausgewogener Weise als auch effizient zu reagieren, wobei die Grundsätze der Humanität, der Neutralität und der Unparteilichkeit im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen. Im Laufe des Jahres wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um durch die weitere Stärkung des Prozesses der konsolidierten Beitragsappelle und der Partnerschaften mit den Empfängerländern, den nichtstaatlichen Organisationen und sonstigen internationalen Institutionen kohärentere und strategisch koordinierte humanitäre Antwortmaßnahmen sicherzustellen.

#### **Herausforderungen auf dem Gebiet des Schutzes und der Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene**

72. Im Laufe des vergangenen Jahres haben die in einigen zuvor von Kriegen verwüsteten Ländern aufkeimenden Friedensprozesse die Gelegenheit geschaffen, die Lebensbedingungen vieler zurückkehrender Flüchtlinge und Binnenvertriebener erheblich zu verbessern. In Afghanistan kehrten nach dem Fall des Taliban-Regimes mehr als 2 Millionen Flüchtlinge und 750.000 Binnenvertriebene nach Hause zurück. In Angola kamen nahezu 130.000 Flüchtlinge spontan aus benachbarten Ländern zurück in ihre Heimat, während über eine Millionen Binnenvertriebene in ihre Dörfer zurückkehrten. In Sierra Leone kehrten etwa 75.000 Flüchtlinge aus Guinea und Liberia in ihre Heimat zurück und nahezu alle Binnenvertriebenen waren bis Dezember 2002 zurückgekehrt oder neu angesiedelt worden. In Sri Lanka kehrten nach dem Beginn der Friedensverhandlungen etwa 240.000 heimatlos gewordene Menschen nach Hause zurück. Der größte Teil der 170.000 Personen aus der ehemaligen jugo-

slawischen Republik Mazedonien, die 2001 aus ihren Heimatstätten geflohen waren, konnten zurückkehren, was das Ende des Notstands bedeutete.

73. Es ist tragisch, dass Millionen von Flüchtlingen in der ganzen Welt nach wie vor ohne große Hoffnung auf eine Rückkehr in einem Teufelskreis von Konflikten und Unruhen gefangen sind. Allein in Afrika waren über 3 Millionen Menschen von derartigen Langzeitflüchtlingskrisen betroffen, namentlich in der Demokratischen Republik Kongo, Eritrea, Somalia und Sudan. In der Westsahara leben über ein Vierteljahrhundert nach dem Beginn der Streitigkeit etwa 165.000 Flüchtlinge nach wie vor in Lagern und warten noch immer auf eine politische Lösung. Trotz der in Afghanistan erzielten Fortschritte blieben noch immer mehr als 1,1 Millionen Flüchtlinge in der Islamischen Republik Iran und 1,2 Millionen in Pakistan. Schätzungen zufolge belief sich die Gesamtzahl der Flüchtlinge weltweit zu Beginn des Jahres 2003 auf etwa 10,3 Millionen, was im Vergleich zum Vorjahr einer Verringerung um 1,7 Millionen beziehungsweise 14 Prozent entspricht. Die Gesamtzahl der Personen, mit denen das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) befasst ist, namentlich Flüchtlinge, Asylsuchende und Binnenvertriebene sowie Personen, die im Laufe des Jahres zurückkehrten, stieg leicht an, von 19,8 Millionen zu Beginn des Jahres 2002 auf etwa 20,5 Millionen Anfang 2003. Während viele Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren konnten, waren im Jahr 2002 fast 300.000 mehr Menschen gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen, hauptsächlich aus Burundi (29.000), der Demokratischen Republik Kongo (39.000) und Liberia (105.000), und wurden zu Flüchtlingen. Die größten Flüchtlingsströme traten in Afrika auf. In Westafrika hatten die Konflikte in Côte d'Ivoire und Liberia tragische Vertreibungen in der gesamten Subregion zur Folge, was Instabilität in den Nachbarländern auslöste und die Bemühungen um die Festigung der Stabilität in Sierra Leone gefährdete.

74. Wenngleich die Staaten die Hauptverantwortung für das Wohl ihrer Bürger tragen, hat das UNHCR in den letzten Jahren verstärkt auf Situationen reagiert, in denen Binnenvertriebene eines Schutzes bedürfen, der dem von Flüchtlingen entspricht. In Burundi, Kolumbien und Sudan sind nach wie vor mehr als 6 Millionen Binnenvertriebene von Leid und Missbrauch betroffen. In der Demokratischen Republik Kongo wurde der Optimismus auf Grund der erfolgreichen Friedensverhandlungen durch das fortgesetzte Blutvergießen und die Vertreibungen insbesondere in der Ituri-Region gedämpft. In Indonesien führte die Wiederaufnahme der Militäroffensive gegen die Separatistenbewegung in Aceh ebenfalls zur Vertreibung von Tausenden von Menschen. In der

Russischen Föderation gibt es derzeit etwa 370.000 Binnenvertriebene. Die Arbeit meines Beauftragten für Binnenvertriebene hat erheblich dazu beigetragen, dass die internationale Gemeinschaft dem Problem der Binnenvertreibung Aufmerksamkeit geschenkt und besser darauf reagiert hat. Die Leitgrundsätze betreffend Binnenvertreibungen, die von meinem Beauftragten und einer Gruppe von Rechtssachverständigen ausgearbeitet wurden, sind eine Orientierungshilfe für alle beteiligten Akteure und beschreiben die Rechte und Garantien, die in allen maßgeblichen Phasen, das heißt während der Vertreibung, der Rückkehr, der Neuansiedlung und der Wiedereingliederung, zur Anwendung kommen. Die Leitgrundsätze werden zunehmend in der Arbeit der Regionalorganisationen berücksichtigt und haben sich in einer Reihe von Ländern bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften über Binnenvertreibungen als hilfreich erwiesen. Die Gruppe für Binnenvertreibungen im Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten hat ihren Tätigkeitsschwerpunkt, der auf die Gewährung von Unterstützung für konkrete Binnenvertreibungskrisen ausgerichtet ist, beibehalten, während sie sich zugleich innerhalb des gesamten Systems der Vereinten Nationen für Verbesserungen bei der Bewältigung solcher Krisen einsetzt. Die Schulungsseminare, der sachkundige Rat und die Anleitung, die von der Gruppe in Zusammenarbeit mit anderen humanitären Partnern bereitgestellt wurden, veranlassten beispielsweise die Behörden Sudans dazu, ihr Interesse an der Ausarbeitung einer nationalen Politik für Binnenvertriebene zu bekunden.

75. Die Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen bringt enorme Herausforderungen mit sich. Die Herbeiführung dauerhafter Lösungen beinhaltet die mühevollen Aufgabe, zerstörte Volkswirtschaften wiederaufzubauen und Menschen, die kaum etwas anderes als den Krieg gekannt haben, eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Das Konzept "Repatriierung, Wiedereingliederung, Rehabilitation und Wiederaufbau" bringt die Akteure im Bereich der humanitären Hilfe und der Entwicklung im Kontext von Postkonfliktsituationen zusammen. In Sierra Leone und Sri Lanka haben das UNHCR und das UNDP zusammengearbeitet, um die Entwicklungs- und Wiedereingliederungshilfe wirksam auf Regionen mit einer hohen Zahl von Rückkehrern auszurichten. Auch in Afghanistan und Eritrea vollzieht sich die Zusammenarbeit im Rahmen des Konzepts "Repatriierung, Wiedereingliederung, Rehabilitation und Wiederaufbau". In einer Studie der Universität der Vereinten Nationen wird betont, dass die Steuerung von Flüchtlingsbewegungen und der Schutz Vertriebener ein fester Bestandteil der Konfliktlösung, der Friedenskonsolidierung und der regionalen Sicherheit sein sollte.

76. In Entwicklungsländern, die Flüchtlinge beherbergen, ist die fehlende Sicherheit nach wie vor ein großes Problem. In Flüchtlingslager und -siedlungen sind bewaffnete Elemente eingesickert. Die zwangsweise Rekrutierung von

Flüchtlingen, insbesondere Kindern – auch solcher, die zuvor demobilisiert wurden – sowohl durch Regierungstruppen als auch durch Rebellen Gruppen gab ebenfalls Anlass zu großer Besorgnis. Derartige Probleme traten im vergangenen Jahr insbesondere in der Region Westafrika auf. In Guinea war das UNHCR gezwungen, nach wiederholten Angriffen durch liberianische bewaffnete Gruppen etwa 33.000 Flüchtlinge von einem Lager nahe der liberianischen Grenze an einen etwa 250 Meilen entfernten sichereren Ort zu überführen.

77. Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, das UNICEF und die Partnerorganisationen haben im Laufe des Jahres beträchtliche Ressourcen bereitgestellt, um den Schutz der Frauen und Kinder unter den Flüchtlingen zu verbessern. Mädchen und Frauen werden regelmäßig zu Opfern von Kampagnen geschlechtsspezifischer Gewalt, wie Vergewaltigung, Verstümmelung, Prostitution, erzwungener Schwangerschaft und sexueller Sklaverei. Als Reaktion auf Vorfälle sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt in Flüchtlingslagern wurde eine Reihe von Präventiv- und Abhilfemaßnahmen getroffen, namentlich Systeme zur Untersuchung von Vorfällen, Beschwerdemechanismen und Programme für die Unterstützung der Opfer. In Guinea förderten das UNHCR und seine Partner unter den nichtstaatlichen Organisationen die Schaffung von Flüchtlingsvereinigungen in den Lagern, um die Verhütung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt und die Reaktion darauf zu verbessern. In Sierra Leone führte das UNICEF in allen Lagern, in den umliegenden Gemeinwesen sowie in vier Zentren für die vorläufige Betreuung eine Sensibilisierungskampagne durch. Andere in Sierra Leone ergriffene Maßnahmen umfassten die Einrichtung eines Überwachungssystems auf Gemeinwesenebene und von Beschwerdemechanismen in den Lagern, die Schulung von Mitarbeitern humanitärer Organisationen im Umgang mit sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung sowie die Schulung der Polizei in Befragungstechniken bei Fällen sexuellen Missbrauchs, sexueller Ausbeutung und häuslicher Gewalt. Das UNICEF, das Welternährungsprogramm (WFP) und die Partner unter den nichtstaatlichen Organisationen haben in sechs Ländern im südlichen Afrika gemeinsam begonnen, das Personal und die Partner der Vereinten Nationen und der nichtstaatlichen Organisationen in Fragen der Verhütung sexueller Ausbeutung und der Reaktion darauf auszubilden.

78. Der Berichtszeitraum hat neue Herausforderungen für den Schutz von Flüchtlingen mit sich gebracht, von denen viele mit den allgemeineren Entwicklungen in der internationalen Arena verknüpft waren. Sicherheitsbedenken haben die Staaten veranlasst, neue und verschärfte Kontrollen an den Einreisepunkten in ihr Hoheitsgebiet durchzuführen, was für Asylsuchende den Zugang zu Asylverfahren zunehmend erschwert hat. Viele Regierungen scheinen der Versuchung zu erliegen, diskriminierende Maßnahmen anzuwen-

den, um die Zulassung aller potenziellen Einwanderer, einschließlich der Asylsuchenden, zu begrenzen. Auch Fälle willkürlicher Inhaftnahme sind in einigen Ländern alltäglich geworden. Als Folge davon kam es zu einer Schwächung der öffentlichen Unterstützung für den Asylprozess, und Flüchtlinge waren unfairen Verdächtigungen, Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit ausgesetzt. In der Erkenntnis, dass die Staaten legitime Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit dem Problemkomplex Asyl und Migration haben, hat das UNHCR Wege erkundet, um mit den Regierungen bei diesen Problemen zusammenzuarbeiten. Im Jahr 2002 wurden die Globalen Konsultationen über internationalen Schutz abgeschlossen, an denen Staaten, zwischenstaatliche Organisationen, nichtstaatliche Organisationen, Akademiker, Juristen und Flüchtlinge beteiligt waren. Im Ergebnis dieses Prozesses wurde eine Schutzagenda verabschiedet, in der erneut das Bekenntnis zum Ausdruck kam, die Lücken im internationalen Schutz zu füllen. Das UNHCR rief im Rahmen seines Engagements für diesen Prozess die "Konvention Plus"-Initiative ins Leben, deren Ziel darin besteht, besondere Regelungen zur Förderung dauerhafter Lösungen und einer gerechteren Lastenverteilung auszuarbeiten.

### **Bereitstellung von humanitärer Hilfe und das Problem unzureichender Finanzmittel für bestimmte Notsituationen**

79. Wie bereits erwähnt, wurde der Prozess der konsolidierten Beitragsappelle als strategisches Planungsinstrument der Vereinten Nationen und ihrer Partner weiter gestärkt. Während des Berichtszeitraums erließen die Vereinten Nationen und ihre Partner 27 konsolidierte Appelle für humanitäre Hilfe, in denen von der internationalen Gemeinschaft ein Betrag von insgesamt 5,8 Milliarden Dollar erbeten wurde. Bis zum 21. Juli 2003 hatte die Geberreaktion auf diese Beitragsappelle einen Stand von insgesamt 52 Prozent erreicht. Wenngleich die zur Verfügung gestellten Mittel nicht die angestrebte Höhe erreichten, konnten die Vereinten Nationen dank dieser Appelle dennoch für 45 Millionen Opfer von Konflikten, Dürre und sonstigen Notfällen Nahrungsmittel, Unterkunft, Medikamente und andere Formen lebensrettender Hilfe bereitstellen.

80. Die Gebergemeinschaft hat die humanitären Tätigkeiten des WFP großzügig unterstützt und im Laufe des Jahres 2002 nahezu 1,8 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt. Allerdings standen nicht für alle Tätigkeiten des Programms ausreichende Mittel zur Verfügung, weshalb die Hilfsbemühungen durch die beträchtlichen Defizite beispielsweise in dem besetzten palästinensischen Gebiet, Eritrea, Kolumbien, Sudan und Tadschikistan beeinträchtigt wurden. Zudem kann die Nahrungsmittelhilfe ihre volle Wirkung nur dann entfalten, wenn sie mit anderen Programmen gekoppelt wird. Eine ausreichende Finanzierung der Nichtnahrungsmittelhilfe ist daher von entscheidender Bedeutung für die Ge-

währleistung des Erfolgs humanitärer Maßnahmen. Diese Nichtnahrungsmittel-Hilfe muss auch eine Unterstützung bei der Wiederherstellung der Existenzgrundlagen umfassen, namentlich in Sektoren wie der Landwirtschaft. Die mangelnde Finanzierung der Hilfsmaßnahmen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) in Notsituationen und in der Anfangsphase des Wiederaufbaus gefährdete ihre Fähigkeit zur Unterstützung Vertriebener oder anderweitig von Katastrophen betroffener Menschen bei der Wiedererlangung ihrer produktiven Kapazitäten.

81. Die in den konsolidierten Beitragsappellen enthaltenen Programme auf dem Gebiet des Gesundheitswesens sind weiterhin chronisch unterfinanziert, da sie im Durchschnitt nur 10 Prozent der erbetenen Mittel erhielten. Dennoch bekämpfte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine Malaria-Epidemie, die Meningitis und die Cholera in Burundi, half bei der Eindämmung einer Gelbfieber-Epidemie in Guinea und reagierte innerhalb von 48 Stunden auf einen Ausbruch von Lassa-Fieber in den Flüchtlingslagern von Sierra Leone. Das Schwere Akute Atemwegssyndrom (SARS) war die erste neue Krankheit, die im 21. Jahrhundert aufgetreten ist. Als sie im Februar 2003 erstmals von der WHO identifiziert wurde, war offenkundig, dass die Krankheit sich rasch in Krankenhäusern ausbreitete, durch Flugzeuge weitertransportiert wurde, auf keine Behandlung ansprach und enormen volkswirtschaftlichen Schaden anrichten konnte. Die WHO koordinierte die weltweiten Maßnahmen zur Feststellung der Ursache von SARS, zur Eindämmung neuer Ausbrüche und zur Verhinderung seiner Ausbreitung von Land zu Land. Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) konnte in einem Dutzend Länder für Binnenvertriebene und Flüchtlinge Grundeinrichtungen zur Betreuung von Schwangeren sowie zur HIV-Prävention zur Verfügung stellen. Da die von den Gebern gewährte Unterstützung für die Bedürfnisse der reproduktiven Gesundheit jedoch unzureichend und darüber hinaus auf wenige deutlich sichtbare Notfälle konzentriert war, war die Hilfe für viele von Konflikten betroffene Bevölkerungsgruppen nicht ausreichend. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Belangen der Gesundheit bei der Bewältigung humanitärer Notfälle gebührende Aufmerksamkeit gewidmet wird, was koordinierte Maßnahmen und die rechtzeitige Bereitstellung der notwendigen Mittel durch die Geber erfordert.

82. Eine unzureichende Finanzierung wirkt sich insbesondere unmittelbar auf die Lebensbedingungen von Kindern und Frauen aus. So musste beispielsweise das UNICEF auf Grund der niedrigen Finanzierung im vergangenen Jahr seine Arbeit zur Bereitstellung von Nothilfe im Gesundheitssektor in der Republik Kongo hauptsächlich auf stark gefährdete Gebiete ausrichten, ohne in gleicher Weise in anderen Landesteilen tätig werden zu können. Obwohl 1,2 Millionen Kinder eine Schutzimpfung gegen Masern hätten er-

halten sollen, konnten auf Grund des geringen Mittelzuflusses nur 200.000 Kinder geimpft werden. Auf dem Gebiet der Bildung konnten von 1.700 Schulen, bei denen Bedarf bestand, nur 120 neu ausgestattet werden. In der Demokratischen Volksrepublik Korea konnten nur bestimmte Arten von Medikamenten, hauptsächlich für die Behandlung von Kinderkrankheiten, bereitgestellt werden.

83. Die allgemeinen Finanzierungsengpässe, mit denen sich das UNHCR im letzten Jahr konfrontiert sah, haben die Anstrengungen zur Bereitstellung von Schutz und materielle Hilfe, die insbesondere in Afrika südlich der Sahara dringend benötigt werden, weiter behindert. Ende 2002 wies der Gesamthaushalt des UNHCR von 829 Millionen Dollar ein Defizit von etwa 100 Millionen Dollar auf, was in vielen Fällen zur weiteren Einschränkung bereits reduzierter Unterstützung und Dienste für über 4 Millionen Flüchtlinge und andere Personen führte, für die das UNHCR zuständig ist, insbesondere in Afrika, wo der größte Bedarf besteht.

84. Trotz des auf Grund von Finanzierungsengpässen eingeschränkten Umfangs ihrer Operationen führten die WHO, das UNICEF und ihre nichtstaatlichen Partner in Afghanistan, Angola, Burundi, Somalia und anderswo Kampagnen zur Bekämpfung der Masern und des Vitamin-A-Mangels durch. Zwischen Januar 2002 und Juni 2003 wurden in Afghanistan 15,3 Millionen Kinder im Alter von sechs Monaten bis 12 Jahren gegen Masern geimpft und mit Vitamin-A-Zusatzpräparaten versorgt (eine Erfassungsquote von 93 Prozent), wodurch schätzungsweise 35.000 Todesfälle vermieden wurden. In Angola wurden zwischen September 2002 und Juni 2003 7,2 Millionen Kinder im Alter von neun Monaten bis 14 Jahren gegen Masern geimpft und mit Vitamin-A-Zusatzpräparaten versorgt (eine Erfassungsquote von 95 Prozent), wodurch schätzungsweise 10.000 Todesfälle vermieden wurden. In Afghanistan, Liberia, Somalia und Sudan veranstalteten die Organisationen der Vereinten Nationen und ihre Partner außerdem mit Erfolg nationale Impftage zur Beseitigung der Kinderlähmung. Zwischen September 2002 und Mai 2003 wurden in Afghanistan während verschiedener Runden nationaler und subnationaler Impftage an 6,5 Millionen Kinder unter fünf Jahren 34 Millionen Dosen oralen Polio-Impfstoffs verabreicht. Es ist ermutigend festzustellen, dass in Afghanistan in diesem Jahr bisher erst ein bekannter Fall von Kinderlähmung aufgetreten ist.

85. Im vergangenen Jahr wurden in Afghanistan eine Reihe wichtiger Ergebnisse erzielt, die erhebliche wirtschaftliche Fortschritte ermöglichten. Verstärkte Regenfälle in einigen Landesteilen sowie starker Schneefall hatten bessere Ernten zur Folge, sodass nunmehr mehr Menschen in der Lage sind, ihren grundlegenden Nahrungsmittelbedarf zu decken. Viele Afghanen, besonders Frauen und Kinder, sind jedoch weiterhin gefährdet und nach wie vor auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Im Jahr 2002 versorgte das WFP mehr als

323.700 Kinder in Afghanistan durch das Programm "Zurück in die Schule", unterstützte die Rückkehr und Wiederansiedlung von 330.000 Familien und half bei der Stärkung des öffentlichen Dienstes, indem es für 251.000 Beamte Gehaltszulagen bereitstellte. Trotz deutlicher Verbesserungen unterliegt die humanitäre Tätigkeit in Afghanistan jedoch nach wie vor erheblichen Einschränkungen auf Grund der Sicherheitslage.

86. In der Demokratischen Republik Korea ergab eine in Zusammenarbeit mit dem UNICEF und dem WFP durchgeführte staatliche Bewertung des Ernährungszustands der Kinder, dass es zwischen den Jahren 1998 und 2002 zu einer erheblichen Verbesserung gekommen war. Die Nahrungsmittelhilfe trug unmittelbar zur Verbesserung des Ernährungszustands gefährdeter Gruppen bei, wenngleich der Bedarf an weiterer Hilfe bei diesen Gruppen nach wie vor hoch ist. Eine erneute Verschlechterung der Situation ist nicht auszuschließen. Infolge von Finanzierungsengpässen war das WFP Ende 2002 gezwungen, die Verteilung an 3 Millionen Hilfeempfänger auszusetzen.

87. In Angola führte die Beendigung des Konflikts im April 2002 zu einem Massenrückstrom von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen und der Öffnung zuvor unzugänglicher Gebiete. Schätzungen der Regierung besagen, dass 2,3 Millionen Binnenvertriebene in ihre Heimat zurückgekehrt sind, weitere 1,4 Millionen jedoch nach wie vor entwurzelt sind. Das WFP war in der Lage, den Anteil der Menschen, denen es Hilfe gewährt, um mehr als 80 Prozent zu erhöhen, wodurch es die Konsolidierung des neu errungenen Friedens in erheblichem Maße unterstützte, während das UNICEF den Zugang zum Schulunterricht ausweiten konnte.

88. Die humanitäre Lage in der Demokratischen Republik Kongo, insbesondere im Osten des Landes, verschlechterte sich weiter. Die größte Herausforderung bestand nach wie vor im Zugang zu den am stärksten gefährdeten Gruppen, was auf die fehlende Sicherheit, die Drangsalierung durch die Konfliktparteien und die schwach ausgeprägte Infrastruktur zurückzuführen war. Gewalt gegen Zivilpersonen war weit verbreitet, insbesondere sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Das UNICEF stellte gemeinsam mit den Partnern unter den nichtstaatlichen Organisationen psychologische Hilfe für nahezu 1.000 Frauen bereit, die die sexuelle Gewalt in Südkivu überlebten, und stärkte Unterstützungsnetzwerke auf Gemeinwesenebene. Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen war bemüht, Führungskräfte des Militärs und der Polizei für die Notwendigkeit der Verhinderung geschlechtsspezifischer Gewalt zu sensibilisieren.

89. In Äthiopien und Eritrea hat sich die Zahl der Menschen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, auf Grund der Dürre erneut erheblich erhöht. Diese Hilfe ist notwendig, um Leben zu retten, Massenabwanderungen zu verhindern

und die Lebensgrundlagen der Bauern und Hirten zu erhalten. Als Reaktion auf die zunehmend alarmierende Situation ernannte ich im Juni 2003 einen Sonderbotschafter für die humanitäre Krise am Horn von Afrika, der im Juli 2003 Äthiopien und Eritrea besuchte. Wenngleich die anhaltende Dürre und ihre langfristigen Auswirkungen in beiden Ländern zu einer weiteren Erhöhung der Zahl der auf humanitäre Hilfe angewiesenen Menschen zur Folge hatte, war Äthiopien besonders schwer betroffen. Trotz großzügiger Unterstützung durch die Geber, mit der für 2003 nahezu 100 Prozent des Finanzierungsbedarfs des konsolidierten interinstitutionellen Beitragsappells für Äthiopien abgedeckt wurde, nahm das Ausmaß der Mangelernährung in vielen Gebieten des Landes weiter zu, sodass im Juli 2003 festgestellt werden musste, dass bis Ende des Jahres weitere 2,3 Millionen Menschen Hilfe benötigen würden, womit sich die Gesamtzahl der Hilfeempfänger auf mehr als 13,1 Millionen beläuft.

90. Die humanitäre Krise im südlichen Afrika droht sich infolge des Zusammenwirkens von unregelmäßigen Regenfällen, Armut, des Niedergangs der Wirtschaft, unzureichender Politiken für die Ernährungssicherung und hoher HIV/Aids-Infektionsraten zu einer der schwersten und komplexesten humanitären Katastrophen des letzten Jahrzehnts zu entwickeln. Im Jahr 2002 erhöhte sich die Zahl der von schwerer Ernährungsunsicherheit bedrohten Menschen von 12,8 Millionen auf 14,4 Millionen. Die großzügige Unterstützung durch die Geber ermöglichte es dem WFP, rasch Kapazitäten zu mobilisieren, um Millionen von Menschen in Lesotho, Malawi, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Swasiland zu helfen. Einrichtungen der Vereinten Nationen haben im Rahmen des regionalen Interinstitutionellen Koordinierungs- und Unterstützungsbüros zusammengearbeitet, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und nachdrücklich zu betonen, dass es notwendig ist, über die traditionellen Reaktionen auf Notfälle hinauszugehen, um dauerhafte Lösungen zu finden.

91. Mein Sonderbotschafter für die humanitären Bedürfnisse im südlichen Afrika war maßgeblich daran beteiligt, die Geber für die einzigartige Beschaffenheit der Krise zu sensibilisieren, die den ersten großen Notfall darstellt, in dem hohe HIV/Aids-Infektionsraten eine erhebliche Rolle bei der Verschärfung der Ernährungsunsicherheit und der Mangelernährung spielten. Die HIV/Aids-Epidemie hat humanitären Krisen eine neuartige Komplexität hinzugefügt, die es erforderlich macht, die Bereitstellung der humanitären Hilfe zu überdenken. Die aus den regionalen Maßnahmen gezogenen Erfahrungen weisen nicht nur darauf hin, dass die Methoden zur Analyse der Ernährungssicherheit, die Nahrungsmittelrationen und die ernährungsbezogenen Maßnahmen der Lage angepasst werden müssen, sondern dass diese Anstrengungen darüber hinaus auch mit Nothilfe-Entwicklungsmaßnahmen im sozialen Bereich und im Gesundheitswesen verbunden werden müssen.

92. Alte und neue Konflikte in Westafrika haben die humanitäre Hilfstätigkeit im letzten Jahr erheblichen Belastungen ausgesetzt und die Stabilität bereits geschwächter Nachbarländer bedroht. Es ist eine beunruhigende Tendenz, dass sowohl die Eskalation des Konflikts in Liberia als auch die erneuten Kämpfe in Côte d'Ivoire von einer krassen Missachtung des Schutzes von Zivilpersonen, einer Zunahme der Rekrutierung und des Einsatzes von Kindern in bewaffneten Konflikten und der Missachtung humanitärer Tätigkeiten gekennzeichnet waren. In einem Umfeld, in dem Recht und Ordnung fehlen, haben sich die humanitären Bemühungen als äußerst schwierig erwiesen, insbesondere in Liberia, wo die Eskalation des Bürgerkriegs im März 2003 eine humanitäre Krise enormen Ausmaßes zur Folge hatte. Anhaltende Kämpfe in der Hauptstadt Monrovia führten zu einem vollständigen Zusammenbruch von Recht und Ordnung, der Vertreibung von etwa 50 Prozent der Bevölkerung der Stadt und der Evakuierung des gesamten internationalen Personals der Vereinten Nationen. Das Eintreffen von Friedenssicherungskräften im August 2003 sowie die politischen Übergangsregelungen haben den humanitären Organisationen eine neue Gelegenheit geboten, die Lage zu bewerten und ihre Hilfsmaßnahmen für die am stärksten gefährdeten Gruppen wieder aufzunehmen. Am 6. August 2003 erließen die Vereinten Nationen einen geänderten konsolidierten interinstitutionellen Beitragsappell für Liberia, mit dem um 69 Millionen Dollar zur Deckung des erhöhten humanitären Bedarfs ersucht wurde. Es werden Anstrengungen unternommen, um die Gesamtkapazität der humanitären Gemeinschaft zur wirksamen Auseinandersetzung mit der Situation zu stärken.

93. In Irak übernahm das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten sowohl vor als auch nach dem Ausbruch des Krieges im März 2003 eine entscheidende Rolle bei der Einrichtung und Aufrechterhaltung der humanitären Koordinierungsmechanismen auf Feldebene und am Amtssitz. Das WFP konnte von April bis Juni 2003 mehr als 1,13 Millionen Tonnen Nahrungsmittel nach Irak senden. Darüber hinaus leitete das WFP ein gemeinsames Logistikzentrum der Vereinten Nationen für die Irak-Krise, indem es die logistischen Kapazitäten der humanitären Organisationen koordinierte, und stellte gemeinsame Lufttransportdienste für die Hilfseinsätze zur Verfügung, indem es den humanitären Flugdienst der Vereinten Nationen steuerte. Die WHO leitete die Tätigkeit im Gesundheitssektor, indem sie dringend benötigte Medikamente und andere medizinische Güter bereitstellte, Programme für die öffentliche Gesundheit einrichtete und für den Wiederaufbau medizinischer Einrichtungen sorgte. Das UNICEF übernahm die Leitung der Nothilfe der Vereinten Nationen bei der Bereitstellung von Nichtnahrungsmittel-Hilfe, namentlich von Hilfsgütern, die für das Überleben von Kindern entscheidend waren, von Ergänzungsnahrung und von grundlegenden Unterrichtsmaterialien, sowie bei der Notfall-Wasserversorgung, in Zusammenarbeit mit den Partnern unter den nichtstaatlichen Orga-

nisationen. Das UNDP installierte Generatoren und setzte Elektrizitätsanlagen instand, die den Strom für den Betrieb von Krankenhäusern, Wasserpumpstationen und Kläranlagen lieferten.

94. Das vom Büro für das Irak-Programm verwaltete Programm "Öl für Lebensmittel" lieferte weiterhin die für die humanitären Grundbedürfnisse der irakischen Bevölkerung notwendigen Güter. Vor dem Krieg war durch das Programm, neben anderen Ergebnissen, eine fünfzigprozentige Reduzierung des Anteils der unter Mangelernährung leidenden Kinder unter fünf Jahren erreicht worden. In seiner Resolution 1483 (2003) beschloss der Sicherheitsrat, das Programm bis zum 21. November 2003 schrittweise aufzulösen. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die Vereinten Nationen und ihre Einrichtungen und Programme in Abstimmung mit der Provisorischen Behörde der Koalition und den im Entstehen begriffenen irakischen Behörden weiter Verträge prüfen und ihre Priorität festlegen und die Verschiffung ziviler Güter im Wert von etwa 10 Milliarden Dollar, die zur Auslieferung bereitstehen, nach Irak erleichtern. Unabhängig davon haben die Vereinten Nationen am 28. März 2003 einen Blitzappell erlassen, mit dem sie um 2,2 Milliarden Dollar zur Bewältigung der Irak-Krise baten. Der Appell wurde im Juni 2003 geändert, als ein noch ausstehender Bedarf von 259 Millionen Dollar bekannt gegeben wurde, worin von den Gebern sowie über das Programm "Öl für Lebensmittel" bereits bereitgestellte Mittel sowie neue Prioritäten berücksichtigt wurden, die nach Beendigung der Hauptkampfhandlungen auftraten.

95. Die Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen hat in Zusammenarbeit mit dem Büro des Humanitären Koordinators für Irak, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds unter der allgemeinen Koordinierung meines Sonderbeauftragten für Irak daran gearbeitet, durch eine gemeinsame Bedarfsabschätzung Prioritäten für den Wiederaufbau Iraks zu ermitteln. Dabei wird geschlechtsspezifischen Fragen, den Menschenrechten, Umweltbelangen und den Erfordernissen des Kapazitätsaufbaus Rechnung getragen. Die Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen hat außerdem eine mehr als 50 Mitglieder umfassende Verbindungsgruppe der Geber einberufen, die regelmäßig Informationen über den Prozess der Bedarfsabschätzung und die für Oktober 2003 anberaumte Geberkonferenz für den Wiederaufbau Iraks austauscht.

96. In dem besetzten palästinensischen Gebiet haben die Parteien im Juni 2003 damit begonnen, den "Fahrplan" des Quartetts zu verwirklichen, aber noch sind keine Anzeichen für eine Verbesserung der humanitären Lage zu erkennen. Fast das gesamte vergangene Jahr hindurch wurde die Situation immer verzweifelter, und die Not der örtlichen Bevölkerung erreichte ein nie zuvor gekanntes Ausmaß. Abriegelungen und Ausgangssperren haben die Wirtschaft lahm gelegt

und damit 1,3 Millionen Palästinenser in die Armut gestürzt. Militäreinsätze führten dazu, dass über 10.000 Menschen obdachlos wurden. Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) leistete Nothilfe für über eine Million betroffene Palästinenser, namentlich in Form von Nahrungsmittelhilfe, Wiederaufbau von Unterkünften und Schaffung von Arbeitsplätzen. Die schweren Einschränkungen der Bewegungsfreiheit in dem besetzten palästinensischen Gebiet sind ein ernsthaftes Hindernis für die Arbeit des Hilfswerks und anderer internationaler Organisationen. Gleichzeitig erbrachte der auf 94 Millionen Dollar angesetzte Beitragsappell zur Finanzierung der Nothilfeinsätze des Hilfswerks zwischen Januar und Juli 2003 nur 37,3 Millionen Dollar. Obwohl sein ordentlicher Haushalt für 2003 am 30. Juni ein Defizit von 37,5 Millionen Dollar aufwies, erbringt das Hilfswerk weiterhin regelmäßig Bildungs-, Gesundheits-, Hilfs- und soziale Dienste für über 4 Millionen registrierte palästinensische Flüchtlinge in Jordanien, Libanon, der Syrischen Arabischen Republik, im Westjordanland und im Gazastreifen. Die WHO übernahm eine Schlüsselrolle bei der Koordinierung im Gesundheitssektor und der Bereitstellung technischer Hilfe in wichtigen Bereichen wie Ernährung und psychiatrische Versorgung. Sie setzte sich auch für den Zugang der palästinensischen Bevölkerung zu Gesundheitsdiensten und für ihr Recht auf Gesundheit ein. Das UNDP-Hilfsprogramm für das palästinensische Volk leistete neben umfangreicher Beschäftigungsförderung und technischer Hilfe zu einem kleineren Teil auch Nothilfe.

### **Naturkatastrophen-Management: Antwortmaßnahmen auf Notfälle und Kapazitätsaufbau**

97. In Asien kam es zwischen September und November 2002 wieder zu schweren Überschwemmungen. In der Pazifikregion verursachten Wirbelstürme im Januar 2003 umfangreiche Schäden. Im Mai 2003 wurden Algerien und die Türkei von Erdbeben heimgesucht, und in Sri Lanka führten heftige Regenfälle zu den schlimmsten Überschwemmungen und Erdbeben seit 1947. In mehreren Provinzen Chinas verursachten die heftigen und anhaltenden Regenfälle, die Ende Juni 2003 einsetzten, Überschwemmungen, von denen 130 Millionen Menschen betroffen waren und die dazu führten, dass mehr als 3 Millionen Menschen ihre Häuser verlassen mussten und über 800 Menschen ums Leben kamen. Große Bevölkerungsteile in afrikanischen und asiatischen Ländern leiden weiterhin unter Dürren, wodurch sich dort die auf Grund von Konflikten und tödlichen Epidemien wie HIV/Aids ohnehin angespannte Situation weiter verschärft hat. Zwischen dem 1. September 2002 und dem 8. August 2003 wurde das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten bei 75 Naturkatastrophen aktiv, mobilisierte internationale Hilfe durch Appelle und Lageberichte, gewährte Barzuschüsse in Notfällen, leitete Zuschüsse von Ge-



berregierungen weiter und entsandte Katastrophenabschätzungs- und -koordinierungsmissionen der Vereinten Nationen.

98. Die Anstrengungen, die die Vereinten Nationen unternehmen, um die Auswirkungen von Naturgefahren durch die Verminderung der Anfälligkeit für Katastrophen und der mit ihnen zusammenhängenden Risiken zu mildern, werden durch Mittelknappheit untergraben. Die humanitären Geber scheuen davor zurück, Gelder in Tätigkeitsbereiche mit längerfristiger Wirkung zu lenken, während die Geber von Entwicklungshilfe diese Aufgabe noch nicht in vollem Umfang übernommen haben. Dessen ungeachtet konnte durch Lobbyarbeit das Bewusstsein der Öffentlichkeit dafür geschärft werden, dass es für die Herbeiführung einer nachhaltigen Entwicklung unabdingbar ist, die Gefährdung durch Naturgefahren und andere technologische und ökologische Katastrophen sowie die Anfälligkeit dafür zu verringern. Die durch ihr eigenes Sekretariat koordinierte Internationale Katastrophenvorbeugungsstrategie dient zunehmend als Richtschnur für den Einsatz und die Tätigkeit der Einrichtungen der Vereinten Nationen, anderer internationaler und regionaler Organisationen und der Regierungen. Die mit besonderem Nachdruck verfolgte Ausarbeitung subregionaler und nationaler Pläne in Afrika wurde durch die Schaffung eines Zweigprogramms der Internationalen Katastrophenvorbeugungsstrategie für Afrika und durch gemeinsam mit ihrem Sekretariat, dem UNDP, dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und anderen Stellen unternommene Tätigkeiten weiter gestärkt. In Asien, Europa und dem Südpazifik wurden regionale Konsultationen durchgeführt, weitere sind in Afrika und Amerika geplant. Das UNDP hat dazu beigetragen, dass in 33 Ländern weltweit die Kapazität für Katastrophenvorbeugung ausgebaut wurde, unter anderem durch Frühwarnsysteme, Stärkung der einzelstaatlichen Katastrophenbüros, Instrumente und Strategien zur Risikoverringerung, Unterstützung der Gesetzgebungssysteme und Stärkung der Wissensnetze. Andere Einrichtungen der Vereinten Nationen erarbeiten ebenfalls schrittweise Fachprogramme und -tätigkeiten für Katastrophenvorbeugung im Rahmen der Internationalen Katastrophenvorbeugungsstrategie.

### **Koordinierung der Hilfe und Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten**

99. Wirksame humanitäre Maßnahmen erfordern eine gute Koordinierung und rasche Mobilisierung von Ressourcen. Das im Rahmen des interinstitutionellen Systems tätige Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten bemüht sich, durch die Mobilisierung von Ressourcen, die Erleichterung des Zugangs zu hilfs- und schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen und die Koordinierung im Feld für eine angemessene Antwort auf humanitäre Krisen zu sorgen. Darüber hinaus setzt sich das gesamte System der Vereinten dafür

ein, in Postkonfliktsituationen einen reibungslosen Übergang von der Erbringung humanitärer Hilfe zu Tätigkeiten auf dem Gebiet der Entwicklung sicherzustellen.

100. Ein Beispiel für ein wirksames und koordiniertes Vorgehen bei einer humanitären Krise waren die umfangreichen interinstitutionellen Eventualfallplanungen für den Irakkonflikt. Lange vor Ausbruch des Krieges wurde ein Regionalbüro für humanitäre Koordinierung eingerichtet, von dem aus die humanitären Maßnahmen in enger Zusammenarbeit mit den nichtstaatlichen Organisationen geplant und koordiniert wurden.

101. Im vergangenen Jahr bemühte sich die Organisation in erheblichem Maße, Schutzfragen als Querschnittsaufgabe in die Politiken und Entscheidungsprozesse der Mitgliedstaaten und des gesamten VN-Systems einzubringen, so auch in die Erörterungen des Sicherheitsrats. Im November 2002 stellte ich in meinem dritten Bericht an den Sicherheitsrat über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten drei neue Herausforderungen in den Vordergrund: a) geschlechtsspezifische Gewalt in humanitären Krisen und Konfliktsituationen, b) schädliche Folgen der kommerziellen Ausbeutung von Konflikten und c) die um sich greifende Bedrohung durch den weltweiten Terrorismus.

102. Wir stehen weiterhin vor der Herausforderung, wirksamere Instrumente zur Verwirklichung der bestehenden Grundsätze und Leitlinien zu ermitteln und einzusetzen, sie durchgängig in die humanitäre Arbeit des Systems der Vereinten Nationen einzubauen und sie in konkrete Maßnahmen im Feld umzusetzen. In dieser Hinsicht wurden mehrere wichtige Schritte unternommen. So schufen beispielsweise die Einrichtungen der Vereinten Nationen in Afghanistan, Burundi und Irak mit Hilfe des Aide-mémoire des Sicherheitsrats (S/PRST/2002/6, Anlage) einen auf aktiver Zusammenarbeit beruhenden Rahmen für den Schutz von Zivilpersonen, der zu einer stärkeren Kohärenz der interinstitutionellen Antwortmaßnahmen geführt hat. In Irak entwickelten die im Büro des Koordinators für humanitäre Maßnahmen in Irak eingesetzten Menschenrechtsbeauftragten zusammen mit den humanitären Organen der Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen einen grundsatzpolitischen Rahmen für den Menschenrechtsschutz, an dem sich die humanitäre Hilfe orientieren soll. Menschenrechtsberater leiteten interinstitutionelle Facharbeitsgruppen für Schutzfragen in Côte d'Ivoire und Irak. Eine weitere bemerkenswerte Entwicklung war die Aufnahme von Schutzprinzipien in die Mandate bestimmter Friedenssicherungsmissionen, namentlich der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo und der Truppen der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und Frankreichs in Côte d'Ivoire.

103. Im Oktober 2002 lief eine Reihe regionaler Arbeitsseminare über Fragen des Schutzes von Zivilpersonen in be-

waffneten Konflikten an. Bislang wurden derartige Arbeitsseminare in Ostasien und im Pazifik, in Europa sowie im Südpazifik und im südlichen und westlichen Afrika abgehalten; weitere Veranstaltungen sind in den kommenden Monaten in Lateinamerika und Südasiens geplant. Ziel ist es, die Art der humanitären Herausforderungen während komplexer Notsituationen in jeder Region zu untersuchen und zu ermitteln, wie diese Herausforderungen aus regionaler Perspektive bewältigt werden können. Alle diese Aktivitäten stehen im Einklang mit meiner Forderung nach einer "Kultur des Schutzes" innerhalb der internationalen Gemeinschaft. Die Konsolidierung der Fortschritte, die wir durch unsere gemeinschaftlichen Bemühungen bisher erzielt haben, wird entscheidend davon abhängen, inwieweit sich die Mitgliedstaaten auch künftig für diese Fragen engagieren.

104. Der Einsatz von Kindersoldaten ist nach wie vor ein tragischer Aspekt vieler Konflikte. So wurden beispielsweise zwischen Juni 2002 und Mai 2003 im Norden Ugandas rund 8.400 Kinder entführt. Dies ist ein enormer Anstieg im Ver-

gleich zu den 12.000 Kindesentführungen, die in den elf Jahren von 1990 bis 2001 registriert wurden. Immerhin konnten im vergangenen Jahr bei der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von Kindersoldaten gewisse Fortschritte erzielt werden. In Afghanistan unterstützte das UNICEF einen speziell auf Kinder ausgerichteten Anteil des Programms für einen neuen Anfang in Afghanistan, mit dem Ziel, alle minderjährigen Soldaten bis 2005 zu entwaffnen, zu demobilisieren und wiedereinzugliedern. Im Rahmen des unter der Führung der Weltbank stehenden multinationalen Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramms im ostafrikanischen Zwischenseengebiet bemühen sich Regierungen, Einrichtungen der Vereinten Nationen, Regionalorganisationen und internationale Finanzinstitutionen gemeinsam darum, die Demobilisierung und Wiedereingliederung von Kombattanten in sieben Ländern der Subregion zu erleichtern. Zusammen mit dem UNICEF wurden konkrete Projekte für die Demobilisierung, Entwaffnung und Wiedereingliederung von Kindersoldaten in Burundi und der Demokratischen Republik Kongo ausgearbeitet, die in Kürze anlaufen werden.

## Kapitel III

### Entwicklungszusammenarbeit

105. Im vergangenen Jahr unterstützten die Vereinten Nationen die Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen um die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele und befassten sich mit konkreten Themen, die aus den großen VN-Konferenzen und -Gipfeltreffen der letzten Zeit hervorgegangen sind.

106. Ich freue mich, über gute Fortschritte berichten zu können, die dank der Beratung durch die Mitgliedstaaten erreicht werden konnten und die mit meinen Reformvorstellungen für die Vereinten Nationen übereinstimmen. Das VN-System und seine Sonderorganisationen streben weiterhin nach einer größeren Kohärenz ihrer Politiken und Programme, mit dem Ziel, die Effizienz und die Wirkung der von ihnen auf Landesebene gewährten Unterstützung zu erhöhen.

#### Bekämpfung der extremen Armut

107. Extreme Armut ist ein vielschichtiges Phänomen mit den verschiedensten Ursachen, wie etwa zu geringes Wirtschaftswachstum und ungenügende Investitionen, hartnäckige gesellschaftliche Ungleichheiten, unzureichende soziale Sicherheitsnetze, fehlende Investitionen im Bildungs- und Gesundheitsbereich und eine mangelnde Entwicklungsfinanzierung sowie die bestehenden internationalen Finanz- und Handelsbeziehungen, die Länder mit niedrigerem Einkommen benachteiligen. Zur Stärkung des Entwicklungsprozesses sind folgende Elemente unverzichtbar: neue und erhöhte Mittel für die Entwicklungsfinanzierung, Zusammenarbeit seitens des Privatsektors, eine erfolgreiche Entwicklungsrunde der Handelsverhandlungen, die Linderung der städtischen und ländlichen Armut, die Sicherung des Zugangs zu Nahrungsmitteln, guter Gesundheit und Bildung, eine bessere Staatsführung, die Eröffnung von Chancen für in Armut lebende Frauen und der Einsatz neuer Technologien wie Informations- und Kommunikationstechnologien zum Zwecke der Armutsbekämpfung. Die Organisation unternimmt alle Anstrengungen, um sicherzustellen, dass diese Fragen auf globaler, regionaler und nationaler Ebene angegangen werden.

108. Als Folgemaßnahme zu der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung richtete die Generalversammlung auf ihrer siebenundfünfzigsten Tagung den Dialog auf hoher Ebene über Entwicklungsfinanzierung sowie das Büro für Entwicklungsfinanzierung in der Sekretariats-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten ein, das im Januar 2003 seine Tätigkeit aufnahm. Der Dialog auf hoher Ebene wird als zwischenstaatlicher Koordinierungsmechanismus für die allgemeine Weiterverfol-

gung der Konferenz dienen. Das System der Vereinten Nationen wird in Zusammenarbeit mit anderen wichtigen Interessengruppen, namentlich den Bretton-Woods-Institutionen und der Welthandelsorganisation (WTO), dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft, Maßnahmen zur Beschleunigung der Umsetzung des auf der Konferenz verabschiedeten Konsenses von Monterrey durchführen.

109. Wie im Konsens von Monterrey ebenfalls vorgesehen, hielt der Wirtschafts- und Sozialrat im April 2003 die erste einer neuen Reihe von Tagungen auf hoher Ebene mit den Bretton-Woods-Institutionen und der WTO ab, an der Finanzminister und Minister für Entwicklungszusammenarbeit, Gouverneure von Zentralbanken und hochrangige Amtsträger mehrerer internationaler Organisationen teilnahmen. Die in der Zusammenfassung des Ratspräsidenten (A/58/77-E/2003/62) enthaltenen Ergebnisse der Tagung umfassten mehrere Empfehlungen für die beschleunigte Umsetzung der in dem Konsens von Monterrey eingegangenen grundsatzpolitischen Verpflichtungen und zur Erleichterung der Erörterungen im Rahmen des Dialogs auf hoher Ebene, dessen erste zweijährliche Tagung die Generalversammlung im Oktober 2003 abhalten wird.

110. Wirtschaftliches Wachstum ist unverzichtbar, wenn die Millenniums-Entwicklungsziele und insbesondere das erste, auf die Beseitigung der extremen Armut gerichtete Ziel verwirklicht werden sollen. Nach Schätzung des UNDP in seinem *Bericht über die menschliche Entwicklung 2003: Millenniums-Entwicklungsziele* müsste das Bruttoinlandsprodukt bis 2015 jährlich um 2,9 Prozent wachsen – was etwa einer Verdoppelung der heutigen Wachstumsrate gleichkommt –, damit die Millenniums-Entwicklungsziele erreicht werden. Ohne ein entsprechendes Wachstum des inländischen Privatsektors, der entscheidenden Antriebskraft für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen, wird dies nicht zu verwirklichen sein.

111. Als Folgemaßnahme zu der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung und zu dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung und gemäß Resolution 57/265 der Generalversammlung setzte ich im Juli 2003 in New York die Kommission für den Privatsektor und die Entwicklung ein. Diese aus bekannten Führungspersonlichkeiten der Wirtschaft, des öffentlichen Sektors, der Wissenschaft und Forschung sowie der Zivilgesellschaft zusammengesetzte Kommission hat in erster Linie die Aufgabe, strategische Empfehlungen für die Förderung eines starken einheimischen Privatsektors in den Entwicklungsländern auszuarbeiten und Programme mit größtmöglicher Wirkung für die Entwicklung des Privatsektors in die Wege zu leiten. Die

Kommission wird mir Ende 2003 einen Bericht mit konkreten grundsatzpolitischen Empfehlungen für die Entwicklungsländer, die entwickelten Länder und die multilateralen Entwicklungsorganisationen vorlegen. Die Kommission wird bestrebt sein, bereits bestehende Initiativen zur Entwicklung des Privatsektors, die sich als erfolgreich erwiesen haben, in den Vordergrund zu stellen. Ihre allgemeinen Empfehlungen werden außerdem den Leitern der einzelstaatlichen und multilateralen Entwicklungsbehörden sowie führenden Vertretern des Privatsektors zur Prüfung zugeleitet werden.

112. Ein verstärkter und gerechterer Welthandel bietet die Möglichkeit, den Staaten bei der Bekämpfung von Armut und Hunger und bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu helfen, unter anderem durch die Erhöhung der Einkommen von Kleinbauern. Die Organisation setzt sich insbesondere durch die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen weiterhin für eine Politik zur Förderung des freien und fairen Handels ein. Mit der von der Vierten WTO-Ministerkonferenz im November 2001 verabschiedeten Ministererklärung von Doha wurde ein Arbeitsprogramm für die Handelsverhandlungen eingeleitet, das bis spätestens 1. Januar 2005 abgeschlossen werden soll. Indem sie die Entwicklung in den Mittelpunkt der multilateralen Handelsverhandlungen stellt, bietet die Erklärung von Doha allen Interessengruppen eine wichtige Chance und Herausforderung zugleich, um die Anliegen und Interessen der Entwicklungsländer in vollem Umfang in die Handelsverhandlungen und das Arbeitsprogramm einzubinden. Die Fünfte WTO-Ministerkonferenz, die im September 2003 in Cancún (Mexiko) stattfinden wird, soll eine Bestandsaufnahme der im Rahmen des Arbeitsprogramms von Doha erzielten Fortschritte durchführen, politische Orientierungshilfen geben und, falls erforderlich, Beschlüsse fassen. Der erfolgreiche Abschluss der Entwicklungsrunde der Handelsverhandlungen ist für die Neubelebung der Weltwirtschaft von entscheidender Bedeutung. Die Fünfte Ministerkonferenz ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einem erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde. Ich fordere die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, alles daran zu setzen, um ein positives Ergebnis der Konferenz sowie den Erfolg der Runde insgesamt zu gewährleisten.

113. Da fast die Hälfte der Weltbevölkerung heute in Städten und eine Milliarde Menschen in Slums leben, stellt die extreme Armut zunehmend ein städtisches Phänomen dar. Die Abwanderung vom Land in die Stadt nimmt in den Entwicklungsländern so schnell zu, dass sie die Verstärkerungsrate insgesamt bei weitem übersteigt; dieses Phänomen hat erhebliche Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit sowohl der Erzeuger als auch der Verbraucher in den Entwicklungsländern. Gleichzeitig leben jedoch über 60 Prozent der Bevölkerung der Länder mit niedrigem bis mittlerem Ein-

kommen in ländlichen Gebieten und beziehen ihren Lebensunterhalt aus der Landwirtschaft. Die Armutsbekämpfungsstrategien müssen den jeweiligen Bedürfnissen beider Gruppen Rechnung tragen. In Brasilien, Burkina Faso, Jamaika, Nicaragua, den Philippinen und Senegal leiteten die Regierungen 2002 in Zusammenarbeit mit dem Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (VN-Habitat) die Weltkampagne für sichere Nutzungs- und Besitzrechte ein. In Jamaika und den Philippinen, wo das UNDP den zivilgesellschaftlichen Dialog über wichtige Entwicklungsfragen unterstützt, wurde die Weltkampagne für gute Stadtverwaltung gestartet. Die Vorbereitung, Einleitung und Weiterverfolgung der beiden Kampagnen haben das Bewusstsein der Öffentlichkeit für diese Fragen erhöht und zu Partnerschaften zwischen der Zivilgesellschaft und den Regierungen und in vielen Fällen zu unmittelbaren und konkreten Ergebnissen in der Politik und der Gesetzgebung geführt. So trug die Weltkampagne für gute Stadtverwaltung beispielsweise in Kenia auf der Grundlage von Beispielen von Rechtsvorschriften für eine partizipatorische Regierungs- und Verwaltungsführung in Bolivien, den Philippinen und Südafrika zur Revision des Gesetzes über kommunale Verwaltungsführung bei. In Indien wurde eine Politik zur Sanierung städtischer Slums in die Wege geleitet und ein Fonds eingerichtet, der Anreize für städtische Reformen bieten soll. In Nigeria wurde ein neues Ministerium für Wohnungs- und Städtebau geschaffen, und in Namibia wurde der Entwurf eines Gesetzes über flexible Landnutzungsrechte ausgearbeitet, das Slumbewohnern sichere Nutzungs- und Besitzrechte garantieren soll.

114. Die städtische Armut muss Hand in Hand mit der ländlichen Armut bekämpft werden. Auf seinem im Juli 2003 abgehaltenen Tagungsteil auf hoher Ebene verabschiedete der Wirtschafts- und Sozialrat eine Ministererklärung über die Förderung eines integrierten Konzepts für die ländliche Entwicklung in den Entwicklungsländern mit dem Ziel der Armutsbeseitigung und der nachhaltigen Entwicklung. Ein zentraler Bestandteil der Erklärung war die Forderung, den politischen Willen für eine globale Partnerschaft zu erneuern, die der ländlichen Entwicklung zugute kommt. Viele Länder hoben hervor, welche massiven Auswirkungen die Politiken der entwickelten Länder auf die ländliche Entwicklung haben, insbesondere was die Beschränkung des Marktzugangs, die Subventionen für landwirtschaftliche Erzeuger und die unzureichende Entwicklungshilfe angeht. Alle Länder erkannten an, dass die ländliche Entwicklung Aufgabe eines jeden Landes ist und auf ein förderliches innerstaatliches Umfeld angewiesen ist. Die Frage der ländlichen Armut steht also erneut auf der internationalen Agenda.

115. Wirtschaftliches Wohlergehen, Ernährung und gute Gesundheit verstärken sich gegenseitig. Durch die Beseitigung der Armut werden Ernährung und Gesundheit verbes-

sert, wohingegen schlechte Ernährung und Krankheit zu Lasten der Wirtschaft gehen und die Anstrengungen zur Armutsbeseitigung behindern. Die Vereinten Nationen konzentrieren sich weiterhin auf Tätigkeiten, die dazu beitragen, den Zugang zu Nahrungsmitteln zu verbessern und die Gesundheit zu fördern. Die FAO unterstützt die Länder derzeit dabei, ihre Strategien für Ernährungssicherheit und landwirtschaftliche Entwicklung zu überarbeiten und zu aktualisieren, mit dem Ergebnis, dass bis heute weltweit über 150 einzelstaatliche Strategien für Ernährungssicherheit und landwirtschaftliche Entwicklung vorliegen. 117 dieser Strategien wurden von den Regierungen offiziell gebilligt. Der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) setzt sich weiterhin für Strategien ein, die auf der Initiative und den Fähigkeiten armer ländlicher Produzenten aufbauen. In seiner Rolle als Katalysator vereint der Fonds wichtige Interessengruppen und mobilisiert Ressourcen, Wissen und Politik, um die ländlichen Armen in die Lage zu versetzen, die Armut zu überwinden. Insbesondere stellen die Projekte des Fonds Finanzmittel bereit und tragen zur Aufbringung zusätzlicher Mittel bei, um den ländlichen Armen verstärkter Zugang zu Grund und Boden, Wasser und anderen unverzichtbaren Ressourcen zu verschaffen, Finanzdienste in ländlichen Gebieten zur Unterstützung von Kleinunternehmen aufzubauen, eine nachhaltige landwirtschaftliche Erzeugung zu fördern sowie die Vermarktungschancen und den Marktzugang auszuweiten.

116. Die Nahrungsmittelhilfe wird weiterhin ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung des Hungers bleiben, insbesondere in Not- und Postkonfliktsituationen. 2002 stellte das WFP Nahrungsmittelhilfe für 72 Millionen der ärmsten Menschen der Welt bereit. Insgesamt wurden 77 Prozent der WFP-Finanzmittel, über 1 Milliarde Dollar, für Maßnahmen in den 50 Ländern eingesetzt, die in dem FAO-Bericht *State of Food Insecurity in the World 2002* (Stand der Ernährungsunsicherheit in der Welt 2002) als die Länder mit dem höchsten Anteil Hunger leidender Menschen an der Gesamtbevölkerung genannt wurden.

117. Im Gesundheitsbereich konnten im Jahr 2002 im Rahmen der vom UNICEF, der WHO, den US-Zentren für Krankheitskontrolle sowie von Rotary International gelenkten Weltweiten Initiative zur Ausrottung der Kinderlähmung weitere Fortschritte erzielt werden. In sieben Ländern war die Kinderlähmung Ende 2002 endemisch, verglichen mit zehn im Jahr zuvor. In 93 Ländern wurde eine Rekordzahl von 500 Millionen Kindern gegen Polio geimpft; der größte Teil der oralen Impfstoffe, rund 1,3 Milliarden Dosen, wurde vom UNICEF gekauft und ausgeliefert. Das UNICEF und andere wichtige Interessengruppen unterstützten außerdem die nationalen und subnationalen Impftage, mit denen mehr als 200 Millionen Kinder erreicht wurden. Ferner arbeitete das UNICEF mit der WHO, Ärzte ohne Grenzen, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und anderen Partnern

zusammen, um Ausbrüche von Cholera, Meningitis und Malaria zu bekämpfen.

118. Eine angemessene Grundschulbildung steht in engem Zusammenhang mit der Überwindung der Armut. In diesem Jahr konnten fast ein Drittel aller Kinder in den Entwicklungsländern die schulischen Mindestvoraussetzungen für eine grundlegende Lese- und Schreibfähigkeit nicht erfüllen, und es wird geschätzt, dass in diesen Ländern 134 Millionen Kinder nicht eingeschult sind beziehungsweise nie eine Schule besucht haben. Mädchen machen die Mehrzahl der in Armut lebenden Kinder aus, die nie Zugang zu einer formalen Schulbildung hatten. Dabei ist die Bildung von Mädchen zweifellos einer der Schlüsselfaktoren für die Verringerung der Armut. Das UNICEF unterstützt die Grundbildung, indem es sich auf die Stärkung der kognitiven und psychosozialen Aspekte der Betreuung von Kleinkindern konzentriert. Dazu gehört auch die Förderung des allgemeinen Zugangs zu einer hochwertigen Grundbildung bis zu ihrem Abschluss, einschließlich der Schaffung eines gesunden, effektiven und beschützenden Lernumfelds. Ein wichtiger Aspekt dieser Unterstützung ist die Förderung der Mitwirkung der Gemeinwesen und des Engagements der Eltern in den Schulen.

119. Im vergangenen Jahr bemühte sich die Organisation weiterhin darum, der Herausforderung schwacher institutioneller Strukturen und unzureichender Verwaltungskapazitäten zu begegnen. 2002 schlug der Sachverständigenausschuss der Vereinten Nationen für öffentliche Verwaltung Bereiche vor, in denen die Mitgliedstaaten mit Vorrang weitere Kapazitäten für die Regierungs- und Verwaltungsführung aufbauen sollen, namentlich die Bereiche Personalmanagement, Wissensmanagement, Management der Informations- und Kommunikationstechnologien und Dezentralisierung der Verwaltung. Zu diesem Zweck unterstützte beispielsweise die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten im Zeitraum 2002-2003 in Zusammenarbeit mit dem UNDP die Stärkung der Gemeinde- und Bezirksverwaltung in Ruanda durch die Ausarbeitung entsprechender Rechtsvorschriften, die Schaffung neuer Managementstrukturen und durch Ausbildungsprogramme. Die Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA) baut gegenwärtig in der Region eine Online-Datenbank für Demokratie und gute Staatsführung auf, die Daten über die Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Freiheit umfasst.

120. Die Schaffung größerer wirtschaftlicher Chancen für Frauen ist für die Beseitigung der Armut von entscheidender Bedeutung, denn die in Armut lebenden Menschen, insbesondere in Entwicklungsländern, sind in der Mehrzahl Frauen. 2002 unterstützte der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM) zusammen mit der ESCWA und der Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik einzelstaatliche Institutionen bei der

Integration einer geschlechtsspezifischen Perspektive in die Statistiksysteme, damit die Teilhabe der Frau an der formellen und informellen Wirtschaft besser verfolgt werden kann. Die 2003 in Mexiko durchgeführte Erhebung der Haushaltseinkommen und -ausgaben profitiert von dieser Initiative. Der VN-Entwicklungsfonds für die Frau hilft außerdem in Burkina Faso, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Nigeria, Ruanda, Südasien und den arabischen Staaten bei der Entwicklung von Strategien mit, die Produzentinnen mit niedrigem Einkommen Zugang zu Märkten verschaffen sollen. Solche Strategien umfassen die Erleichterung des Zugangs von Frauen zu potenziellen Käufern ihrer Produkte, unter anderem durch den Aufbau von Genossenschaften, den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien, einschließlich des Internet, für den Informationsaustausch und die Abhaltung von Handelsbörsen für ihre Produkte. Auf dem von der Wirtschaftskommission für Europa im März 2003 in Genf veranstalteten zweiten Unternehmerinnenforum wurden sinnvolle Verfahrensweisen für die Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln und zu Informations- und Kommunikationstechnologien für von Frauen geführte Kleinunternehmen ausgetauscht.

121. In Jordanien hat die von dem VN-Entwicklungsfonds für die Frau im Jahr 2000 zusammen mit Cisco Systems, Inc. und der Regierung Jordaniens gegründete Partnerschaft positive Ergebnisse erbracht, indem sie durch den Aufbau von zehn Cisco-Netzwerk-Akademien Frauen verstärkt in die Lage versetzt hat, auf Informations- und Kommunikationstechnologien zuzugreifen und diesen Sektor mitzugestalten. Das Projekt hat dazu geführt, dass an den Akademien 63,3 Prozent Frauen eingeschrieben sind, bessere Informationen und Daten über jordanische Frauen im Informations- und Kommunikationssektor erzeugt wurden und die Planer in diesem Sektor ein größeres Interesse daran haben, derartige Informationen als Grundlage für Politiken und Programme heranzuziehen.

122. Die VN-Arbeitsgruppe Informations- und Kommunikationstechnologien behandelte auch 2002 grundsatzpolitische Fragen, wie etwa die Einbindung nationaler "elektronischer Strategien" in die Gesamtstrategien für Entwicklung und Armutsbekämpfung, sowie die Frage von Informations- und Kommunikationstechnologien als Instrument zur Förderung und Ermächtigung der Frau, ein Aspekt, der von der Kommission für die Rechtsstellung der Frau auf ihrer siebenundvierzigsten Tagung im März 2003 nachdrücklich betont wurde. 2002 ergriff die Arbeitsgruppe eine Reihe von Initiativen, um die verschiedenen Aspekte der Agenda für den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien im Dienste der Entwicklung anzugehen. In Partnerschaft mit dem UNDP und dem Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften richtete die Arbeitsgruppe digitale Diaspora-Netzwerke für Afrika und die Karibik ein. Diese Initiativen verfolgen das Ziel, ein Netzwerk zu schaf-

fen, das die technologischen, unternehmerischen, fachlichen und finanziellen Ressourcen der Angehörigen der Diaspora in Nordamerika und Europa mit ihren Partnern in Afrika und der Karibik verknüpft.

123. Die Globale Virtuelle Universität, die ich im Juni 2003 ins Leben gerufen habe, geht auf eine gemeinsame Initiative der Universität der Vereinten Nationen (UVN) und des UNEP zurück und ist ein konkretes Beispiel für die Zusammenarbeit beim Bau digitaler Brücken zur Förderung der Sicherheit und des Wohlstands der Menschen durch eine ökologisch nachhaltige Entwicklung. Die Globale Virtuelle Universität ist ein internationales Netzwerk aus kooperierenden Universitäten und Institutionen, ist als eine Zweigstelle der UVN organisiert und hat ihr Verwaltungszentrum in Arendal (Norwegen). Ihre Kerninstitutionen sind die UVN, das UNEP, das Zentrum der UNEP-Informationsdatenbank der globalen Ressourcen in Norwegen (GRID-Arendal) und das Agder University College in Norwegen. Die Globale Virtuelle Universität wird Online-Kurse und -Programme über Umwelt und Entwicklung für eine globale Öffentlichkeit bereitstellen. Des Weiteren sind Universitäten aus Ghana, Südafrika und Uganda beteiligt.

124. Auf regionaler Ebene setzt die ESCWA in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation, dem Arabischen Fonds für wirtschaftliche und soziale Entwicklung und mehreren nationalen nichtstaatlichen Organisationen die regionale Aktionsagenda über Technologie, Beschäftigung und Armutsmilderung um. Diese Initiative zielt darauf ab, ausgewählte neue Technologien für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Milderung der Armut einzusetzen, unter besonderer Berücksichtigung wirtschaftlich benachteiligter ländlicher Gemeinwesen. Die Agenda sieht unter anderem die Einrichtung von Technologie-Gemeinschaftszentren vor, die den Menschen in verarmten Gemeinwesen Möglichkeiten zum Erwerb von Lese- und Schreibfähigkeiten sowie einer Grundbildung und Berufsausbildung verschaffen sollen. Die ersten drei solcher Zentren werden im September 2003 in Libanon eröffnet. Weitere Zentren in Libanon sowie in anderen Mitgliedstaaten werden in Kürze folgen. In Afrika trägt die technische Hilfe der Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) dazu bei, die Verwaltung der öffentlichen Finanzen zu stärken und Kapazitäten für Informations- und Kommunikationstechnologien im Dienste der Entwicklung aufzubauen, die die Afrikanische Initiative für die Informationsgesellschaft unterstützen.

#### **Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele**

125. Im Juli 2002 billigte das gesamte System der Vereinten Nationen eine zentrale Strategie zur Unterstützung der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Zu den wichtigsten Bestandteilen dieser Strategie gehören die Über-

wachung der Fortschritte auf nationaler und globaler Ebene, operative Unterstützung für die einzelstaatlichen Prioritäten, Forschung und Lobbyarbeit.

126. Die Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen, der Exekutivausschuss für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten und die Weltbank arbeiten zusammen, um den Stand der Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen (Resolution 55/2 der Generalversammlung) zu verfolgen und den Prozess der Berichterstattung und der Analyse der Indikatoren auf nationaler und internationaler Ebene zu verbessern. Mein jährlicher Bericht über die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele zeigt auf, welche Fortschritte dabei erzielt wurden und wo Aufholbedarf besteht. Auf Landesebene wurden bis Juni 2003 mit technischer und finanzieller Unterstützung durch das UNDP 37 einzelstaatliche Berichte über die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele fertiggestellt, und ich rechne damit, dass bis Ende 2003 weitere 60 vorliegen werden. Die Berichte tragen dazu bei, sicherzustellen, dass die Millenniums-Entwicklungsziele in allen Gesellschaften in den Mittelpunkt der Entwicklungsdebatte rücken.

127. Im Rahmen seiner operativen Maßnahmen zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele ist das VN-System auf Landesebene bestrebt, durch die Nutzung seines kollektiven Fachwissens die Verwirklichung der jeweiligen einzelstaatlichen Ziele zu unterstützen. Es verdient festgehalten zu werden, dass bis Juni 2003 117 Länder gemeinsame Landesbewertungen und 86 Länder die Entwicklungshilfe-Programmrahmen der Vereinten Nationen abgeschlossen haben.

128. Die von der Weltbank eingeführten Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung sind ein entscheidend wichtiges einzelstaatliches Instrument, um Ausgaben und Entwicklungshilfe in erster Linie zur Bekämpfung der Armut, einschließlich der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele, einzusetzen, und sie bieten dem System der Vereinten Nationen die Möglichkeit, durch seine Unterstützung der Regierungen die Ziele zu fördern. Bislang haben 30 Länder vollständige Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung erarbeitet, 48 weitere Länder haben vorläufige Papiere fertiggestellt.

129. Als Beitrag zu der Debatte über politische Strategien und Hindernisse bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele werden in Teil II des *World Economic and Social Survey 2003* (Weltwirtschafts- und Sozialüberblick 2003) die Zusammenhänge zwischen bestimmten makroökonomischen Strategien und der Armut untersucht, namentlich die Verbindungen zwischen wachstumsorientierter Politik und Armut, die Auswirkungen der Handelspolitik auf die Armut sowie die Folgen, welche die als Reaktion auf plötzliche Außeneinwirkungen ergriffenen makroökonomischen Maßnahmen für die städtischen Armen haben können.

Im Rahmen des Berichts werden die Wirkungen bestimmter politischer Maßnahmen analysiert, die unmittelbar auf die Verringerung der Armut abzielen, wie etwa marktgestützte Ansätze zur Bodenreform sowie die Liberalisierung und Privatisierung der Märkte für Grundnahrungsmittel in Afrika. Es werden außerdem die Zunahme der Armut in den Transformationsländern seit 1990 und die Reaktionen auf Regierungs- wie auf individueller Ebene untersucht. Im Forschungsbereich wirkten ferner das Millenniums-Projekt, seine Arbeitsgruppen und sein Sekretariat in Zusammenarbeit mit dem UNDP an der Vorbereitung des im Juli veröffentlichten *Berichts über die menschliche Entwicklung 2003: Millenniums-Entwicklungsziele* mit.

130. Im Oktober 2002 leitete ich eine Kampagne ein, um die im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele eingegangenen Verpflichtungen weltweit besser bekannt zu machen und sicherzustellen, dass sie in den Mittelpunkt des weltweiten Handelns gestellt werden. Im November 2002 wurde eine Gruppe für die Millenniums-Kampagne eingerichtet, die derzeit eine Kerngruppe von Vertretern aus Entwicklungsländern und entwickelten Ländern zusammenstellt und damit begonnen hat, Netzwerke und Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft, Parlamentariern, den Medien und anderen wichtigen Gruppen auf der ganzen Welt aufzubauen.

131. Das Team der Millenniums-Kampagne ist mit Amtsträgern der Vereinten Nationen, Parlamentariern, Entwicklungsministern, religiösen Führern und mit Vertretern der Medien, der Zivilgesellschaft, nichtstaatlicher Organisationen sowie von Gewerkschaften und Forschungseinrichtungen zusammengetroffen. Es hat Arbeitsbeziehungen mit parlamentarischen Netzwerken wie der Interparlamentarischen Union und dem Parlamentarischen Netzwerk über die Weltbank hergestellt und aktiv an wichtigen Tagungen des Parlamentarischen Netzwerks teilgenommen, die den Prozess der gemeinsamen Erstellung von Handbüchern für Parlamentarier über die Millenniums-Entwicklungsziele eingeleitet haben. In den Entwicklungsländern verknüpft und schmiedet die Kampagne Aktionsbündnisse, um die Regierungen zur Durchführung politischer Maßnahmen zu Gunsten der Armen zu ermutigen. Durch zahlreiche öffentliche Vorträge, Seminare und Konferenzen, einschließlich Kampagnentouren durch Nordeuropa und Italien, wurde Ziel 8 der Millenniums-Entwicklungsziele, das den Aufbau globaler Partnerschaften zu Gunsten der Entwicklung hervorhebt, in den Mittelpunkt zahlreicher innerstaatlicher Debatten über die Millenniums-Entwicklungsziele gerückt. Bei vielen Anlässen und vor ganz unterschiedlichen Zuhörerkreisen wurde die Botschaft weitergetragen, dass auf dem Gebiet der Verschuldung, der Entwicklungshilfe, des Handels und des Technologietransfers Handlungsbedarf besteht.

132. Um die Millenniums-Entwicklungsziele zu verwirklichen, müssen die Herausforderungen, denen sich die internationale Gemeinschaft auf dem Gebiet der Entwicklung gegen-

übersieht, gemeinschaftlich angegangen werden. In den Ergebnisdokumenten der jüngsten großen Konferenzen und Gipfeltreffen der Vereinten Nationen, insbesondere der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung im März 2002 in Monterrey (Mexiko), des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung im August 2002 in Johannesburg (Südafrika) und der Zweiten Weltversammlung über das Altern im April 2002 in Madrid, wurden die Verpflichtungen, die im Rahmen der auf dem Millenniums-Gipfel im September 2000 am Amtssitz der Vereinten Nationen verabschiedeten Millenniums-Erklärung eingegangen wurden, weiter ausgeführt und ergänzt. Außerdem erklärten die Staatsoberhäupter der Gruppe der Acht auf ihrem Gipfeltreffen im Mai 2003 erneut ihre Unterstützung für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele und bekräftigten ihre in Monterrey eingegangenen Verpflichtungen. Die größte Herausforderung besteht nach wie vor darin, diese internationalen Zusagen durch Entwicklungszusammenarbeit in ein besseres Leben für die Menschen überall auf der Welt umzusetzen. Ferner haben die Konferenzen und Gipfeltreffen deutlich gemacht, dass diese Umsetzung mehr denn je von den vielen Interessengruppen – den Regierungen, der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und anderen – mitgetragen werden muss.

## **Nachhaltige Entwicklung**

133. Der Durchführungsplan, der auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung verabschiedet wurde, bewirkte durch die Festlegung verschiedener Ziele und Zielvorgaben eine stärkere Orientierung auf die Umsetzung. Die Ziele und Zielvorgaben betrafen Bereiche wie Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Gesundheit und Energie sowie den Einsatz und die Erzeugung von Chemikalien und die Erhaltung und Regeneration der Fischbestände. Der Plan förderte die Ausarbeitung eines Zehnjahres-Programmrahmens mit dem Ziel, den Übergang zu nachhaltigen Konsumgewohnheiten und Produktionsweisen zu beschleunigen.

134. Als Teil der Folgemaßnahmen zu dem Weltgipfel wurden über 200 Partnerschaften zu Gunsten der nachhaltigen Entwicklung bekannt gegeben. Verschiedene Einrichtungen des Systems der Vereinten Nationen haben sich in zahlreichen derartigen Partnerschaften engagiert, und es wurden bereits erhebliche Mittel dafür zugesagt. Ich bin zuversichtlich, dass diese Partnerschaften mithelfen werden, wichtige Akteure in den Umsetzungsprozess einzubinden.

135. Aufbauend auf der durch den Weltgipfel in Gang gesetzten Dynamik hat die Kommission für Nachhaltige Entwicklung eine Neuausrichtung ihrer Arbeit vorgenommen, um sicherzustellen, dass die in Johannesburg eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden. Die Vereinten Nationen werden die Kommission in vollem Umfang bei ihrer Arbeit unterstützen. Der Koordinierungsrat der Leiter der Organisa-

tionen des Systems der Vereinten Nationen ist dabei, seine Arbeit an den interinstitutionellen Mechanismen für die systemweite Weiterverfolgung des Gipfels in solchen Bereichen wie Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Energie, Ozeane und Küstengebiete sowie nachhaltige Konsumgewohnheiten und Produktionsweisen abzuschließen. Diese Mechanismen werden die Koordinierung der grundsatzpolitischen Initiativen der zuständigen Stellen des VN-Systems ermöglichen. Auf Feldebene unterstützen die Vereinten Nationen die Regierungen bei der Integration der Ergebnisse des Gipfels in die einzelstaatlichen Strategien auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung. Zahlreiche Mitglieder des Exekutivausschusses für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten, wie etwa die Regionalkommissionen, das UNEP, das UNDP, das VN-Programm für menschliche Siedlungen und die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, haben ermutigende Fortschritte dabei erzielt, durch Beratungsdienste und technische Zusammenarbeit die operativen und normativen Aspekte der Arbeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung zu integrieren. Ein wesentliches Ziel dieser technischen Zusammenarbeit ist die Schaffung einzelstaatlicher Kapazitäten für die Umsetzung der Ergebnisse des Gipfels sowie früherer Konferenzen und Gipfeltreffen.

136. Ein Sekretariat, das die Aufgabe hat, das Waldforum der Vereinten Nationen zu unterstützen, nahm 2002 in der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten seine Arbeit auf. Das Waldforum wurde in dem Durchführungsplan von Johannesburg als wichtiger zwischenstaatlicher Mechanismus zur Erleichterung und Koordinierung der weltweiten Verwirklichung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung anerkannt. Auf seiner im Juni 2003 in Genf abgehaltenen dritten Tagung beschloss das Waldforum, Ad-hoc-Expertengruppen für den Schutz der Wälder einzusetzen. Sie werden sich neben anderen Fragen mit der Finanzierung und dem Transfer umweltverträglicher Technologien zur Erhaltung der Wälder befassen.

137. Die Frage der Wasserver- und -entsorgung steht weiterhin auf der internationalen Agenda ganz oben. Im Dezember 2002 erklärte die Generalversammlung das Jahr 2003 zum Internationalen Jahr des Süßwassers. In meiner Botschaft an das Dritte Weltwasserforum, das im März 2003 in Kyoto, Shiga und Osaka (Japan) stattfand, forderte ich Maßnahmen, die den Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu einer besseren Sanitärversorgung, vor allem für die Armen und schwächere Bevölkerungsgruppen, sicherstellen. Am 22. März 2003, dem Weltwassertag, stellte die Organisation ihren ersten Weltbericht über die Entwicklung der Wasserressourcen *World Water Development Report: Water for People, Water for Life* vor, die umfassendste und aktuellste Übersicht über den Zustand der weltweiten Wasserressourcen.



## Afrika

138. Auf ihrer siebenundfünfzigsten Tagung begrüßte die Generalversammlung die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD), ein Programm der Afrikanischen Union, das den Rahmen für die Unterstützung der Entwicklung Afrikas durch die internationale Gemeinschaft bilden soll. Die Versammlung billigte außerdem meinen Beschluss, im Sekretariat das Büro des Sonderberaters für Afrika einzurichten. Zu den Hauptaufgaben dieses Büros gehört es, meine Rolle bei der weltweiten Koordinierung und Lobbyarbeit in Bezug auf Afrika zu unterstützen und der Versammlung und dem Wirtschafts- und Sozialrat Bericht zu erstatten, wenn sie über Afrika beraten.

139. Die Wirtschaftskommission für Afrika leistet Unterstützung bei der Durchführung der Neuen Partnerschaft auf regionaler Ebene. Sie leitet die jährlichen regionalen Konsultationstagungen der in Afrika tätigen Einrichtungen der Vereinten Nationen, die eine Plattform für die Förderung der systemweiten Koordinierung und Effektivität bei der Unterstützung der Neuen Partnerschaft bilden. Außerdem beteiligt sich die Kommission aktiv an der Ausarbeitung der Vorschriften und Normen für Wirtschafts- und Unternehmensführung für den afrikanischen Mechanismus der gegenseitigen Beurteilung (African Peer Review Mechanism, APRM). Darüber hinaus führt sie gegenwärtig zusammen mit dem Sekretariat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf Ersuchen des Durchführungsausschusses der Staats- und Regierungschefs der NEPAD technische Arbeiten durch, die auf die Entwicklung eines institutionellen Rahmens für gegenseitige Rechenschaftspflicht und Übereinstimmung der Politik gerichtet sind. 2002 führte die Kommission Studien durch, gab Berichte heraus und organisierte Tagungen und Arbeitsseminare über die Kapazität des öffentlichen Sektors in Afrika für ein wirksames Management und die verstärkte Beteiligung der Zivilgesellschaft am Entwicklungs- und Lenkungsprozess. Durch technische Zusammenarbeit fördert die Kommission einen breiten Konsens darüber, was einen fähigen Staat ausmacht, sowie ein besseres Verständnis der Prozesse auf dem Gebiet der Regierungs- und Verwaltungsführung, bewirkt, dass diese Fragen auf der Agenda der politischen Entscheidungsträger bleiben, und fördert die Bewertung der institutionellen Kapazitäten.

140. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen erarbeitete einen strategischen Rahmen für die Unterstützung der Neuen Partnerschaft und ihres Sekretariats, vor allem zur Förderung einer demokratischen Regierungsführung. Darüber hinaus setzte es die Durchführung der von der Internationalen Konferenz von Tokio über afrikanische Entwicklung eingeleiteten informations- und kommunikationstechnologischen Initiativen für Afrika fort, die die Modernisierung des Kommunikationssektors in Afrika anstreben.

Bislang hat das Projekt die Ausarbeitung von vier nationalen Strategien auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie in Kamerun, Nigeria, Sambia und der Vereinigten Republik Tansania sowie die Einrichtung von 36 Cisco-Netzwerk-Akademien in Afrika unterstützt. In Benin und Malaysia wurden zwei Arbeitsseminare abgehalten, die Partnerschaften zwischen dem asiatischen und dem afrikanischen Privatsektor förderten. Die Arbeitsseminare ermöglichten es 30 afrikanischen Ländern, Erfahrungen mit ihren asiatischen Partnern auszutauschen und Wege für eine engere Kooperation aufzuzeigen, um die Süd-Süd-Zusammenarbeit zu verstärken.

141. Im Mai 2003 unterstützte die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit dem UNDP die in Stellenbosch (Südafrika) abgehaltene Panafrikanische Konferenz der Minister für den öffentlichen Dienst, indem sie Beratungsdienste und technische Hilfe für den Aufbau von Kapazitäten zur Verbesserung der öffentlichen Verwaltung in Afrika bereitstellte. Das im Mai 2002 in Maputo abgehaltene und vom UNDP, der ECA und der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten unterstützte Fünfte Afrikanische Forum für Regierungs- und Verwaltungsführung zum Thema "Kommunale Verwaltungsführung im Dienste der Armutsbekämpfung in Afrika" erbrachte einen Katalog von Grundsätzen für die Dezentralisierung und für ein Regierungs- und Verwaltungssystem, in dessen Mittelpunkt der Mensch steht. Es wird erwartet, dass diese Grundsätze zu einer Reform der Verwaltung des öffentlichen Sektors und einer Verbesserung der Kenntnisse und Qualifikationen hochrangiger Beamter führen werden.

142. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und die Afrikanische Union werden in Kürze ein Weißbuch *The Young Face of NEPAD* (Das junge Gesicht der NEPAD) vorlegen, mit dem dafür geworben wird, Investitionen zu Gunsten afrikanischer Kinder eine höhere Priorität einzuräumen und so dem Kontinent eine bessere Zukunft zu sichern. Die Unterstützung der afrikanischen Regierungen bei der Verwirklichung der Ziele der Neuen Partnerschaft wird mit der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele, insbesondere der Zielvorgaben für die Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit, im Einklang stehen. Die thematische Arbeit des UNICEF in den Bereichen HIV/Aids, Mädchenbildung und Immunisierung ist ebenfalls ein wichtiger Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der Neuen Partnerschaft. So hatten beispielweise Ende 2002 37 afrikanische Länder die Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung um Unterstützung gebeten. Das UNICEF-Fachpersonal hilft den nationalen Partnern auch weiterhin bei der Ausarbeitung von Strategiedokumenten zur Armutsbekämpfung, von gemeinsamen Landesbewertungen und von Entwicklungshilfe-Programmrahmen der Vereinten Nationen, um sicherzustellen, dass die Strategien zur Armutsbekämpfung und Schuldenerleichterungen der Bereitstellung von Grund-

versorgungsdiensten für Kinder und Frauen zugute kommen, die mit der Verwirklichung der Entwicklungsziele der Neuen Partnerschaft zusammenhängen. So unterstützte beispielsweise das UNICEF-Fachpersonal die nationalen Partner bei der Ausarbeitung tragfähiger Vorschläge für eine Finanzierung durch die Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung.

143. Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen erarbeitete und verabschiedete einen Aktionsplan, der 2003 durchgeführt werden soll und sich auf fünf Ziele der Neuen Partnerschaft konzentriert: Armutsreduzierung, Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie Landwirtschaft. Über seine nationalen und regionalen Programme in Afrika unterstützt der Fonds die Ziele und Maßnahmen der Neuen Partnerschaft durch die Erhebung und Analyse von Daten, die Erbringung von Diensten im Bereich der reproduktiven Gesundheit und den Aufbau von Kapazitäten im Bereich Bevölkerung und Entwicklung.

144. Die Nahrungsmittelhilfe ist für Afrika weiterhin von großer Bedeutung. 2002 stellte das WFP 2,1 Millionen Tonnen Nahrungsmittelhilfe, das sind 55 Prozent seiner gesamten Nahrungsmittellieferungen, für Afrika südlich der Sahara zur Verfügung und setzte dort 56 Prozent seiner Finanzmittel, insgesamt 899 Millionen Dollar, ein. Außerdem kaufte das WFP in Afrika südlich der Sahara über 590.000 Tonnen Nahrungsmittel im Gesamtwert von mehr als 120 Millionen Dollar und stimulierte damit die lokale Produktion und die lokalen Märkte.

### **Deckung der Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnenentwicklungsländer und der kleinen Inselentwicklungsländer**

145. Die Entwicklung zu einem integrativeren Prozess zu machen heißt, dafür zu sorgen, dass bestimmte Gruppen besonders verwundbarer Länder, insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder, die Binnenentwicklungsländer und die kleinen Inselentwicklungsländer, nicht aus der Weltwirtschaft und dem Entwicklungsprozess ausgeschlossen werden. Im Laufe des Jahres 2002 setzte das Büro des Hohen Beauftragten für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer seine Anstrengungen zur Förderung der Integration des Brüsseler Aktionsprogramms für die am wenigsten entwickelten Länder für die Dekade 2001-2010 in die Arbeitsprogramme der verschiedenen Einrichtungen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen fort. Zu den weiteren multilateralen Organisationen, die ähnliche Schritte unternommen haben, gehören die Afrikanische Entwicklungsbank, die Asiatische Entwicklungsbank, die Interparlamentarische Union und der Südasiatische Verband für regionale

Zusammenarbeit. Ich habe den Außenministern der am wenigsten entwickelten Länder nahe gelegt, einzelstaatliche Mechanismen zur Umsetzung, Weiterverfolgung, Überwachung und Überprüfung des Brüsseler Aktionsprogramms zu schaffen.

146. Im Laufe des vergangenen Jahres leistete die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) sachliche und operative Beiträge zur Durchführung der internationalen Programme und Initiativen für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer. Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen stellte nach wie vor zwei Drittel seiner Ressourcen für Programme auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit und der reproduktiven Rechte in den am wenigsten entwickelten Ländern, insbesondere in Afrika, bereit, wobei der Schwerpunkt auf der HIV/Aids-Prävention und der entsprechenden Betreuung, auf der Gleichstellung der Geschlechter und der Ermächtigung der Frau sowie auf Bevölkerungs- und Entwicklungsstrategien lag.

147. Große Aufmerksamkeit wurde der Vorbereitung der am 28. und 29. August 2003 in Almaty abgehaltenen Internationalen Ministerkonferenz der Binnen- und Transitentwicklungsländer, der Geberländer und der internationalen Finanz- und Entwicklungsinstitutionen über die Zusammenarbeit im Transitverkehr gewidmet. Diese Konferenz ist die erste Veranstaltung der Vereinten Nationen, die sich mit den besonderen Bedürfnissen der Binnenentwicklungsländer befasst.

148. Der Umsetzung des Aktionsprogramms von Barbados für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern und des Durchführungsplans von Johannesburg wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt, um die Organisation in die Lage zu versetzen, die Entwicklungsprobleme anzugehen, denen sich die kleinen Inselentwicklungsländer auf Grund ihrer geringen Größe, ihrer Anfälligkeit für Naturkatastrophen, sensibler Ökosysteme und der Knappheit beziehungsweise des völligen Mangels an natürlichen Ressourcen und Süßwasser gegenübersehen. Die Vereinten Nationen beteiligen sich aktiv an den Vorbereitungen für die Internationale Tagung zur Überprüfung der Umsetzung des Aktionsprogramms von Barbados, die 2004 in Mauritius stattfinden soll.

### **Bekämpfung von HIV/Aids**

149. Im vergangenen Jahr haben die acht gemeinsamen Träger und das Sekretariat des Gemeinsamen Programms der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS) Unterstützung

für die wirksame Umsetzung der Verpflichtungserklärung gewährt, die von der Generalversammlung auf ihrer 2001 abgehaltenen Sondertagung über HIV/Aids verabschiedet wurde. Es hat sich ein weltweiter Konsens über die zur Bekämpfung der Krankheit erforderlichen Politiken und Programme herausgebildet. Das UNAIDS hat die Bemühungen unterstützt, die darauf abzielen, die Krankheit mittels Aufklärung und Verbreitung von Informationen stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit in der ganzen Welt zu rücken, in Gebieten, die unter Ressourcenknappheit leiden, den Zugang zu Behandlung zu verbessern und die Gemeinwesen mit Hilfe des Engagements der Zivilgesellschaft verstärkt in die Lage zu versetzen, die Krankheit zu bekämpfen.

150. Während des vergangenen Jahres nahm HIV/Aids im Rahmen der operativen Entwicklungstätigkeiten der Organisation nach wie vor eine vorrangige Stellung ein. Im Laufe des Jahres 2002 unterstützten die HIV/Aids-Themengruppen der Vereinten Nationen verschiedene Länder bei der Ausarbeitung multisektoraler Pläne und bei der Einbeziehung von HIV/Aids in die Planungsinstrumente im Entwicklungsbereich. Ich stelle mit Genugtuung fest, dass bis Ende 2002 insgesamt 102 Länder nationale Strategiepläne für HIV/Aids ausgearbeitet hatten.

151. Gemeinsam mit dem UNICEF und dem UNAIDS erarbeitete und verbreitete die Weltgesundheitsorganisation (WHO) strategische Informationen in mehreren Schlüsselbereichen, um den Ländern bei der rationalen Auswahl und Nutzung von HIV-Medikamenten behilflich zu sein. Die WHO, das UNICEF, das UNAIDS und "Ärzte ohne Grenzen" führen und liefern auch weiterhin aktuelle Informationen über die Preise und Bezugsquellen von HIV-Medikamenten, die nicht patentrechtlich geschützt sind. Diese Initiative wird derzeit ausgeweitet, um auch Informationen über die Registrierung von Arzneimitteln in den verschiedenen Ländern aufzunehmen. In Äthiopien und Südafrika vermittelte das UNDP Gespräche über HIV/Aids auf Gemeinwesenesebene, mit dem Ziel, den Faktoren auf den Grund zu gehen, die die Epidemie fördern, und die Gemeinschaften verstärkt dazu zu befähigen, Präventions-, Betreuungs- und Behandlungsprogramme einzuleiten und aufrechtzuerhalten.

152. In Zusammenarbeit mit dem IFAD und der FAO gewährte das Welternährungsprogramm Nahrungsmittelhilfe für 34 HIV/Aids-bezogene Projekte in mehr als 20 Ländern weltweit, um sicherzustellen, dass von Aids betroffene Haushalte Nahrungsmittelrationen und -körbe erhielten, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten waren. Die FAO stellte auch weiterhin technische Hilfe für Landwirtschaftsministerien bereit, um diese besser in die Lage zu versetzen, die durch die HIV/Aids-Epidemie verursachte Knappheit an landwirtschaftlichen Arbeitskräften zu bewältigen und ernährungsbezogene Maßnahmen zur Milderung ihrer Auswirkungen auszuarbeiten.

153. Die UNICEF-Landesbüros haben sich in umfassendem Maße für die Verwirklichung der mittelfristigen Ziele eingesetzt. Die Ausgaben für HIV/Aids-bezogene Tätigkeiten sind um mehr als das Dreifache angestiegen, von schätzungsweise 30 Millionen Dollar im Jahr 2000 auf 67 Millionen Dollar im Jahr 2001 und 96 Millionen Dollar im Jahr 2002, und alle 127 Landesbüros unterstützten die Tätigkeiten im Bereich HIV/Aids und/oder die entsprechende Informations- und Kampagnenarbeit im Jahr 2002.

154. Der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau arbeitet gegenwärtig mit den nationalen Aids-Beiräten in zehn Ländern zusammen, um die Beiräte stärker dazu zu befähigen, ihre Programme aus geschlechtsspezifischer Sicht zu verbessern. In dem Bemühen, geschlechterdifferenzierte Maßnahmen weltweit zu unterstützen, stellten der Fonds und das UNAIDS im Februar 2003 das erste elektronische Portal für Geschlechterfragen und HIV/Aids vor.

155. Menschen in Flüchtlingssituationen sind oft besonders anfällig für Krankheiten. Das UNHCR und seine Partner befürworten und beschleunigen auch weiterhin die Durchführung von HIV/Aids-Präventions- und -Betreuungsprojekten in Flüchtlingssituationen. Im Februar 2002 stellte das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars in enger Zusammenarbeit mit dem UNAIDS einen Strategieplan für HIV/Aids für den Zeitraum 2002-2004 fertig, der derzeit in Afrika umgesetzt wird.

156. Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung hat im Drogenbereich umfassende Aktivitäten zur Verhütung von HIV/Aids in mehreren Ländern Mittel- und Osteuropas sowie in Afrika, Lateinamerika und der Karibik, Ostasien und dem Pazifik, Südasien und Zentralasien in die Wege geleitet.

157. Im Rahmen der Bemühungen um die Verwirklichung des sechsten Millenniums-Entwicklungsziels "Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten" ist der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria nach wie vor ein unerlässliches Instrument der internationalen Gemeinschaft. Der Verwaltungsrat und das Sekretariat des Fonds setzen sich dafür ein, dass der Fonds ein Finanzierungsmechanismus bleibt und nicht zu einer operativen Organisation wird. Der Erfolg im Feld wird daher von der aktiven Kooperation der Partner des Fonds abhängen, namentlich der Regierungen, der internationalen Organisationen, des Privatsektors und der Zivilgesellschaft. Das System der Vereinten Nationen ist entschlossen, den Globalen Fonds zum Erfolg zu führen. Bislang hat der Fonds Vorschläge im Wert von 1,5 Milliarden Dollar für Tätigkeiten in 92 Ländern gebilligt. Die Zuschüsse an einzelne Länder können einen beträchtlichen Anteil an den jeweiligen gesamten öffentlichen Ausgaben im Gesundheitssektor ausmachen.

## Soziale Entwicklung

158. Die Vereinten Nationen fördern Politiken und Tätigkeiten auf dem Gebiet der sozialen Entwicklung, die darauf ausgerichtet sind, eine "Gesellschaft für alle" zu verwirklichen, die bestimmte soziale Gruppen integriert und ihnen Chancen bietet. Ziel ist es, die jeweiligen Themen, Anliegen und Interessen dieser Gruppen in die Politikgestaltung einzubeziehen, sodass sie voll an der Gesellschaft teilhaben und aktiv zur Entwicklung des Landes beitragen können.

### Indigene Fragen

159. Ein Beispiel für die Sonderrolle der Vereinten Nationen bei der Förderung der Teilhabe aller ist ihre Unterstützung für das Ständige Forum für indigene Fragen. Im Februar 2003 wurde ein neues Sekretariat innerhalb der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten eingerichtet. Das Forum wird den Wirtschafts- und Sozialrat auf den Gebieten Entwicklung, Umwelt, Gesundheit, Bildung, Kultur und Menschenrechte beraten.

### Altersfragen und Menschen mit Behinderungen

160. Im Rahmen des auf der Zweiten Weltversammlung über das Altern im April 2002 beschlossenen Internationalen Aktionsplans von Madrid über das Altern wurden Ziele und Empfehlungen für Maßnahmen in drei vorrangigen Bereichen formuliert: ältere Menschen und Entwicklung, Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden bis ins Alter sowie Schaffung eines förderlichen und unterstützenden Umfelds für ältere Menschen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Aufbau von Kapazitäten für die Durchführung des Internationalen Aktionsplans von Madrid auf nationaler Ebene und für die Einbeziehung von Altersfragen in nationale Politiken und internationale Programme.

161. Zu den Folgemaßnahmen auf regionaler Ebene gehört die Verabschiedung einer Ministererklärung und regionalen Implementierungsstrategie für den Internationalen Aktionsplan von Madrid über das Altern auf der im September 2002 in Berlin abgehaltenen ECE-Ministerkonferenz zu Fragen des Alterns. Im Rahmen dieser Strategie wird auf die wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Zusammenhang mit dem Alterungsprozess der Gesellschaften in der Region eingegangen. Regierungen der Länder im asiatisch-pazifischen Raum verabschiedeten die Durchführungsstrategie von Shanghai als eine regionale Richtlinie für Folgemaßnahmen zum Plan von Madrid und zum Aktionsplan von Macao über das Altern für Asien und den Pazifik. Die Strategie bietet den Regierungen einen umfassenden grundsatzpolitischen Rahmen zur Ausarbeitung nationaler Politiken zu Altersfragen und zur Förderung einer stärkeren Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft und den älteren Menschen selbst.

162. Die Rechte von Menschen mit Behinderungen bilden derzeit den Schwerpunkt der Arbeit des Ad-hoc-Ausschusses über ein umfassendes und integratives Internationales Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Rechte und der Würde von Menschen mit Behinderungen. Die Vereinten Nationen werden sich mit den für Menschen mit Behinderungen weltweit wichtigen Fragen befassen.

### Bekämpfung des unerlaubten Drogenkonsums und Verbrechenverhütung

163. Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung unterstützte alternative einkommenschaffende Projekte zu Gunsten von Frauen und Kindern in ländlichen Gebieten. Beispielsweise hat das Büro im Laufe des vergangenen Jahres in Vietnam eine replizierbare Methode für den Ersatz von Einkommen aus dem Opiumanbau unter Angehörigen einer ethnischen Minderheit im Bezirk Ky Son entwickelt. Außerdem trugen diese Aktivitäten durch die Stärkung der Kapazitäten der innerstaatlichen Institutionen und die Förderung gemeinwesengestützter Entwicklungsprogramme zur Senkung der Drogennachfrage bei.

164. Mit der Wiederaufnahme der Opiumgewinnung im großen Ausmaß – 2002 waren es 3.400 Tonnen – trägt Afghanistan zu 75 Prozent zur weltweiten jährlichen Opiumgewinnung bei. Im Jahr 2002 lag der Schwerpunkt der Rechtsdurchsetzungsmaßnahmen des Büros für Drogen- und Verbrechenbekämpfung auf der Gewährung von Unterstützung zur Stärkung der Strafverfolgungskapazitäten in den Nachbar- und Transitländern. In der ersten Jahreshälfte 2003 leitete das Büro eine neue Initiative für Strafverfolgungsmaßnahmen in West- und Zentralasien im Gesamtwert von mehr als 25 Millionen Dollar ein. Ziel dieser Initiative ist die Stärkung der Grenzkontrollkapazitäten, einschließlich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Nachbarländern Afghanistans, sowie die Unterstützung der Schaffung neuer Drogenbekämpfungseinheiten in Kabul und wichtigen afghanischen Provinzen und die Einrichtung neuer Kontrollen an wichtigen Stellen der afghanischen Grenze.

165. Darüber hinaus hat das Büro ein CD-ROM-gestütztes Schulungsprogramm für die Ausbildung der Mitarbeiter von Strafverfolgungsbehörden in Südostasien und in der Türkei eingeführt und beteiligt sich am Aufbau von Ausbildungszentren für Strafverfolgungsbehörden und von nationalen Datenbanken über Kriminalität und öffentliche Sicherheit in Brasilien.

166. Während des vergangenen Jahres leitete das Büro für Drogen- und Verbrechenbekämpfung technische Hilfsprojekte zur Bekämpfung der Korruption und des Menschenhandels. Die Antikorruptionsprojekte in Kolumbien, Nigeria, Rumänien, Südafrika und Ungarn waren darauf gerichtet, die Ausarbeitung und Durchführung einzelstaatlicher Antikorruptionsprogramme zu unterstützen und diesen Ländern bei

der Stärkung der Integrität und der Kapazitäten ihres Justizsystems behilflich zu sein. Die Projekte gegen den Menschenhandel in Polen, den Philippinen, der Tschechischen Republik und Westafrika zielten darauf ab, die Maßnahmen des Strafjustizsystems zur Bekämpfung des Menschenhandels zu verbessern, die Durchführung von Initiativen zur Un-

terstützung der Opfer zu fördern und bei der Durchführung des Zusatzprotokolls zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität behilflich zu sein.

## Kapitel IV Internationale Rechtsordnung und Menschenrechte

### Entwicklungen auf dem Gebiet der Menschenrechte

167. Die Menschenrechte stehen nach wie vor im Mittelpunkt der Arbeit der Vereinten Nationen. Entwicklungen, die mich im vergangenen Jahr ermutigt haben, waren der wachsende internationale Konsens über die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte, die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Anwendung der internationalen Menschenrechtsübereinkünfte, die internationale Zusammenarbeit zu Gunsten des Aufbaus nationaler Kapazitäten auf dem Gebiet der Menschenrechte, die immer stärkere Einbindung der Menschenrechte in die Tätigkeiten im Bereich der Entwicklung, der Konfliktprävention, der Friedensschaffung, -sicherung und -konsolidierung und der humanitären Hilfe sowie die zunehmende Stärke der internationalen Menschenrechtsbewegung.

168. Gleichzeitig stößt die Verwirklichung der Menschenrechte weiterhin in vielen Teilen der Welt auf Probleme, und es kommt nach wie vor zu schweren Verletzungen dieser Rechte. Die Abkühlung der Weltwirtschaft und Mängel in der Regierungs- und Verwaltungsführung haben die Fähigkeit mancher Regierungen verringert, ein Mindestmaß an wirtschaftlichen und sozialen, bürgerlichen und politischen Rechten zu gewährleisten. Die Regierungen einiger entwickelter Länder reagieren verärgert, wenn die internationalen Menschenrechtsübereinkünfte auf sie angewandt werden. Gleichmaßen entsteht bei manchen Entwicklungsländern in der Menschenrechtskommission Unruhe, wenn es darum geht, sich mit gegen sie gerichteten Anschuldigungen über schwere Verletzungen der Menschenrechte auseinanderzusetzen.

169. Während sich die Organisation dieser Fortschritte wie auch der Herausforderungen, denen sie sich auf dem Gebiet der Menschenrechte gegenüber sieht, bewusst ist, ist es wichtig festzustellen, dass unter den Mitgliedstaaten zu weiten Teilen Übereinstimmung über diese Fragen besteht, und darauf aufzubauen, um die internationale Zusammenarbeit zur Gewährleistung eines wirksamen Schutzes der Menschenrechte in der Zukunft zu verbessern. Im Einklang mit einem der Ziele der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen hat die Zahl der Ratifikationen der internationalen Menschenrechtsverträge weiter zugenommen. In den vergangenen 12 Monaten sind fünf weitere Staaten dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung beigetreten, einer dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, einer dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, vier dem Übereinkommen gegen Folter und

andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, einer dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes, fünf dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und drei der Internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen, die am 1. Juli 2003 in Kraft trat. Darüber hinaus gab es weitere Ratifikationen der beiden Fakultativprotokolle zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, der beiden Fakultativprotokolle zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes und des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um die Staaten, die die grundlegenden internationalen Menschenrechtsverträge noch nicht ratifiziert haben oder ihnen noch nicht beigetreten sind, abermals dazu aufzurufen, dies zu tun.

170. Die Tätigkeit der auf Grund der Menschenrechtsverträge geschaffenen Sachverständigenorgane ist auch weiterhin von entscheidender Bedeutung. Im Laufe des vergangenen Jahres haben der Menschenrechtsausschuss, der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung, der Ausschuss für die Rechte des Kindes und der Ausschuss gegen Folter zusammen die Berichte von 112 Vertragsstaaten geprüft und fünf Allgemeine Bemerkungen verabschiedet, die den Sinn der Verträge klarstellen und praktische Hinweise zu ihrer Durchführung bieten. Die auf Grund einiger internationaler Menschenrechtsverträge möglichen Petitionsverfahren bieten wertvolle Gelegenheiten zur Verbesserung des internationalen Schutzes. Im vergangenen Jahr haben die Sachverständigenorgane weit über 100 Entscheidungen und Auffassungen über einzelne Fälle abgefasst, wovon die meisten maßgeblich zur Weiterentwicklung der internationalen Menschenrechtsnormen beitragen. Des Weiteren wurden mehrere praktische Maßnahmen ergriffen, um die Arbeitsmethoden der Vertragsorgane zu verbessern und die Zusammenarbeit zwischen ihnen zu verstärken. Dazu gehören die Einführung von Mechanismen zur Weiterverfolgung der Abschließenden Bemerkungen durch den Menschenrechtsausschuss und den Ausschuss gegen Folter.

171. Die von der Menschenrechtskommission ernannten Sonderberichterstatter und anderen Experten üben weiterhin eine unverzichtbare Schutzfunktion an vorderster Front aus. Derzeit sind etwa 40 solcher Mandatsträger tätig. Im vergangenen Jahr sind sie in ihren Berichten auf zahlreiche Menschenrechtsthemen im Zusammenhang mit etwa 60 Situationen in verschiedenen Ländern eingegangen. Diese Experten, die in persönlicher Eigenschaft tätig sind, haben mit über 700 dringenden Appellen an Regierungen um den

Schutz von Personen oder Gruppen in Not ersucht. Während des vergangenen Jahres wurden weitere Anstrengungen unternommen, um ihre Tätigkeitsweise zu verbessern, darunter Maßnahmen zur besseren Klärung der Beziehungen zwischen ihnen und den Bediensteten des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Einführungssitzungen und Informationsmaterial für neue Träger besonderer Mandate, die Verbesserung der Koordination und Weiterverfolgung der Mitteilungen an die Regierungen und ein stärkeres Zusammenwirken mit strategischen Partnern innerhalb und außerhalb des VN-Systems. Der interaktive Dialog zwischen den Mandatsträgern der besonderen Verfahren und den Mitgliedern der Kommission, der durch den ähnlichen Austausch im Rahmen des Dritten Ausschusses der Generalversammlung angeregt wurde, hat sich als erfolgreich erwiesen und wird in den kommenden Jahren zweifelsohne ausgebaut werden. Innerhalb des Amtes des Hohen Kommissars wurde eine neue Unterabteilung Besondere Verfahren geschaffen, die die Wirksamkeit der Sonderberichterstatte und Experten erhöhen soll, indem sie unter anderem zur Ausarbeitung von Kriterien für ihre Ernennung beiträgt, die operativen Normen harmonisiert, ihre Arbeit stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt und ein ausreichendes Maß an personeller Unterstützung gewährt.

172. In meinem Bericht "Stärkung der Vereinten Nationen: Eine Agenda für weitere Veränderungen" vom September 2002 forderte ich intensiviertere Anstrengungen, um die Zusammenarbeit innerhalb des Systems der Vereinten Nationen zur Unterstützung des Aufbaus nationaler Kapazitäten auf dem Gebiet der Menschenrechte zu verstärken. In diesem Bereich sind wichtige positive Entwicklungen zu vermerken. Im Laufe des vergangenen Jahres konnte das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte hauptsächlich dank freiwilliger Beiträge etwa 50 nationale Menschenrechtsinstitutionen sowie die regionalen Sekretariate, die diesen Institutionen dienen, unterstützen. Das Amt des Hohen Kommissars hat sich in 32 Ländern an Projekten der technischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte beteiligt und unterhält in 29 Ländern eine Präsenz im Feld. So wird in der Menschenrechtsarbeit der Vereinten Nationen zunehmend die Bedeutung wirksam funktionierender einzelstaatlicher Schutzsysteme hervorgehoben. Zu dem gleichen Zweck wurden erhebliche Fortschritte bei der Einbindung der Menschenrechte in die Entwicklungsaktivitäten des VN-Systems erzielt. Im Mai 2003 wurden auf der zweiten interinstitutionellen Arbeitstagung über rechtsbezogene Ansätze zur Entwicklung mehrere Empfehlungen zur Verstärkung unserer Tätigkeiten in diesem Bereich verabschiedet. Auf mein Ersuchen hin erarbeitet der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte zurzeit in Zusammenarbeit mit der Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen und dem Exekutiv Ausschuss für humanitäre Angelegenheiten einen gemeinsamen Aktionsplan zur Verstärkung der menschenrechtsbezogenen

Maßnahmen der Vereinten Nationen auf Landesebene. Der Plan, der im September 2003 verabschiedet und im Laufe der nächsten drei Jahre umgesetzt werden soll, wird konkrete Maßnahmen umfassen, die erforderlich sind, um die Entwicklungs- und humanitären Organisationen der Vereinten Nationen besser in die Lage zu versetzen, die Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen um den Auf- und Ausbau nationaler Systeme zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte kooperativ zu unterstützen.

173. In Gesellschaften, die sich in einem tiefgreifenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umbruch befinden, sind Menschenrechtsverletzungen häufig besonders schwer. Eine Studie der Universität der Vereinten Nationen hat bestätigt, dass den Menschenrechtspraktiken in Gesellschaften im Umbruch vorrangige Bedeutung zukommt, nicht nur wegen ihres Wertes an sich, sondern auch auf Grund ihrer Multiplikatoreffekte für die Demokratisierung, die wirtschaftliche Entwicklung und die Konfliktbeilegung.

174. Die neunundfünfzigste Tagung der Menschenrechtskommission im Jahr 2003 umfasste einen außergewöhnlichen Tagungsteil auf hoher Ebene, der vier Tage dauerte und zu dem rund 70 Würdenträger aus der ganzen Welt erschienen. Gleichzeitig beteiligten sich mehr als 40 nationale Menschenrechtsinstitutionen an der Arbeit der Kommission und brachten ihre eigenen Perspektiven, Beurteilungen und Einsichten ein. Dies ist eine bedeutsame Entwicklung in der Tätigkeit der Kommission. Außerdem wurden erstmals nationale Menschenrechtsinstitutionen eingeladen, sich – im Rahmen der Arbeit des Ad-hoc-Ausschusses über ein umfassendes und integratives Internationales Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Rechte und der Würde von Menschen mit Behinderungen – an der Ausarbeitung des Entwurfs eines internationalen Rechtsinstrumentes auf dem Gebiet der Menschenrechte zu beteiligen.

175. Die Beteiligung an den Tagungen der Menschenrechtskommission war in jeder Hinsicht beeindruckend. In diesem Jahr nahmen neben den 53 Mitgliedstaaten 100 Staaten als Beobachter sowie rund 1.600 Vertreter nichtstaatlicher Organisationen und Vertreter regionaler und subregionaler Organisationen und von Einrichtungen des Systems der Vereinten Nationen teil. Die Kommission hat sich so zu einem wichtigen Forum für die Partnerschaft zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Vertretern innerhalb des Systems der Vereinten Nationen entwickelt.

176. Die Menschenrechtskommission ist jedoch nicht frei von Problemen. In der Öffentlichkeit gibt es Unruhe darüber, dass Staaten, die schwerer Menschenrechtsverletzungen bezichtigt werden, als Mitglied in die Kommission aufgenommen werden. Es herrscht Besorgnis über den Gesprächston in der Kommission und darüber, dass sie sich nicht mit bestimmten Situationen befasst, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden. All dies

sind wichtige Fragen, mit denen sich das Präsidium der Kommission vor ihrer nächsten Tagung hoffentlich ernsthaft auseinandersetzen wird.

177. Letztendlich geht es darum, dass die Tätigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Menschenrechte bei den Menschen Vertrauen erweckt. Öffentlichkeitswirksame Bekenntnisse zu den Menschenrechten ohne einen gleichzeitigen ausreichenden und wirksamen Schutz dieser Rechte werden dieses Vertrauen nicht gewinnen – weder bei der Bevölkerung insgesamt noch bei den nichtstaatlichen Organisationen und den Akteuren der Zivilgesellschaft, auf die wir bei unserer Menschenrechtsarbeit in so hohem Maße angewiesen sind. Ich möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, um all jenen Organisationen und Einzelpersonen in der Menschenrechtsbewegung zu danken, die unsere Menschenrechtsarbeit ermöglichen, gleichviel ob durch Forschung, Tatsachenermittlung, Gewährung von Schutz, Menschenrechtserziehung oder Verbreitung von Informationen.

### **Der Internationale Strafgerichtshof**

178. Seit dem Inkrafttreten des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs am 1. Juli 2002 wurden große Fortschritte dabei erzielt, den Gerichtshof zu einer funktionsfähigen richterlichen Institution zu machen. Die Versammlung der Vertragsstaaten des Statuts hielt im September 2002 ihre erste Tagung ab und fasste einige wichtige Beschlüsse; unter anderem verabschiedete sie mehrere Zusatzinstrumente, die für eine effiziente und wirksame Tätigkeit des Gerichtshofs erforderlich sind. Erwähnenswert sind die "Verbrechenselemente" und die Verfahrens- und Beweisordnung des Gerichtshofs. Auf ihrer wiederaufgenommenen ersten Tagung im Februar 2003 wählte die Versammlung die 18 Richter des Gerichtshofs – 7 Frauen und 11 Männer, die alle Regionen, Rechtssysteme und Traditionen vertreten. Am 11. März 2003 gaben die 18 Richter auf einer Eröffnungssitzung in Den Haag das feierliche Versprechen ab, ihre Pflichten und Befugnisse ehrenhaft, getreulich, unparteiisch und gewissenhaft auszuüben. Außerdem wählten sie die Präsidenschaft des Gerichtshofs. Im April 2003 unternahm die Versammlung bei der zweiten Wiederaufnahme ihrer ersten Tagung und nach mehrmonatigen Beratungen den nächsten Schritt und wählte den ersten Ankläger des Gerichtshofs. Ferner gab sie Empfehlungen zur Wahl des Kanzlers ab. Am 16. Juni 2003 legte der Ankläger seinen feierlichen Amtseid ab, am 25. Juni wählten die Richter den Kanzler. Da die Richter, die Präsidenschaft, der Ankläger und der Kanzler nunmehr im Amt sind, ist der Prozess der Wahl der wichtigsten Amtsträger zur Konstituierung der Organe des Gerichtshofs abgeschlossen. Im kommenden Jahr wird sich der Schwerpunkt vom Aufbau der Institution auf die Vorbereitung des Gerichtshofs auf die Ausübung seiner Ermittlungs- und Strafverfolgungsbefugnisse und die Wahrnehmung seiner richterlichen Aufgaben verlagern.

179. Die Zahl der Staaten, die das Römische Statut ratifiziert haben beziehungsweise ihm beigetreten sind, hat sich weiter stetig erhöht. 91 Staaten aus allen Regionen sind inzwischen Vertragsstaaten des Statuts, verglichen mit 76 zur selben Zeit im vergangenen Jahr. Ich bin höchst erfreut über die ständig zunehmende Unterstützung und appelliere an alle Mitgliedstaaten, die es nicht bereits getan haben, das Statut zu ratifizieren beziehungsweise ihm beizutreten und die erforderlichen Schritte zur Anwendung seiner Bestimmungen zu unternehmen.

180. Gemäß Resolution 57/23 der Generalversammlung vom 19. November 2002 hat das Sekretariat der Vereinten Nationen als vorläufiges Sekretariat der Versammlung der Vertragsstaaten fungiert. Auf ihrer zweiten Tagung Anfang September wird diese voraussichtlich einen Beschluss über die Schaffung eines eigenen Sekretariats fassen. Ich bin zuversichtlich, dass die Verbindungen zwischen den Vereinten Nationen und dem Gerichtshof in jedem Fall bestehen bleiben. Die Organisation und der Gerichtshof werden durch ein förmliches Beziehungsabkommen und geschichtliche Bande verknüpft sein. Seit mehr als einem halben Jahrhundert nehmen die Vereinten Nationen eine zentrale Rolle bei den Bemühungen um die Schaffung eines ständigen internationalen Strafgerichtshofs ein, in Bekräftigung der gemeinsamen Überzeugung, dass Gerechtigkeit und Frieden für die menschliche Entwicklung unerlässlich sind. Die Schaffung eines solchen Gerichtshofs stellt einen dauerhaften Beitrag der Vereinten Nationen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie zur Förderung der Herrschaft des Rechts und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf der ganzen Welt dar.

### **Internationale Gerichte**

#### **Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien**

181. Im Laufe des vergangenen Jahres fällt der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien Urteile in zwei Fällen. Am 29. November 2002 verurteilte die Strafkammer II den wegen Verfolgungs- und Mordhandlungen gegenüber der muslimischen Bevölkerung um Višegrad (Bosnien und Herzegowina) angeklagten Mitar Vasiljević zu einer Freiheitsstrafe von 20 Jahren. Am 31. März 2003 befand die Sektion A der Strafkammer I Mladen Naletilić und Vinko Martinović auf Grund ihrer Behandlung bosnisch-muslimischer Zivilpersonen und Kriegsgefangener für schuldig, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verstöße gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges und schwere Verletzungen der Genfer Abkommen begangen zu haben, und verurteilte sie zu Freiheitsstrafen von 20 beziehungsweise 18 Jahren. Darüber hinaus legten fünf Angeklagte Schuldkenntnisse ab. Am 2. Oktober 2002 bekannte sich Biljana Plavšić, die früher in der Präsidenschaft der Serbischen Republik Bosnien und Herzegowina aktiv war und später Mit-



glied der kollektiven und erweiterten Präsidentschaft der Republika Srpska war, des Verbrechens der Verfolgung schuldig. Im Februar 2003 wurde sie vom Gerichtshof zu einer Freiheitsstrafe von 11 Jahren verurteilt. Im Mai 2003 bekannten sich Momir Nikolić und Dragan Obrenović, angeklagt wegen Verbrechen im Zusammenhang mit dem Fall von Srebrenica, und im Juni 2003 Predrag Banović, angeklagt wegen Verbrechen im Lager Keraterm, des Verbrechens der Verfolgung schuldig. Vier weitere Verfahren gegen sieben Angeklagte dauern noch an. Im Juli 2003 bekannte sich Darko Mrdja, ehemals Kommandeur einer bosnisch-serbischen Sonderpolizeieinheit, der Verbrechen des Mordes und unmenschlicher Handlungen schuldig. Unterdessen verwarf die Berufungskammer im April 2003 die von Zdravko Mucić, einem bosnischen Kroaten, und von Hazim Delić und Esad Landzo, zwei bosnischen Muslimen, eingelegten Berufungen und bestätigte die gegen sie verhängten Urteile wegen Mordes, Folter und unmenschlicher Behandlung, die sie in ihrer Zeit als Bedienstete im Gefangenenlager Čelebići im Zentrum Bosnien und Herzegowinas begangen hatten. Am 31. Juli 2003 wurde Milomir Stakić, eine ehemalige Führungsfigur in der Gemeinde Prijedor (Bosnien und Herzegowina), in der Greuelthaten gegen Nichtserben verübt wurden, der Verbrechen der Ausrottung, des Mordes, der Verfolgung und der Vertreibung für schuldig befunden.

182. Nachdem der Sicherheitsrat die Arbeitsabschlussstrategie des Gerichtshofs – das heißt, in erster Linie die politischen, militärischen und paramilitärischen Führer vor Gericht zu stellen und die Fälle, in denen Personen der mittleren Hierarchieebene beschuldigt sind, den einzelstaatlichen Gerichten zu übergeben – im Juli 2002 billigte, begann der Gerichtshof, die Strategie umzusetzen. Im Oktober 2002 änderte er seine Verfahrens- und Beweisordnung, um die Übergabe bestimmter Fälle an einzelstaatliche Gerichte zu ermöglichen, die die Zuständigkeit für den Ort besitzen, an dem ein Verbrechen begangen oder ein Verdächtiger in Haft genommen wurde. Auf einer praktischeren Ebene beriet der Gerichtshof das Büro des Hohen Beauftragten für Bosnien und Herzegowina im Hinblick auf sein Projekt zur Einrichtung einer speziellen Kammer für Kriegsverbrechen im Staatsgerichtshof von Bosnien und Herzegowina, der der Gerichtshof bestimmte Fälle zur Behandlung übergeben könnte. Im Februar 2003 unterzeichneten der Gerichtshof und das Büro des Hohen Beauftragten Gemeinsame Schlussfolgerungen und schufen damit eine Grundlage für einen gemeinsamen Plan zur Durchführung dieses Projekts. In den kommenden Monaten werden der Gerichtshof und der Hohe Beauftragte weitere Schritte in diesem Zusammenhang unternehmen.

183. Im vergangenen Jahr wurden 11 weitere Angeklagte nach Den Haag überführt. Damit befinden sich jetzt insgesamt 50 Personen in Gewahrsam; 7 weitere sind vorläufig auf freiem Fuß. Zu den in Gewahrsam genommenen Perso-

nen gehören Milan Milutinović, der ehemalige Präsident Serbiens, Vojislav Seselj, der Vorsitzende der Serbischen Radikalen Partei und Mitglied des serbischen Parlaments, und Jovica Stanisic, der Chef des Staatssicherheitsdiensts der Republik Serbien.

184. Am 29. Juli 2003 richtete ich ein Schreiben an den Präsidenten des Sicherheitsrats, in dem ich erwähnte, dass ich im Anschluss an Konsultationen mit den Ratsmitgliedern zu der Auffassung gelangt war, dass es nunmehr an der Zeit ist, das Amt des Anklägers beim Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien und das Amt des Anklägers beim Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda von zwei verschiedenen Personen ausüben zu lassen. Ferner wies ich in meinem Schreiben darauf hin, dass es nun, da die beiden Gerichtshöfe darangehen, ihre jeweilige Abschlussstrategie umzusetzen, unabdingbar und im Interesse der Effizienz und Wirksamkeit geboten erscheint, dass jeder Gerichtshof über seinen eigenen Ankläger verfügt, der seine gesamte Energie und Aufmerksamkeit auf die Organisation, Überwachung, Lenkung und Durchführung der am jeweiligen Gerichtshof noch ausstehenden Ermittlungs- und Strafverfolgungsverfahren richten kann. Mit Resolution 1503 (2003) vom 28. August billigte der Sicherheitsrat diesen Vorschlag.

#### **Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda**

185. Der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda führte im Laufe des vergangenen Jahres neun Hauptverfahren gegen insgesamt 23 Angeklagte durch. In drei dieser Fälle erließ er Urteile. Am 19. Februar 2003 befand die Strafkammer I den Arzt Gérard Ntakirutimana des Völkermords und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit für schuldig und verurteilte ihn zu einer Freiheitsstrafe von 25 Jahren. Sein Vater, Elizaphan Ntakirutimana, ein Pastor der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten, wurde der Beihilfe zum Völkermord für schuldig befunden und zu einer 10-jährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Am 15. Mai 2003 verurteilte die Strafkammer I Eliézer Niyitegeka, den Informationsminister der ruandischen Interimsregierung von 1994, wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe. Am selben Tag befand die Strafkammer III Laurent Semanza, den früheren Bürgermeister der Gemeinde Bicumbi, der Mittäterschaft bei der Begehung von Völkermord und von Verbrechen gegen die Menschlichkeit für schuldig und verurteilte ihn zu einer 25-jährigen Freiheitsstrafe. Damit hat sich die Zahl der Urteile, die der Gerichtshof seit dem Beginn der Verfahren im Jahr 1997 gefällt hat, auf insgesamt 11 erhöht. Vier weitere Fälle stehen vor dem Abschluss. Der Gerichtshof erwartet, bis Ende 2003 15 Urteile über insgesamt 21 Angeklagte gefällt zu haben. Zwei weitere Hauptverfahren gegen 10 Angeklagte laufen derzeit noch, und ich rechne damit, dass gegen Ende dieses Jahres vier zusätzliche Hauptverfahren gegen 10 weitere Angeklagte eingeleitet werden.

186. Neben der Durchführung der Hauptverfahren beaufichtigten die drei Strafkammern im vergangenen Jahr auch die Vorbereitungen für die Vorverfahren in 21 Fällen, an denen 31 Beschuldigte beteiligt sind. Die Berufungskammer erließ ihrerseits ein Urteil – sie verwarf eine Berufung und bestätigte das ursprüngliche Urteil – sowie sechs Entscheidungen über Zwischenberufungen und 15 weitere Entscheidungen und Anordnungen. Außerdem hielten die Richter zwei Plenarsitzungen zur Prüfung und Verabschiedung mehrerer Änderungen der Verfahrens- und Beweisordnung des Gerichtshofs ab, welche dazu beitragen sollen, die Gerichtsverfahren zu beschleunigen. Gemäß dem vom Sicherheitsrat in seiner Resolution 1431 (2002) vom 14. August 2002 gefassten Beschluss, eine Gruppe von Ad-litem-Richtern am Gerichtshof einzurichten, um die Tätigkeit des Gerichtshofs weiter zu beschleunigen, wählte die Generalversammlung am 25. Juni 2003 18 Ad-litem-Richter für eine mit sofortiger Wirkung geltende Amtszeit von vier Jahren.

187. Die Anklägerin hat ihre Ermittlungen fortgesetzt und rechnet damit, bis Ende 2004 Anklageschriften gegen bis zu 26 weitere Beschuldigte vorzulegen. Die Ermittlungen der Anklägerin werden dann abgeschlossen sein. Möglicherweise wird der Gerichtshof einige andere Fälle, in denen die Anklägerin Ermittlungen durchgeführt hat, an einzelstaatliche Gerichte übergeben, einschließlich in Ruanda. Die Kanzlei hat Änderungen vorgenommen, um besser in der Lage zu sein, sowohl die anderen Organe des Gerichtshofs als auch den Verteidiger zu unterstützen. Des Weiteren tritt nun monatlich ein Koordinierungsrat zusammen, um die Arbeit der drei Organe des Gerichtshofs zu koordinieren, und ein Managementausschuss tritt alle zwei Wochen zusammen, um zu gewährleisten, dass die Kammern eine optimale administrative und juristische Unterstützung durch die Kanzlei erhalten.

#### **Sondergerichtshof für Sierra Leone**

188. Im Dezember 2002 leisteten die Richter der Straf- und Berufungskammern des Sondergerichtshofs für Sierra Leone in Freetown ihren Amtseid und wählten den Präsidenten des Sondergerichtshofs.

189. Während des vergangenen Jahres haben der Ankläger und sein Büro an Tatorten in Sierra Leone ermittelt, Ermittlungen im Ausland durchgeführt und mögliche Zeugen vernommen. Am 10. März 2003 verkündete der Ankläger seine ersten Anklageschriften, unter anderem gegen Foday Sankoh, den Kommandeur der Revolutionären Einheitsfront (RUF), und Hinga Norman, einen Minister in der Regierung Sierra Leones. Am 4. Juni 2003 verkündete der Ankläger die Anklageschrift gegen Charles Taylor, den Präsidenten Liberias. Laut der Anklageschrift trägt Taylor "die größte Verantwortung" für die seit dem 30. November 1996 in Sierra Leone begangenen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die

Menschlichkeit und schweren Verletzungen des humanitären Völkerrechts. Tatsächlich hatte der Gerichtshof die Anklageschrift gegen Taylor bereits drei Monate zuvor, am 7. März, bestätigt, hatte aber verfügt, sie versiegelt zu halten. Bislang hat der Ankläger gegen 12 Personen Anklage erhoben, von denen 8 sich inzwischen in Haft befinden. Ein früherer Kommandeur der Revolutionären Einheitsfront, Sam Bockarie, wurde in Liberia getötet, und der Gerichtshof führt derzeit eine forensische Untersuchung seiner sterblichen Überreste durch. Außerdem geht der Gerichtshof Berichten nach, denen zufolge ein weiterer Angeklagter, Johnny Paul Koroma, der ehemalige Führer des Revolutionsrats der Streitkräfte, ebenfalls in Liberia getötet wurde. Im Juli 2003 verstarb Foday Sankoh in Erwartung seines Prozesses im Gewahrsam des Gerichtshofs.

190. Seit März 2003 habe ich gemeinsam mit dem Managementausschuss des Sondergerichtshofs mehrere Finanzierungsappelle an die Mitgliedstaaten gerichtet, damit der Gerichtshof seine Tätigkeit über dieses Kalenderjahr hinaus fortsetzen kann. Ich möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, um die Mitgliedstaaten abermals aufzurufen, zu dem Treuhandfonds für den Sondergerichtshof beizutragen.

#### **Stärkung der Herrschaft des Rechts**

191. Wie aus meinen früheren Berichten ersichtlich ist, habe ich die Stärkung der Herrschaft des Rechts in den internationalen Beziehungen zu einer vorrangigen Aufgabe für die Organisation gemacht. Eines der wichtigsten Mittel, mit denen die Vereinten Nationen zur Verwirklichung dieses Zielles beitragen können, ist die Förderung der vollen und aktiven Mitwirkung der Staaten an der internationalen Rechtsordnung. In diesem Zusammenhang ist es erfreulich, festzustellen, wie erfolgreich die seit 2000 jedes Jahr veranstalteten Aktionen zur Gewinnung neuer Vertragsparteien sind, mit denen eine breitere Beteiligung am Rahmenwerk der multilateralen Verträge gefördert werden soll. Bei der letztjährigen derartigen Veranstaltung, die während des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung stattfand, nahmen 48 Staaten insgesamt 83 Zustimmungshandlungen zu 39 Verträgen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung und des Umweltschutzes vor. Ich habe die Regierungen zur Teilnahme an der Aktion "Brennpunkt 2003: multilaterale Verträge zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und des Terrorismus" eingeladen, die während der Generaldebatte auf der achtundfünfzigsten Tagung der Generalversammlung veranstaltet werden soll.

192. Viele Staaten kommen jedoch gar nicht dazu, Verträge zu unterzeichnen oder zu ratifizieren – nicht weil es ihnen am politischen Willen fehlt, sondern weil sie einfach nicht über das nötige Fachwissen verfügen, um Vertragshandlungen vorzunehmen. Manchen Staaten mangelt es außerdem an dem entsprechenden Fachwissen, um die notwendigen

Rechtsvorschriften zur Durchführung der von ihnen unterzeichneten oder ratifizierten Verträge zu erlassen oder das für die Anwendung dieser Rechtsvorschriften notwendige Personal auszubilden. Um diesen Bedürfnissen gerecht zu werden, habe ich die Staaten gebeten, mir mitzuteilen, in welchen konkreten Bereichen sie gegebenenfalls technische Hilfe benötigen, und habe auf Grund der eingegangenen Antworten die Unterstützung, die die Organisation derzeit gewährt, entsprechend angepasst. Die Sektion Verträge des Bereichs Rechtsangelegenheiten und das Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen veranstalten nunmehr zweimal im Jahr am Amtssitz Ausbildungsseminare über Vertragsrecht und -praxis für Regierungsbeamte, Bedienstete der Organisationen des VN-Systems und Vertreter nichtstaatlicher Organisationen. In diesem Jahr wurde das Programm mit einem Seminar in der Laotischen Volksdemokratischen Republik im Februar 2003 und einem im September 2003 folgenden Seminar in Fidschi auf die regionale Ebene ausgedehnt. Etwa 15 weitere Entwicklungsländer haben die Abhaltung von Ausbildungsseminaren in ihren jeweiligen Hauptstädten beantragt. Ich sondiere gegenwärtig Finanzierungsmöglichkeiten, damit dieser Nachfrage entsprochen werden kann. In allgemeinerer Hinsicht bat ich im März 2002 mit dem Ziel, die Bereitstellung technischer Hilfe in Rechtsfragen durch das System der Vereinten Nationen zu straffen, alle Hauptabteilungen, Fonds, Organisationen und Programme, die von ihnen derzeit gewährte Hilfe zu überprüfen. Dies führte unter anderem zur Einrichtung einer leicht zugänglichen Internetseite über technische Hilfe in Rechtsfragen, über die die Regierungen herausfinden können, welche Art von Hilfe von der Organisation bereitgestellt wird und wie sie an sie herankommen können. Diese Internetseite verzeichnet mittlerweile etwa 5.000 bis 6.000 Zugriffe pro Monat.

193. Darüber hinaus haben die Vereinten Nationen im Laufe des vergangenen Jahres weitere Schritte im Hinblick auf die Durchsetzung des Völkerrechts unternommen. Im Dezember 2002 ersuchte mich die Generalversammlung um die Wiederaufnahme der Verhandlungen zum Abschluss eines Abkommens mit der Regierung Kambodschas, mit dem Ziel, mit internationaler Hilfe Außerordentliche Kammern innerhalb der bestehenden Gerichtsstrukturen Kambodschas zur Verfolgung der in der Zeit des Demokratischen Kampuchea begangenen schweren Verletzungen des kambodschanischen Rechts und des Völkerrechts einzurichten. Diese Verhandlungen mündeten in der Ausarbeitung des Entwurfs eines Abkommens zwischen den Vereinten Nationen und Kambodscha, der am 17. März 2003 in Phnom Penh unterzeichnet wurde. Am 13. Mai 2003 billigte die Generalversammlung den Abkommensentwurf und forderte mich und die Regierung Kambodschas auf, alles Erforderliche zu tun, damit er in Kraft tritt. Das Abkommen wurde am 6. Juni 2003 in Phnom Penh in feierlichem Rahmen unterzeichnet.

194. Vieles ist noch zu tun, sowohl für die Vereinten Nationen als auch für Kambodscha, bevor das Abkommen in Kraft treten kann. Die Regierung Kambodschas muss das Abkommen den zuständigen innerstaatlichen Stellen zur Ratifikation vorlegen, die notwendigen Maßnahmen zur Änderung des kambodschanischen Rechts ergreifen, damit es mit dem Abkommen vereinbar ist, und dafür sorgen, dass das Abkommen nach seiner Ratifikation in Kambodscha Gesetzeskraft erhält. Für die Vereinten Nationen gibt es ebenfalls noch viel zu tun. Ich werde insbesondere sicherstellen müssen, dass freiwillige Beiträge zur Finanzierung der Hilfe eingehen, die die Vereinten Nationen nach dem Abkommen gewähren sollen. Zu diesem Zweck werde ich schon bald einen entsprechenden Appell an die Staaten richten. Zunächst jedoch werde ich mir ein besseres Bild über den voraussichtlichen Bedarf der Außerordentlichen Kammern an Personal, Ausstattung und Versorgungsgütern sowie ihren sonstigen operativen Bedarf verschaffen müssen. Ich hoffe, zu diesem Zweck im September 2003 eine Planungsmission nach Phnom Penh entsenden zu können. Ich bin mir voll der Notwendigkeit bewusst, rasch zu handeln. Andernfalls könnte, wie die Generalversammlung festgestellt hat, die Gelegenheit, die hochrangigen Führer der Roten Khmer und die Hauptverantwortlichen für die schrecklichen Greuelthaten in der Zeit der Roten Khmer vor Gericht zu stellen, schon bald vorübergehen. Das kambodschanische Volk wartet seit langem darauf, dass diese Personen vor Gericht gestellt werden, und wir hoffen, dass es nicht mehr viel länger wird warten müssen.

### Rechtsangelegenheiten

195. Die Völkerrechtskommission setzte im vergangenen Jahr ihre Arbeiten über Vorbehalte zu völkerrechtlichen Verträgen fort und verabschiedete weitere Leitlinien zur Abfassung und Übermittlung von Vorbehalten und Auslegungserklärungen. Sie behandelte mehrere Artikelentwürfe über diplomatischen Schutz, überprüfte die Fortschritte zum Thema der einseitigen Handlungen von Staaten und einigte sich auf ein Begriffsschema zum Thema der internationalen Haftung bei Verlusten auf Grund grenzüberschreitender Schäden durch gefährliche Tätigkeiten. Die Kommission ernannte außerdem Sonderberichtersteller für zwei der neuen Themen auf ihrem Arbeitsprogramm, nämlich Verantwortlichkeit internationaler Organisationen und gemeinsame Nutzung natürlicher Ressourcen. Was das dritte neue Thema – Fragmentierung des Völkerrechts: Schwierigkeiten auf Grund der Diversifizierung und Erweiterung des Völkerrechts – betrifft, so beschloss sie, mit der Untersuchung der Lex-specialis-Regel und der Frage geschlossener Regime zu beginnen. Unterdessen konnte der Ad-hoc-Ausschuss über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit im Februar 2003 alle noch ausstehenden Fragen betreffend die Artikelentwürfe über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit, welche

die Völkerrechtskommission 1991 verabschiedet hatte, mit Erfolg lösen und empfahl der Generalversammlung, nunmehr einen Beschluss über ihre endgültige Form zu treffen.

196. Im Juli 2003 stellte die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht den Entwurf der Musterrechtsvorschriften über privat finanzierte Infrastrukturprojekte fertig und verabschiedete ihn; ferner erteilte sie dem Entwurf eines Rechtsleitfadens über Insolvenzrecht ihre vorläufige Billigung. Die Kommission hob hervor, wie wichtig es ist, ihr Sekretariat im Rahmen der vorhandenen Ressourcen zu stärken, damit es die steigenden Anforderungen, die an sie gestellt werden – Ausarbeitung einheitlicher Rechtsvorschriften für den Handel, Gewährung technischer Hilfe im Bereich der Gesetzgebung, Verbreitung von Informationen über die neuesten Entwicklungen auf rechtlichem Gebiet und Koordinierung ihrer Arbeit mit der anderer internationaler Organisationen – besser bewältigen kann.

197. Der Sechste Ausschuss der Generalversammlung und der Ad-hoc-Ausschuss nach Resolution 51/210 der Generalversammlung vom 17. Dezember 1996 arbeiteten weiter an dem Entwurf eines umfassenden Übereinkommens über den internationalen Terrorismus und dem Entwurf eines Übereinkommens zur Bekämpfung von nuklearen terroristischen Handlungen. Fragen der Begriffsbestimmungen wie auch des Anwendungsbereichs, namentlich die Beziehung zu vorhandenen und künftigen Rechtsinstrumenten, stehen der Verabschiedung eines umfassenden Übereinkommens entgegen; beim Entwurf des Übereinkommens zur Bekämpfung von nuklearen terroristischen Handlungen sind es Fragen des Anwendungsbereichs, die eine Einigung nach wie vor erschweren. Währenddessen trat der Ad-hoc-Ausschuss über den Umfang des Rechtsschutzes nach dem Übereinkommen über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal im März 2003 erneut zusammen. Einige wichtige Fragen betreffend Maßnahmen zur Stärkung der bestehenden Rechtsordnung nach dem Übereinkommen bedürfen noch weiterer Überlegungen seitens der Staaten. Ich beabsichtige, mit dieser wichtigen Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

198. Im Hinblick auf das Seerecht sind mehrere Herausforderungen zu bewältigen: die Förderung der nachhaltigen Erschließung der Meeresressourcen, die Verbesserung der Einhaltung der völkerrechtlichen Verpflichtungen durch die Flaggenstaaten und die Stärkung der interinstitutionellen Zusammenarbeit. Um der Besorgnis wegen der unzureichenden Einhaltung internationaler Regeln und Normen für die Schiffssicherheit, die Verhütung von Verschmutzung, die

Erhaltung von Fischbeständen und über Arbeitsbedingungen durch die Flaggenstaaten Rechnung zu tragen, habe ich im März 2003 eine Interinstitutionelle Beratungsgruppe über Normeinhaltung durch Flaggenstaaten eingerichtet, die diese Frage untersuchen soll. Die Frage der Normeinhaltung durch Flaggenstaaten kam auch im Juni 2003 auf der vierten Tagung des Allen Mitgliedstaaten offen stehenden informellen Konsultationsprozesses über Meeresangelegenheiten und Seerecht zur Sprache, auf der Fragen im Zusammenhang mit der Sicherheit der Schifffahrt, dem Schutz empfindlicher Meeresökosysteme und der interinstitutionellen Zusammenarbeit und Koordinierung behandelt wurden. Auf dieser Tagung wurden auch eine Reihe weiterer Themen hervorgehoben, darunter der Transport von gefährlichen Stoffen, der Schutz der biologischen Vielfalt der Hohen See, die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen zur Bekämpfung des rechtswidrigen, nicht deklarierten Fischfangs, die Notwendigkeit einer wirksameren interinstitutionellen Zusammenarbeit und Koordinierung und die Einrichtung eines regelmäßigen Prozesses für die globale Berichterstattung über den Zustand der Meeresumwelt und für seine Bewertung (Globale Meeresbewertung). Ich werde der Generalversammlung auf ihrer achtundfünfzigsten Tagung einen Bericht zum letztgenannten Thema vorlegen.

199. Im vergangenen Jahr beriet der Bereich Rechtsangelegenheiten verschiedene SekretariatsEinheiten im Zusammenhang mit der Abfassung der neuen Resolutionen des Sicherheitsrats betreffend Irak, insbesondere was die Tätigkeit des Programms "Öl für Lebensmittel" angeht. Des Weiteren ist die Rolle hervorzuheben, die der Bereich bei der Ausarbeitung und Durchführung eines Verfahrens zur Wahl der Richter und des Anklägers des Internationalen Strafgerichtshofs und, gemeinsam mit der Regierung Sierra Leones, bei der Durchführung des Abkommens über die Schaffung eines Sondergerichtshofs für Sierra Leone spielte. Gleichzeitig setzte der Bereich seine Beratungstätigkeit für die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo hinsichtlich der Ausübung ihrer Gesetzgebungs- und Exekutivbefugnisse fort und gewährte den anderen Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen Rat und Unterstützung, insbesondere im Hinblick auf die Abwicklung von Ansprüchen sowie den Abschluss und die Durchführung von Vereinbarungen mit truppenstellenden Ländern. Darüber hinaus erteilte der Bereich Ratschläge zu einem breiten Spektrum weiterer Fragen, die für die Vereinten Nationen von Interesse sind, namentlich auf dem Gebiet des Beschaffungswesens, bei der Aushandlung von Verträgen – vielfach über komplexe und neue Fragen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Sanierungsgesamtplan für den Amtssitz – und bei der Durchführung von Reformen im Personalwesen.

## Kapitel V

### Stärkung des Managements

#### Verwaltung und Management

200. Die Delegation von Verwaltungsbefugnissen an die Hauptabteilungen und Bereiche des Sekretariats, mit entsprechender Rechenschaftspflicht der Programmleiter, wird durch die Anwendung des ergebnisorientierten Haushaltsverfahrens und Managements weiter gestärkt. Mit der Entwicklung und Anwendung eines internetgestützten Systems von Management-Leistungsindikatoren, das fünf Bereiche abdeckt (Rekrutierung, ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern, Ausgaben aus dem ordentlichen Haushalt, Ausgaben aus außerplanmäßigen Mitteln und Umsetzung der Prüfungsempfehlungen des Amtes für interne Aufsichtsdienste), erhalten die Programmleiter und ihre Verwaltungsstellen im gesamten Sekretariat ein Managementinstrument, mittels dessen sie innerhalb ihrer Programmeinheiten Maßnahmen durchführen können, die zur Verwirklichung der Programmziele führen werden.

#### Gemeinsame Unterstützungsdienste

201. Die Hauptabteilung Management und die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze sind eine Partnerschaft eingegangen, um die Friedenssicherungsmissionen durch die Neuregelung der Beschaffung für die Feldeinsätze stärker zu unterstützen. Klarere Verantwortungs- und Rechenschaftshierarchien wurden aufgestellt und redundante Verfahren abgeschafft. Die technische und direkte Unterstützung der Friedenssicherungsmissionen bei der Beschaffung umfasste die Bewertung von Bewerbern für Beschaffungsposten bei Feldmissionen, die Abhaltung von Schulungsprogrammen und Unterrichtungen sowie die Einrichtung einer Hotline, über die das Beschaffungspersonal bei Friedenssicherungsmissionen rund um die Uhr Hilfe in allen Beschaffungsfragen erhalten kann.

202. Auf dem Gebiet der gemeinsamen Dienste sind derzeit mehrere Initiativen im Gange, darunter gemeinsame Beschaffungsaufträge, die Schaffung eines organisationsweiten standardisierten Identitätsausweises und systemweite Verhandlungen mit internationalen Fluglinien über günstigere Preise und Bedingungen. An diesen Initiativen sind auch Organisationen beteiligt, die nicht Teil des Systems der Vereinten Nationen sind, beispielsweise die Asiatische Entwicklungsbank, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Europäische Union und Interpol. Dieses gemeinschaftliche Vorgehen soll zu kohärenteren Praktiken innerhalb der Organisation führen und finanzielle Vorteile bringen.

#### Personalmanagement

203. Seit der Einführung des neuen Personalauswahlsystems am 1. Mai 2002 und des geänderten Leistungsbeurteilungssystems (e-PAS) wird besonderer Wert auf die Institutionalisierung dieser Systeme sowie auf die Verbesserung der informationstechnischen Unterstützung gelegt. Das Personalauswahlsystem führte zu größerer Rechenschaftspflicht und Transparenz, zur Beschleunigung des Rekrutierungsprozesses und zur Erschließung eines größeren Kreises von Bewerbern, insbesondere aus Entwicklungsländern. Durch das überarbeitete elektronische Leistungsbeurteilungssystem, das zu Gesprächen zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitern anhält, ist die Einhaltungquote gestiegen und ein Beurteilungssystem für das gesamte Sekretariat und die Friedenssicherungsmissionen entstanden, das stärker auf Messbarkeit abstellt. Der Ausbau von Schulungs- und Laufbahnförderungsprogrammen, namentlich der Einsatz von Mentoren und Laufbahnförderungszentren, verbessert die Fertigkeiten und Kompetenzen der Mitarbeiter und des Leitungspersonals und leistet einen Beitrag zur Änderung der Managementkultur der Organisation. Diese Bemühungen stellen insbesondere auf Nachwuchskräfte im Höheren Dienst ab, die gezielte Schulung und Mentoren erhalten sowie planmäßige Versetzungsprogramme durchlaufen. Die am 1. Februar 2003 sekretariatsweit eingeführten flexiblen Arbeitsregelungen sind Teil der Bemühungen, es den Bediensteten zu erlauben, Beruf und Privatleben besser miteinander zu vereinbaren. Eine Priorität ist die Weiterentwicklung und Anwendung einer sekretariatsweiten Politik zu HIV/Aids, die das Bewusstsein schärfen und den Zugang zu freiwilliger Beratung sowie zu Untersuchung, Betreuung und Behandlung erleichtern wird.

204. Die Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen ist nach wie vor eine Frage von überragender Bedeutung. Die Angriffe auf VN-Mitarbeiter gingen während des Berichtsjahrs zwar bedauerlicherweise weiter, doch zeitigen neu eingeführte Maßnahmen anscheinend positive Ergebnisse. In den 12 Monaten vor dem August 2003 war die Zahl der im Dienste der Vereinten Nationen ums Leben gekommenen Bediensteten die niedrigste seit 1992. Dies änderte sich mit dem verheerenden Anschlag in Bagdad vom 19. August 2003 jedoch schlagartig. Dieser schockierende Vorfall zwingt uns, die Bedingungen, unter denen wir arbeiten, erneut zu untersuchen und grundlegende Veränderungen zu erwägen, so traurig und schmerzlich dies auch sein mag.

#### Sanierungsgesamtplan

205. Mit dem 2002 von der Generalversammlung gebilligten Sanierungsgesamtplan wird die Instandsetzung des

Amtssitzkomplexes sowie die Durchführung der verbleibenden Planungsarbeiten genehmigt. Auf Ersuchen der Versammlung werden derzeit Möglichkeiten für ein Finanzpaket des Gastlandes sowie für andere Beiträge aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor sondiert. Die Stadt New York hat angeboten, südlich des Amtssitzes ein neues Gebäude zu errichten, das während der Renovierungsarbeiten als Ausweichquartier und später zur Konsolidierung der gegenwärtig auf die Umgebung des Sekretariatsgebäudes verteilten Büros der Vereinten Nationen dienen würde. Dieses großzügige Angebot ist sehr willkommen.

### **Finanzlage**

206. Die positive Entwicklung der Finanzlage während der beiden vergangenen Jahre setzte sich fort. Bei allen drei Indikatoren – Kassenbestände, Verbindlichkeiten gegenüber Mitgliedstaaten sowie ausstehende Zahlungen von Mitgliedstaaten – sind weitere Verbesserungen zu verzeichnen. Ein Trend jedoch deutet auf mögliche Probleme in der Zukunft hin. Die Zahl der Mitgliedstaaten, die ihre Beiträge zum ordentlichen Haushalt in voller Höhe entrichten, ist im Gegensatz zu den stetigen Fortschritten vergangener Jahre im Rückgang begriffen. So zahlten im Jahr 2002 lediglich 117 Mitgliedstaaten ihre Beiträge zum ordentlichen Haushalt in voller Höhe, was einen ernsten Rückschlag gegenüber den Fortschritten bedeutet, die zwischen 1994 (als nur 75 Mitgliedstaaten ihren vollen Beitrag entrichteten) und 2000 (als 141 Mitgliedstaaten ihren vollen Beitrag entrichteten) erzielt wurden. Dies könnte zu Defiziten im ordentlichen Haushalt führen.

### **Rechenschaftspflicht und Aufsicht**

207. Das Amt für interne Aufsichtsdienste ist dabei, die Integrität und das Berufsethos innerhalb der Organisation durch eine von ihm getragene Initiative für organisatorische Integrität zu festigen, um das Bewusstsein der Bediensteten für diese Fragen zu schärfen sowie die Ressourcen und den Ruf der Organisation zu schützen. Durch seinen Rahmen für Risikomanagement konnte das Amt außerdem die Planung seiner Aufsichtsvorhaben besser strukturieren und integrieren. Bei diesem Rahmen wird eine Risikoanalyse aller Hauptabteilungen, Bereiche, Fonds und Programme, die "Kunden" des Amtes für interne Aufsichtsdienste sind, erstellt, um diejenigen Programme und Tätigkeitsbereiche zu ermitteln, die für Ineffizienz, Betrug, Verschwendung und Missbrauch besonders anfällig sind, und ihnen Prioritäten zuzuweisen.

### **Überwachung, Evaluierung und Beratung**

208. Im vergangenen Jahr erbrachte das Amt für interne Aufsichtsdienste Beratungsdienste für andere Hauptabteilungen in Bezug auf Änderungen ihrer Arbeitsabläufe und Organisationsstrukturen mit dem Ziel, die kontinuierliche Reform des Sekretariats umzusetzen. In enger Zusammenar-

beit mit vier Hauptabteilungen und Bereichen, die zu seinen "Kunden" zählen, trug das Amt zur Gewährleistung der Bestandfähigkeit und Wirksamkeit der übernommenen Lösungen bei. Eine auf Ersuchen der Generalversammlung durchgeführte Überprüfung des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte durch das Amt für interne Aufsichtsdienste resultierte in 17 Empfehlungen zur Straffung und Stärkung seiner Tätigkeit und seines Managements.

209. Eine eingehende Evaluierung der Abteilung Meeresangelegenheiten und Seerecht des Bereichs Rechtsangelegenheiten ergab, dass die Abteilung die dem Generalsekretär nach dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen übertragenen Aufgaben wirksam erfüllt hatte. Das Amt für interne Aufsichtsdienste empfahl der Abteilung, sich aktiv an der Schaffung eines neuen internationalen Koordinierungsmechanismus zu beteiligen, um dessen Einrichtung die Generalversammlung ersucht hatte, damit der wachsenden Nachfrage nach technischer Hilfe seitens der Vertragsstaaten des Übereinkommens besser entsprochen werden kann. Das Amt für interne Aufsichtsdienste legte dem Programm- und Koordinierungsausschuss Vorschläge für eine thematische Pilotevaluierung vor, die eine systematische Überprüfung der Aktivitäten vorsieht, die von mehreren VN-Programmen mit gemeinsamen Zielsetzungen durchgeführt werden.

### **Innenrevision**

210. Die Abteilung Innenrevision führte zwischen Juli 2002 und Juni 2003 101 Prüfungen durch; fünf davon resultierten in Berichten an die Generalversammlung. So wurde beispielsweise in einer Prüfung der Informationszentren der Vereinten Nationen (A/57/747) die Notwendigkeit der dringenden Neubewertung des Konzepts der Informationszentren herausgestrichen, was ihren Nutzen und ihre weitere Relevanz betrifft. Erhebliche Ressourcen werden auf den Betrieb von Informationszentren in den entwickelten Ländern verwandt, und das Amt für interne Aufsichtsdienste forderte ein neues Konzept sowie eine Umorientierung zu den Entwicklungsländern. Das Amt empfahl unter anderem der Hauptabteilung Presse und Information, die Ziele und Strategien der Informationszentren neu zu bewerten und zu aktualisieren; die Hauptabteilung hat bereits mit der Umsetzung vieler Empfehlungen begonnen. Andere Prüfungen befassten sich mit dem Umsetzungsstand der Empfehlungen betreffend die Liquidation von Friedenssicherungsmissionen (A/57/622), mit der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen für Friedenssicherungsmissionen von Regierungen im Rahmen von Unterstützungsverträgen (A/57/718) sowie mit den Politiken und Verfahren für die Rekrutierung von Bediensteten der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze (A/57/224).

211. Bei einer Prüfung des Internationalen Forschungs- und Ausbildungsinstituts zur Förderung der Frau wurde die wei-

tere Bestandfähigkeit des Instituts untersucht, und es ergingen mehrere Empfehlungen zur Bewältigung seiner finanziellen und operativen Schwierigkeiten. Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen änderte auf Empfehlung des Amtes für interne Aufsichtsdienste die Regelungen für Projektvereinbarungen mit internationalen nichtstaatlichen Organisationen. Dies führte zu verlässlicheren Finanzdaten, zu einer Beschaffung nach Wettbewerbsgrundsätzen sowie zu größerer Transparenz bei den Ausgaben für Projektpersonal.

### **Disziplinaruntersuchungen**

212. Die Abteilung Disziplinaruntersuchungen sucht nach Möglichkeiten, um – teilweise durch neue Partnerschaften mit einzelstaatlichen Strafverfolgungsbehörden – die immer häufiger erhobenen Anschuldigungen wegen Dienstvergehen, Misswirtschaft, Amtsmissbrauchs und Verschwendung von Ressourcen, von denen im Jahr 2002 20 Prozent als für die Organisation wesentlich eingestuft wurden, zu bewältigen. So übernahm die Abteilung beispielsweise bei Disziplinaruntersuchungen im Zusammenhang mit der Schleusung von Flüchtlingen in Ostafrika sowie sexueller Ausbeutung in Westafrika die Koordinierung von Ad-hoc-Arbeitsgruppen, denen zusätzlich zu Ermittlern auch Experten auf Gebieten wie Medizin, Menschenrechte, Kinder- und Flüchtlingschutz, Recht sowie Beratung bei sexuellem Missbrauch angehörten, die von anderen Organisationen abgestellt oder im Rahmen von Sonderdienstverträgen tätig waren.

213. In enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) konnte die Abteilung 4,2 Millionen Dollar betreiben, die ein ehemaliger leitender Bediensteter der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo veruntreut hatte. Die Disziplinaruntersuchung führte im Juni 2003 zur erfolgreichen Strafverfolgung des Bediensteten durch die deutschen Behörden. In dem Bemühen, normative Standards festzulegen, billigte die vom Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung ausgerichtete und im April 2003 in Brüssel abgehaltene vierte Konferenz internationaler Ermittler einmütig die Leitlinien für die Durchführung von Disziplinaruntersuchungen durch Ermittler internationaler und bilateraler Organisationen, welche die Abteilung ausgearbeitet und präsentiert hatte.

### **Stärkung der Vereinten Nationen**

214. Der wichtigste Beweggrund für meine Agenda für weitere Veränderungen lag in der Ausrichtung der Tätigkeiten der Organisation an den Prioritäten, die beim Millenniumsgipfel und auf den Weltkonferenzen vereinbart worden waren. Im ersten Halbjahr 2003 wurde große Mühe darauf verwandt, sicherzustellen, dass diese Ausrichtung in dem der Generalversammlung vorgelegten Programmhaushaltsplan für den Zweijahreszeitraum 2004-2005 zum Ausdruck

kommt. Der Vorschlag, der der Versammlung noch im Jahr 2003 unterbreitet wird, umfasst unter anderem die Neustrukturierung zweier großer Hauptabteilungen, nämlich der Hauptabteilung Generalversammlung und Konferenzmanagement und der Hauptabteilung Presse und Information. Darüber hinaus habe ich die Absicht, innerhalb der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten eine strategische Planungskapazität einzurichten, das Management des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte zu stärken und die Investitionen in die Unterstützung der Menschenrechte auf einzelstaatlicher Ebene zu erhöhen. Außerdem sind zur Unterstützung dieser Vorschläge zusätzliche Investitionen in die Fortbildung von Personal sowie in Informationstechnologien vorgesehen.

215. In mehreren Bereichen sind die Reformen bereits in Kraft getreten. Die Anstrengungen, die Betreuung der Generalversammlung durch bessere Planung der Sitzungen und der entsprechenden Dokumentation zu verbessern, sowie die Bemühungen um eine gezieltere Schwerpunktsetzung in der Öffentlichkeitsarbeit haben bereits erste Ergebnisse erbracht. Die Rolle des Büros des Sonderberaters für Afrika wurde gestärkt, damit für die Beratungen, die Berichte und die Kampagnenarbeit der Vereinten Nationen zur Unterstützung Afrikas sowie für die Folgemaßnahmen zur Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas ein kohärenter und integrierter Ansatz gewährleistet ist.

216. In anderen Fällen sind Arbeiten im Gange, jedoch noch nicht abgeschlossen. So bedarf es beispielsweise zusätzlicher Arbeit an den Plänen zur Stärkung der menschenrechtsbezogenen Tätigkeiten auf Landesebene, an der Klarstellung der Rollen und Verantwortlichkeiten im Bereich der technischen Zusammenarbeit, an den Maßnahmen zur Straffung der Berichterstattung und der Veröffentlichungen sowie an der Tätigkeit einer Gruppe hochrangiger Persönlichkeiten zur Überprüfung der Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und der Zivilgesellschaft. Die Fonds und Programme konnten ihre Wirkung auf Landesebene erheblich verbessern, indem sie Instrumente für die Zusammenarbeit bei der Aufstellung ihrer Programme und Haushaltspläne entwickelt haben, um die gemeinsame Programmierung und die Zusammenlegung von Ressourcen zu erreichen. Die neuen Programmierungsinstrumente werden noch im Jahr 2003 eingeführt werden, und ihr Einsatz soll bis 2006 auf mehr als 80 Landesprogramme ausgedehnt werden.

217. Das Reformpaket umfasste außerdem mehrere systemische Verbesserungen im Planungs- und Haushaltsprozess. Erste Schritte wurden unternommen, um die Haushaltsdokumente selbst durch eine kürzere, strategischer ausgerichtete Darstellungsweise, insbesondere für die Friedenssicherungseinsätze, und die Aufnahme ergebnisorientierter Indikatoren für alle Programmbereiche zu verbessern. Weitere Änderungsvorschläge werden in anderen, der Generalver-

sammlung auf ihrer achtundfünfzigsten Tagung vorzulegenden Berichten im Einzelnen beschrieben.

218. Der Erfolg der Anstrengungen zur Stärkung der Vereinten Nationen hängt letztendlich von fähigen, vielseitigen und gut geführten Mitarbeitern ab. Die Verbesserungen im Personalmanagement durch das neue Rekrutierungs- und

Stellenbesetzungssystem zeitigen erste Ergebnisse. Arbeiten sind im Gange, um die Hindernisse für die Mobilität des Personals innerhalb der und zwischen den Organisationen der Vereinten Nationen, insbesondere im Feld, weiter abzubauen. Zusätzliche Maßnahmen werden getroffen werden, um den einzelnen Programmleitern größere Entscheidungsverantwortung zu übertragen.



## Kapitel VI

### Partnerschaften

#### Kommunikation

219. Als ich vor zwei Jahren eine umfassende Überprüfung der Tätigkeit der Hauptabteilung Presse und Information einleitete, waren eine neue Fokussierung und eine klarere Zielausrichtung die von mir genannten Hauptziele. Die Hauptabteilung verfügt nunmehr über ein neues Operationsmodell und eine neue Organisationsstruktur. Die Aktivitäten sind jetzt strategischer auf drei Abteilungen verteilt. Eine Abteilung Strategische Kommunikation, die für die Konzeption und Verbreitung von Informationen über vorrangige Themen zuständig ist, und eine Abteilung für Außenbeziehungen, die unterstützende Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft eingeht, wurden eingerichtet und die bereits bestehende Abteilung Nachrichten und Medien wurde umstrukturiert, um ihre Kapazitäten zur Übermittlung aktueller, zutreffender, objektiver und ausgewogener Nachrichten zu verbessern.

220. Das wichtigste Element des neuen Operationsmodells ist, dass die Hauptabteilungen des Sekretariats als "Kunden" der Hauptabteilung Presse und Information angesehen werden, die auf der Grundlage der von der Generalversammlung festgelegten Prioritäten ihre eigenen Kommunikationsprioritäten bestimmen, die dann von der Hauptabteilung Presse und Information strategisch den verschiedenen Zielgruppen kommuniziert werden. Die so bestimmten Prioritäten bilden die Grundlage themenzentrierter Informationskampagnen, bei denen alle der Hauptabteilung zur Verfügung stehenden Medien, namentlich Presse, Hörfunk, Fernsehen und das Internet, genutzt werden. Darüber hinaus werden strategische Partnerschaften mit den Mitgliedstaaten, der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und akademischen Einrichtungen dazu beitragen, diese Botschaften auf internationaler Ebene und, über die VN-Informationszentren, auf lokaler Ebene zu verbreiten. In klarer Unterstützung dieser neuen strategischen Ausrichtung begrüßte der Informationsausschuss auf seiner fünfundzwanzigsten, im April/Mai 2003 abgehaltenen Tagung die Neustrukturierung der Hauptabteilung Presse und Information, namentlich das neue Operationsmodell und die neue Organisationsstruktur.

221. Die Hauptabteilung pflegt darüber hinaus strategische Partnerschaften mit Stellen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen. Derzeit wird eine neue Kommunikationsstrategie für den Weltgipfel über die Informationsgesellschaft erarbeitet, der im Dezember 2003 in Zusammenarbeit mit der Internationalen Fernmeldeunion in Genf abgehalten werden wird. Die Hauptabteilung ist außerdem darum bemüht, die Medien als Träger der Informationsgesellschaft einzubinden und die Rolle der Rede- und Pressefreiheit zu

betonen. Im Verein mit der Fernsehindustrie und der Regierung der Schweiz organisiert die Hauptabteilung eine Parallelveranstaltung zu dem Gipfel, nämlich das Weltforum für elektronische Medien, bei dem die Rolle der elektronischen Medien in der Informationsgesellschaft im Mittelpunkt stehen wird.

222. Im Rahmen einer verstärkten Strategie zur Pflege der Beziehungen zu nichtstaatlichen Akteuren richtete die Hauptabteilung im November 2002 in der Abteilung für Außenbeziehungen einen Dienst für die Zivilgesellschaft ein, der damit betraut ist, alle Programme zur Betreuung von nichtstaatlichen Organisationen, Bildungseinrichtungen und der allgemeinen Öffentlichkeit zusammenzufassen und Partnerschaften mit neuen Einrichtungen einzugehen und zu fördern, namentlich im Privatsektor und in den Medien. Eine innerhalb dieses Dienstes neu geschaffene Sektion Beziehungen zu Bildungseinrichtungen produziert speziell auf die Bedürfnisse von Schülern und Lehrern auf der ganzen Welt zugeschnittene Versionen wichtiger Informationsprodukte wie der Prestigepublikation *UN Chronicle*, des Multimedia-Programms "UN Works" und des Globalen Lehr- und Lernprojekts "Virtueller Schulbus".

223. Mit Hilfe neuer Technologien eröffnet die Hauptabteilung weiterhin einem weltweiten Publikum sofortigen Zugang zu den neuesten Nachrichten über die Vereinten Nationen. Am 5. Februar 2003 wurde ein Meilenstein erreicht, als die Internetseite der Vereinten Nationen innerhalb eines Zeitraums von 24 Stunden erstmals mehr als 10 Millionen Zugriffe verzeichnete. Die Zahl der Zugriffe stieg von 11,5 Millionen im Jahr 1996 auf etwa 1,695 Milliarden im Jahr 2002 an, was zum Teil auf die Aufnahme von Material in allen Amtssprachen zurückzuführen ist. Seit September 2002 wurden mehr als 28.000 Verknüpfungen zu Dokumenten der beschlussfassenden Organe im Elektronischen Dokumentenarchiv angelegt.

224. Die Vereinten Nationen bedienen sich in zunehmendem Maße des Webcasting – der Direktübertragung von Tagungen und Veranstaltungen über das Internet. Am 7. März 2003 verfolgten 24.000 Nutzer in 66 Ländern live die Internetübertragung der Sitzung des Sicherheitsrats über Irak; viele weitere Nutzer riefen die Bilder zeitversetzt ab. Neben der Internetseite des Nachrichtenzentrums der Vereinten Nationen in englischer und französischer Sprache gibt es jetzt auch eine arabische Fassung, und die Internetseiten in den anderen Amtssprachen befinden sich in Arbeit. Ein Maß für den Erfolg dieses Zentrums ist die wachsende Zahl der Nachrichtenorgane und Internetseiten, die den Pressedienst

der Vereinten Nationen als Quelle für das von ihnen veröffentlichte Material angeben.

225. Radio Vereinte Nationen hat sich als einer der wichtigsten traditionellen Multimedia-Kanäle etabliert, über den die Aktivitäten der Organisation und die Probleme, mit denen sie sich befasst, Hörern in allen Weltregionen strategisch kommuniziert werden. Eine jüngste Erhebung erbrachte die vorsichtige Schätzung, dass etwa 133 Millionen Menschen mindestens einmal pro Woche Programme von Radio Vereinte Nationen in den sechs Amtssprachen sowie in Portugiesisch und Kisuaheli anhören. Seit April 2003 haben 10 neue offizielle TV-Partner die Ausstrahlung der Programme von TV Vereinte Nationen aufgenommen und haben etwa 50 Stunden VN-Programme an etwa 2 Milliarden Fernsehzuschauer ausgestrahlt.

226. Die Hauptabteilung Presse und Information hat einige Initiativen ergriffen, um die Kapazitäten der Organisation auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit bei ihren Friedenssicherungsmissionen und politischen Feldmissionen auszubauen. Derzeit werden in enger Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze Ständige Dienstweisungen für Öffentlichkeitsarbeitsstellen im Feld ausgearbeitet. Auf Grund einer Vereinbarung mit der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze arbeitet jetzt ein Experte für Öffentlichkeitsarbeit bei der Versorgungsbasis der Vereinten Nationen in Brindisi (Italien), der beim Aufbau von Schulungskapazitäten für Öffentlichkeitsarbeit behilflich sein soll. Ein Verzeichnis von rasch verlegbarem Personal für Öffentlichkeitsarbeit wurde aufgestellt, und ein Schulungsprogramm für dieses Personal ist in Ausarbeitung. Darüber hinaus hat die Hauptabteilung die Abordnung eines Hauptreferenten für Öffentlichkeitsarbeit organisiert, um in Côte d'Ivoire die Situation vor Ort einzuschätzen und Empfehlungen zur Entwicklung lokaler Medien abzugeben, die bei den regionalen interinstitutionellen Bemühungen zu Medienfragen in diesem Land als Leitfaden dienen.

227. In meinem Bericht "Stärkung der Vereinten Nationen: Eine Agenda für weitere Veränderungen" schlug ich vor, das Netz der VN-Informationszentren zu straffen und regionale Informationszentren einzurichten, beginnend mit der Schaffung eines westeuropäischen Regionalzentrums. Das Sekretariat setzt derzeit einen Plan um, der die Einrichtung des vorgeschlagenen westeuropäischen Regionalzentrums bis Anfang 2004 vorsieht, und ist gleichzeitig dabei, neun bestehende Informationszentren in dieser Region zu schließen.

228. In einer anerkennenswerten Leistung konnte die Dag-Hammarskjöld-Bibliothek am 7. Februar 2003 die neu gestaltete Schnittstelle zu ihren wichtigsten Datenbanken, UNBISNET, zur Nutzung freigeben; UNBISNET ist jetzt leistungstärker, und die Suche gestaltet sich leichter. Wich-

tige Rechercheinstrumente wie die Recherche-Anleitung für die Dokumentation der Vereinten Nationen und die Liste der Konferenzen und Gedenkveranstaltungen der Vereinten Nationen wurden aktualisiert, und am 27. März ging der UNBIS-Thesaurus ans Netz. Letzterer ist voll elektronisch und, wie die Recherche-Anleitung und die Liste der Konferenzen und Gedenkveranstaltungen, in allen sechs Amtssprachen verfügbar.

229. Eine wichtige Entwicklung für die Bibliotheken der Vereinten Nationen war die Bildung des Lenkungsausschusses für die Modernisierung und integrierte Steuerung der Bibliotheken der Vereinten Nationen im März 2003 unter der Führung der Hauptabteilung Presse und Information. Durch diese Initiative soll ein moderneres, effizienteres und zugänglicheres System von Bibliotheksdiensten in der gesamten Organisation geschaffen werden.

230. Die Sektion Kartografie der Hauptabteilung leistet der Grenzkommission für Eritrea und Äthiopien nach wie vor wertvolle technische Hilfe bei ihren Vorbereitungen für die Markierung der internationalen Grenze zwischen den beiden Ländern im Anschluss an die erfolgreiche Festlegung des Grenzverlaufs im April 2002. Kartografen der Vereinten Nationen waren darüber hinaus auch der Gemischten Kommission Kamerun-Nigeria dabei behilflich, einen Arbeitsplan für die Markierung der internationalen Grenze zwischen den beiden Ländern im Februar 2003 zu erstellen. Die Sektion Kartografie wird jedoch 2004 in die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze eingegliedert.

### **Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften**

231. Über die erfolgreiche Partnerschaft zwischen dem Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften (UNFIP) und der Stiftung für die Vereinten Nationen wurden bis zum 31. Dezember 2002 489 Millionen Dollar für 251 Projekte weltweit in den folgenden vier Programmbereichen zugewiesen: Gesundheit von Kindern, Bevölkerung und Frauen, Umwelt sowie Frieden, Sicherheit und Menschenrechte. Andere multilaterale und bilaterale Geber stellten etwa 175 Millionen Dollar zusätzlich für Programme und Projekte bereit, die von dem Fonds und der Stiftung unterstützt werden.

232. Die im Rahmen des UNFIP-Programms für die Gesundheit von Kindern durchgeführten Projekte trugen mit 37 Millionen Impfungen im Jahr 2002 dazu bei, 240.000 Kinder zu retten, die sonst an Masern gestorben wären. Diese Projekte stärkten auch die nationalen Gesundheitssysteme der Zielländer durch die kontinuierliche Ausbildung von Gesundheitspersonal, die Förderung sicherer Injektionen und die Aufnahme weiterer Gesundheitsmaßnah-

men in die Masern-Impfkampagnen, beispielsweise Vitamin-A-Zusätze, Impfungen gegen Kinderlähmung und Verteilung von Moskitonetzen zur Verhütung von Malaria. Durch die Bereitstellung von 82 Millionen Dollar, die im Jahr 2002 durch die Anstrengungen der Stiftung und des Fonds mobilisiert wurden, sind nunmehr weltweit nur noch sieben Länder nicht von Kinderlähmung frei.

233. Die biologische Vielfalt erwies sich als ein wichtiger Vorrangbereich des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung, auf dem unterstrichen wurde, wie wichtig die dauerhafte Sicherung des Lebensunterhalts armer ländlicher Gemeinwesen ist. Durch die Mittel, die der Fonds und die Stiftung dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen zur Verfügung stellten, konnte im Mai 2003 eine große Initiative ins Leben gerufen werden, in deren Rahmen versucht werden soll, die Zerstörung der Korallenriffe rückgängig zu machen. Im September 2002 vermittelte der Fonds außerdem eine Partnerschaft zwischen der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten und der E7, einem Dachverband von neun Energieversorgungsbetrieben in Japan, Europa und Nordamerika, in dessen Rahmen sie gemeinsam darauf hinarbeiten, armen Menschen verstärkten Zugang zu Elektrizität zu eröffnen.

234. Der Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften beriet darüber hinaus den Privatsektor und Stiftungen im Hinblick auf Partnerschaften mit dem System der Vereinten Nationen und gab namentlich Anleitungen zu Politiken und Verfahren sowie Vorschläge für strategische Möglichkeiten ab, wie Unternehmen und Stiftungen die Millenniums-Entwicklungsziele unterstützen können. Der Fonds bemüht sich außerdem um die Herstellung von Verbindungen zu einer Vielzahl von Organisationen, die Mittel zur Förderung der Anliegen der Vereinten Nationen zu mobilisieren suchen.

## Projektdienste

235. Im Jahr 2002 gingen beim Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste (UNOPS) Neuaufträge für Projekte im Wert von insgesamt 509 Millionen Dollar ein. Die Aufträge des UNDP beliefen sich dabei auf 334,2 Millionen Dollar beziehungsweise 66 Prozent des Projektportfolios; die restlichen 174,9 Millionen Dollar, beziehungsweise 34 Prozent, entfielen auf Aufträge anderer Stellen innerhalb des VN-Systems. Im Darlehensbereich betraute der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung das Büro mit der Projektüberwachung und Darlehensverwaltung für 14 zusätzliche Projekte mit einem Gesamtwert von 225 Millionen Dollar im Jahr 2002, gegenüber 328 Millionen Dollar im Jahr 2001.

236. Das Büro für Projektdienste unterstützte auch weiterhin die Antiminenprogramme dreier großer "Kunden" – des

UNDP, des Dienstes für Antiminenprogramme und des Büros für das Irak-Programm – in 18 Ländern weltweit. Diese Rolle gewann während des Berichtsjahrs durch die verstärkten Aktivitäten im nördlichen Irak, neue Aufgaben des bestehenden Programms in Afghanistan und die Aufstellung neuer Programme in der Demokratischen Republik Kongo und in Sudan, die voraussichtlich noch erweitert werden, zunehmend an Bedeutung.

237. Im Jahr 2002 wurde eine neue Form der Partnerschaft mit dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria eingeleitet. Im April 2003 bestimmte der Fonds das Büro für Projektdienste zu einem der vier vorausgewählten Lokalvertreter des Fonds mit der Aufgabe, Managementdienste zu erbringen und im Namen des Fonds die Durchführung der auf Landesebene abgewickelten und vom Fonds finanzierten Programme zu überwachen. Bisher hat das Büro Vereinbarungen mit China, Indien, der Mongolei, Serbien und Montenegro sowie Timor-Leste unterzeichnet oder wurde zum Lokalvertreter des Fonds bestimmt; Verhandlungen über eine ähnliche Tätigkeit in anderen Ländern sind im Gange. Anderswo ist das Büro außerdem dabei zu sondieren, wie es bei der Tätigkeit des Fonds durch die Unterstützung der Hauptempfänger bei der Durchführung von Projektaktivitäten behilflich sein kann.

238. Im Mai 2003 betraute das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids das Büro für Projektdienste mit der Durchführung eines Projekts "Aids in Afrika: Zukunftsszenarien", das in Partnerschaft mit Shell United Kingdom entwickelt und finanziert wird. Das Projekt soll sich mit den Auswirkungen der HIV/Aids-Epidemie in Afrika befassen und ein gemeinsames Problemverständnis schaffen. Weitere Ziele bestehen darin, eine breite Reaktion aller Teile der Gesellschaft zu fördern sowie die Stigmatisierung und Diskriminierung zu überwinden, die HIV-positive Menschen erfahren. Die Abteilung Globale Geschäftsentwicklung der Shell International wird das Projekt mit technischem Know-how sowie durch Beiträge zum Projekthaushalt unterstützen.

239. Ein Beispiel für die Verbindung des Sachverstands des Privatsektors mit den Zielen der Vereinten Nationen liefert das UNDP-Programm für menschliche Entwicklung in Angola, mit dessen Ausführung das Büro für Projektdienste beauftragt wurde und das von dem italienischen Privatsektor-Unternehmen Coop, einem Konsortium von mehr als 200 Verbrauchergenossenschaften, unterstützt wird. Im Rahmen dieses Programms, das das Leben von Kindern in Angola verbessern soll, wurden bei einem Budget von 260.715 Dollar 100.000 Kinder geimpft, und 6.000 Kinder konnten eine tägliche Mahlzeit erhalten. Das Büro für Projektdienste erleichtert die Verbindung zwischen Coop und den lokalen Wirtschaftsentwicklungsagenturen, die das

UNDP-Programm für menschliche Entwicklung eingerichtet hat, um angolanischen Kaffee auf den italienischen Markt zu bringen und so tragfähige Handelsbeziehungen und Synergien zwischen Entwicklungshilfe und dem Privatsektor zu schaffen. Im Rahmen anderer vom UNDP finanzierter Projekte, die das Büro in Mosambik und in Südafrika ausführen soll, werden ähnliche Regelungen getroffen.

### **Zivilgesellschaft und Unternehmenspartnerschaften**

240. In meinem Bericht "Stärkung der Vereinten Nationen: Eine Agenda für weitere Veränderungen" hob ich das Engagement der Zivilgesellschaft als einen Aspekt des Reformprozesses der Vereinten Nationen hervor und kündigte die Zusammenstellung einer Gruppe namhafter Persönlichkeiten an, die eine Vielzahl von Perspektiven und Erfahrungen vertreten, damit sie die früheren und gegenwärtigen Praktiken prüfen und Verbesserungen für die Zukunft empfehlen, um das Zusammenwirken zwischen der Zivilgesellschaft und den Vereinten Nationen auf eine sinnvollere Grundlage zu stellen. Im Februar 2003 ernannte ich Fernando Enrique Cardoso, den ehemaligen Präsidenten Brasiliens, zum Vorsitzenden der Hochrangigen Gruppe für die Zivilgesellschaft, der 12 Mitglieder mit Erfahrungen im staatlichen wie auch im nichtstaatlichen Sektor angehören.

241. Die Hauptaufgabe dieser Gruppe besteht in der Ausarbeitung praktischer Empfehlungen zur Verbesserung der Beziehungen der Vereinten Nationen zur Zivilgesellschaft sowie zum Privatsektor und zu den Parlamenten. Die Gruppe wird insbesondere die besten Praktiken innerhalb der Vereinten Nationen sowie bei anderen internationalen Organisationen aufzeigen, um neue und bessere Wege des Zusammenwirkens mit der Zivilgesellschaft zu finden. Sie wird darüber hinaus untersuchen, wie die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure aus den Entwicklungsländern erleichtert werden kann. Auf ihrer ersten, am 2. und 3. Juni 2003 in New York abgehaltenen Tagung einigte sich die Gruppe auf ein Arbeitsprogramm, in dem großer Wert auf einen offenen, transparenten und konsultativen Prozess gelegt wird. Die Gruppe wird ihren Schlussbericht im April 2004 vorlegen.

242. Im vergangenen Jahr gingen die Vereinten Nationen mehrere neue Partnerschaften ein. Dies stellte eine wichtige Innovation beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung dar, bei dem mehr als 200 Partnerschaften zwischen einer Vielzahl von Interessengruppen, darunter zahlreichen Einrichtungen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen, geschlossen wurden. Diese Partnerschaften sollen durch verschiedene Mittel, wie Kapazitätsaufbau, Bildungsmaßnahmen und Verbesserung des Zugangs zu Informationen, die

nachhaltige Entwicklung verwirklichen. Die Vereinten Nationen müssen sicherstellen, dass diese Partnerschaften erfolgreich sind und zur wirksamen Erfüllung der auf dem Gipfel eingegangenen Verpflichtungen beitragen.

243. Die Vereinten Nationen haben ihre Partnerschaft mit dem Privatsektor weiter gestärkt. Im Berichtszeitraum hat sich die Zahl der am Globalen Pakt beteiligten Unternehmen von etwa 500 auf über 1.000 verdoppelt, wobei mehr als die Hälfte dieser Unternehmen aus Entwicklungsländern aller Weltregionen kamen. Gleichzeitig wurde der Globale Pakt in 14 Ländern eingeführt, womit die Zahl der Länder, in denen er Fuß gefasst hat, auf über 50 angestiegen ist. Darüber hinaus konnte die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) als weiteres Mitglied der Gruppe von Einrichtungen begrüßt werden, die den Kern des Globalen Pakts bilden – bis dahin das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, die Internationale Arbeitsorganisation, das UNDP und das UNEP. Diese Kerngruppe unterstützt den Pakt durch die Bereitstellung von Schulungsmaterialien zu seinen Grundsätzen sowie durch die Förderung der Außenbeziehungen. Die UNIDO wird für kleine und mittlere Unternehmen zuständig sein.

244. Im Januar 2003 führte der Globale Pakt ein neues strategisches Konzept für seine Tätigkeiten ein, in dessen Rahmen Unternehmen gebeten werden, in ihre Jahresberichte oder anderen wichtigen Berichte eine "Fortschrittsmitteilung" aufzunehmen, um die Transparenz und die Rechenschaft gegenüber der Öffentlichkeit zu erhöhen. Ein weiterer wichtiger Baustein dieses strategischen Konzepts sind die in Form eines Forums geführten Politikdialoge unter Mitwirkung verschiedener Interessengruppen, bei denen Probleme auf für die internationale Gemeinschaft relevanten Gebieten benannt und Lösungsansätze erörtert werden sollen. Im Berichtszeitraum fanden im Rahmen des Globalen Paktes Politikdialoge zu den Themen "Privatwirtschaft und nachhaltige Entwicklung" (2002), "HIV/Aids am Arbeitsplatz" und "Steuerung der Lieferkette und Partnerschaften" (2003) statt, an denen Vertreter aus Unternehmen, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft teilnahmen. Diese Dialoge führten zu gemeinsamen Initiativen, darunter die Erarbeitung und Anwendung eines Geschäftsleitfadens, der Unternehmen dabei helfen soll, dafür zu sorgen, dass ihr Verhalten nicht auf negative Weise zu Konflikten beiträgt, des Weiteren die Erarbeitung gemeinsamer Empfehlungen zu der Frage, wie Unternehmen, nichtstaatliche Organisationen, Regierungen und zwischenstaatliche Organisationen zu größerer Transparenz beitragen und bei der Bekämpfung der Korruption helfen können, sowie eine Initiative zur Förderung des Bewusstseins für HIV/Aids am Arbeitsplatz. Eine Initiative zur Förderung tragfähiger Unternehmen in den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt wurde in Äthiopien eingeleitet;

weitere Aktivitäten sind auch für Angola, Bangladesch, Kambodscha und Madagaskar geplant. Die Initiative führt Unternehmen mit anderen Interessengruppen zusammen, um bestandfähige Geschäftschancen in den am wenigsten entwickelten Ländern zu identifizieren, und wird so angelegt sein, dass sie kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort hilft.

245. Damit der Globale Pakt sein Ziel erreichen kann, bei der Schaffung einer nachhaltigeren und weniger ausgrenzenden Weltwirtschaft behilflich zu sein, und um sicherzustellen, dass die neue Pakt-Strategie der Fortschrittsmitteilungen maßgebliche Wirkung zeigt, müssen die Vereinten Nationen dem Globalen Pakt auch künftig den schöpferischen Freiraum bieten, den er für sein Wachstum benötigt.

## Schlussbetrachtung

246. In der Geschichte der Menschheit ist ein Jahr nur ein flüchtiger Augenblick. Ein abschließendes Urteil über viele der Tätigkeiten der Vereinten Nationen wird noch auf lange Zeit hin nicht abgegeben werden können. Dennoch ist es klar, dass die Organisation auf positive und praktische Weise zur internationalen Stabilität und zum Fortschritt beiträgt und dass sie im Leben vieler Menschen überall auf der Welt eine echte Verbesserung bewirkt.

247. Die Tätigkeitsbilanz der Vereinten Nationen hat gezeigt, dass das System äußerst flexibel ist. Die Organisation darf ihre Fähigkeit, sich an neue Herausforderungen und

Weltlagen anzupassen, nicht verlieren und muss gleichzeitig den Zielen und Grundsätzen der Charta treu bleiben.

248. Trotz ihrer Unvollkommenheit verkörpern die Vereinten Nationen noch immer die Hoffnung der Völker der Welt auf eine friedliche und gerechte Welt. Der hier gegebene Überblick über die Tätigkeit der Vereinten Nationen während des vergangenen Jahres soll das Verständnis für die Rolle vertiefen, welche die Vereinten Nationen insbesondere als wirksames Instrument der internationalen Zusammenarbeit in den Weltangelegenheiten spielen.